H 8040 F
ISSN 1619-1404
28. Jahrgang
Nummer 165
März | April 2017
3,50 Euro

wer sind eigentlich diese

»Reichsbürger«



der rechte **rand**

magazin von und für antifaschistInnen

editorial & inhalt

Seite 3

Nazis

Anschlag in Düsseldorf 4
Soziale Nazis 6

Braunzone

Vor der Wahl: Nordrhein-Westfalen 7
Hauen und stechen 8
Rechts in der Bundesversammlung 10
Trump-Fans 12
Vergangenheit 14
»Hohenlohe wacht auf« 15
Gotterkenntnis 16
»Dranbleiben« 18

Schwerpunkt

»Deutsches Reich statt BRD« 20
Reichweiten 22
»Sammlungsbeobachtungsobjekt« 24
»Deutsches Polizei Hilfswerk« 26
Warnungen verharmlost 28
Daheim im »Reich« 29
Szenen einer Radikalisierung 30
Skurril, gefährlich und rechts 31
Für immer ein »Reich« 32

kurz und bündig 34

International

Gedenken in Sofia 36
Vor der Wahl: Frankreich 38

Musik

NS-Rap 40

Rezensionen 42

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

ein Begriff geistert in diesen Tagen durch die Welt: »Fake News«. Vom rechten US-Präsidenten Donald Trump Anfang des Jahres als Vorwurf gegen die CNN gerichtet, ist der Schlagabtausch mittlerweile auch in Deutschland angekommen. Medienhäuser und Bundesregierung suchen nach Wegen des Umgangs mit Desinformationen und greifen zu althergebrachten Mitteln: Löschen und bestrafen. Dabei sind Fehlinformationen ein alter Schuh und schon immer Teil von Propaganda, ganz gleich ob in Diktaturen oder westlichen Demokratien. Und während auf dem weltpolitischen Tableau die großen Kämpfe gefochten werden, machen auch die KolporteurInnen rassistischer Hassreden und rechter Stimmungsmache im Kleinen weiter. Etwa nachdem ein Amokfahrer Ende Februar in Heidelberg in eine Menschenmenge raste. Im Internet verbreiteten sich Spekulationen, dass der Täter »Flüchtling« oder »Terrorist« sei. Die Polizei wies die Gerüchte via Twitter mehrfach zurück: »Und nun noch mal für alle. Tatverdächtiger: Deutscher OHNE Migrationshintergrund!« Doch der Hinweis auf diese Fakten dürfte kaum geholfen haben – zumindest nicht bei jenen, die eh nur noch denken, was sie glauben wollen.

Indes ist vollkommen offen, ob die »Alternative für Deutschland« (AfD) im Bundestagswahlkampf »Social Bots« einsetzt, um in sozialen Medien automatisierte Meinungsmache zu betreiben. Zwar widerspricht die Partei dem Vorwurf in altbekannter Weise: Meldung in die Welt setzen, dann zurückrudern. Doch laut der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« scheint auch das Dementi der Rechtspartei »Fake News« zu sein. Nach ihren Recherchen gäbe es Indizien auf zahlreiche rein virtuelle AfD-NutzerInnenprofile bei Facebook. Die Strategie dahinter ist klar: anderslautende Meldungen als »Lügenpresse« abkanzeln, die eigenen Postillen als Verkünder der reinen Wahrheit in Position bringen und somit eine rechte Meinungsführerschaft suggerieren.

Ebenfalls in einer Welt zwischen Wirklichkeit und Eigensuggestion leben die »Reichsbürger«. In den letzten Monaten wurde durch eine Schießerei mit einem getöten Polizisten, möglichen Anschlagsplänen und Razzien offensichtlich, dass die Bewegung eine reale Bedrohung darstellt. Auf den ersten Blick handelt es sich um skurrile SpinnerInnen und RevanchistInnen. Doch bei genauerer Betrachtung befindet sich unter ihnen eine Reihe guter Bekannter. Schon vor über zehn Jahren berichteten wir über Verbindungen von Horst Mahler oder dem mittlerweile verbotenen »Collegium Humanum« zu den »Reichsbürgern« (s. drr Nr. 99, 102). Seit dem ist viel passiert. Über 10.000 AnhängerInnen soll die Bewegung heute haben, meint der Verfassungsschutz. Allein in Bayern über 1.700, davon fast 300 mit Waffenerlaubnis. Das Spektrum der Szene ist breit: Von neonazistischen ÜberzeugungstäterInnen über antisemitische VerschwörungstheoretikerInnen bis hin zu jenen, die sich mit ihrer Ideologie vom Fortbestand des »Deutschen Reiches« vor dem Fiskus drücken wollen.

Einmal mehr stellt sich die Frage: Warum muss erst ein Repräsentant des Staates sterben, bevor dieser handelt, und das, obwohl sogar die Behörden die Szene immer im Blick hatten, sie aber offenbar nie ernst nahmen.

Die richtigen Fragen stellen

Eine Welle rechter Gewalt, Enthüllungen über rechten Terror und skandalöses Agieren der Sicherheitsapparate sind Normalität geworden. Wo bleiben Empörung und Gegenwehr?

von Martina Renner und Sebastian Wehrhahn

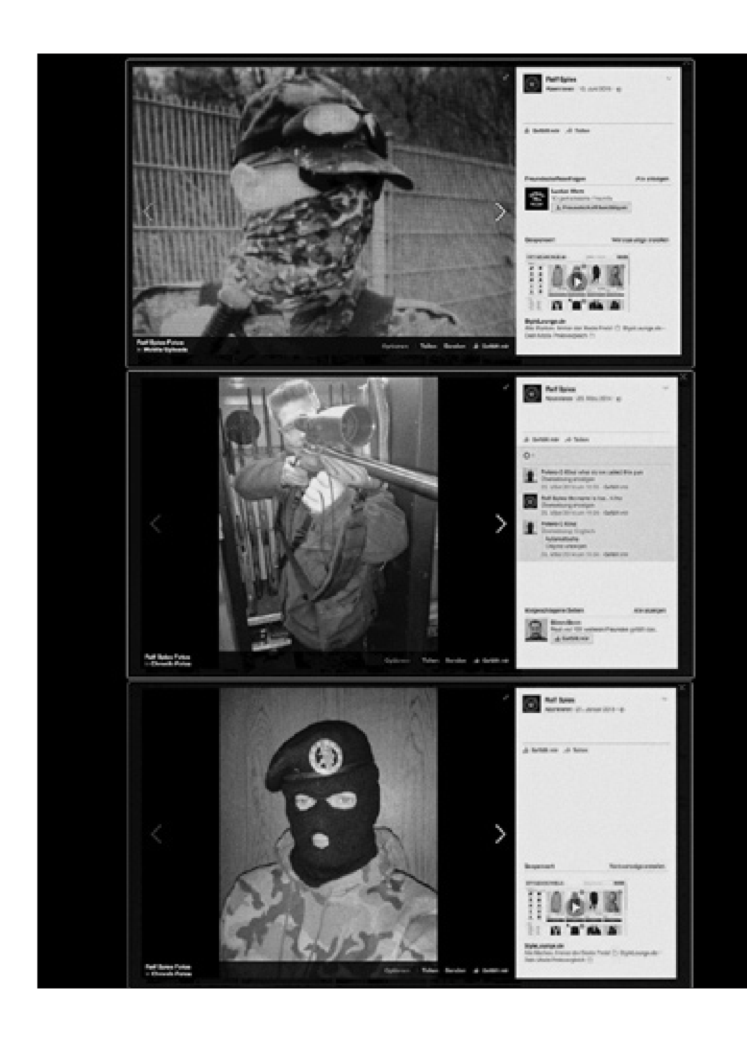


Was verstehen wir heute unter rechtem Terror? Unsere bisherige Definition lautete: Organisierte und klandestine Strukturen der extremen Rechten verbreiten durch Anschläge mit Waffen und Sprengstoff Angst unter ihren Opfern und deren Umfeld und senden so auch ein Signal in die Gesellschaft. Dafür brauchte es keine Erklärungen. Allein die Wirkung war Botschaft genug. Über diese Formen und Strukturen – vom NSU über die »Oldschool Society« bis zur Freital-Gruppe – wissen wir heute relativ viel. Aber dort, wo die Taten nicht so offensichtlich sind, wie zum Beispiel beim Münchner Attentat vom Juli 2016, fehlen uns Wissen und Analyse. Wir haben nach dem Münchner Anschlag eine große politische Sprachlosigkeit erlebt, obwohl die Auswahl der Opfer rassistisch war und der Täter Adolf Hitler und Anders Breivik verehrte. War das Rechtsterror? Wir haben in diesem Fall den Behörden die Deutung überlassen. Niemand redet mehr über die Tat. Hier gab es einen Einzeltäter, der ein rassistisches Weltbild hatte. Dafür brauchen wir vielleicht einen neuen Begriffsapparat. Bei Islamisten ist für die Behörden schnell klar: Der Täter hat sich im Netz radikalisiert, hat zehn Videos des IS auf Youtube angesehen, ist dreimal in die Moschee gegangen und hat dann die falschen Leute kennen gelernt – fertig ist der islamistische Terrorist. Haben wir es heute im Neonazismus mit ähnlichen Mustern zu tun?
Wir erleben gerade eine Übergabe der braunen Staffelstäbe. Die Generation der rechten Täter der 1990er Jahre spielt im Hintergrund erneut eine wichtige Rolle. So deuten wir auch zum Beispiel das Zusammentreffen von Thorsten Heise und Will Browning von »Combat 18« (C18) im Sommer bei einem Aufmarsch in Dortmund oder die Reanimierung von Strukturen von C18 oder dem »Ku Klux Klan«. Diese alten Neonazis sind heute nicht notwendigerweise selbst die Täter, sondern wittern eine neue Rolle in der Morgenluft des heutigen Rechtsterrorismus. Für diese These gibt es Indizien. Aber wir sind unsicher, ob man sie verallgemeinern kann. Es gibt nämlich auch Täter, über die wir zu wenig wissen. Ungeklärt ist auch, woher kommen die Sprengstoffe und Waffen? Und wir müssen uns fragen, ob es nur subkulturelle Bezüge auf alte Strukturen sind oder ob es erneut organisierte Formen der europäischen Vernetzung gibt, wenn heute auf Twitter ein Account von C18 auftaucht oder ein Angeklagter im Verfahren gegen die Neonazi-Schläger von Ballstädt in Thüringen ein C18-Tattoo trägt?
Die Ereignisse überschlagen sich: Skandale bei der NSU-Aufarbeitung, vernichtete Akten, skurrile Vorgänge im Mordfall »Peggy« im Zusammenhang mit Neonazis, die Verhaftung des Attentäters von Düsseldorf-Wehrhahn. Doch was ausbleibt, ist sowohl die gesellschaftliche Empörung als auch die antifaschistische Organisierung. In den 1990ern hat es nach der Serie militanter Neonazi-Anschläge ein paar Jahre gedauert, bis eine Antifa-Bewegung entstand, die in manchen Gegenden die Nazis zurückdrängte und breite Bündnisse initiierte. Warum bleibt dieser Effekt heute aus? Dabei geht es nicht um wohlfeiles Fingerzeigen auf die Versäumnisse der Anderen sondern um Fragen, auf die wir als AntifaschistInnen gemeinsam Antworten finden müssen.
Im Fall des NSU war die konservative Seite erfolgreich, die Erzählung zu übernehmen: Es sind angeblich immer Einzeltäter. Wenn das nicht mehr zu halten ist, räumen die Behörden ein: Es war ein »Trio« oder eine »Zelle«, aber nicht mehr. Aber in Wahrheit waren es immer Netzwerke. Es ist wahrscheinlich, dass es im Anschluss an den Münchner Prozess kein Verfahren gegen die weiteren neun namentlich bekannten Beschuldigten geben wird. Wenn der Generalbundesanwalt das so entscheidet und es nicht gelingt, einen gesellschaftlichen Aufschrei zu organisieren, dann ist das für die Opfer des NSU eine Katastrophe und für uns eine Niederlage.
In den fünf Jahren seit dem Auffliegen des NSU gab es einen immensen Normalisierungsprozess. Alle haben sich daran gewöhnt, dass es alle paar Wochen Neuigkeiten gibt, die früher jeweils ein Skandal geworden wären. Selbst wir sind müde, dazu überhaupt noch eine Pressemitteilung zu schreiben. Die erfolgreiche Strategie in den Staatsapparaten ist die Behauptung, die reguläre Arbeit der Dienste sei in Ordnung, die Skandale nur die Ausnahme. Und so mussten Einzelne zwar ihren Hut nahmen und manches wurde zum Skandal – die Strukturen hingegen erhielten mehr Geld und mehr Befugnisse.
Was haben wir zu tun? Wir müssen glaubwürdig darstellen, dass der Skandal in der Normalität besteht. Wir dürfen unser Empörung nicht der Empörungs-Ökonomie des Gegners anpassen, die immer nur auf Ausnahmen zielt. Und wir müssen unsere Empörung verständlich übersetzen – auch für Menschen, die nicht seit fünf Jahren NSU-Akten wälzen. Wir müssen einordnen, was akut passiert und müssen überlegen, wie wir rechte Strukturen schwächen können. »Wenn die Verbrechen sich häufen, werden sie unsichtbar«, schrieb Brecht. Das könnte für uns heißen: Um der Gefahr Einhalt zu gebieten, müssen wir sie erst sichtbar machen.

Anschlag in Düsseldorf

Im Februar 2017 nahm die Polizei den mutmaßlichen Täter des Düsseldorfer Rohrbombenanschlags aus dem Jahr 2000 fest. Trotzdem bleiben mehr Fragen als Antworten – unter anderem nach dem Wissen eines Spitzels im Umfeld des Verdächtigen.

von Annelies Senf



Am 27. Juli 2000 explodierte eine selbstgebaute Rohrbombe mit Fernzünder am Zugang zur S-Bahnhaltestelle Düsseldorf-Wehrhahn. Dabei wurden zehn Personen zum Teil schwer verletzt. Eine schwangere Frau verlor ihr ungeborenes Kind. Die Opfer kamen von einer nahe gelegenen Sprachschule und waren aus der ehemaligen Sowjetunion zugewandert. Sechs von ihnen waren jüdischen Glaubens.

Reaktionen

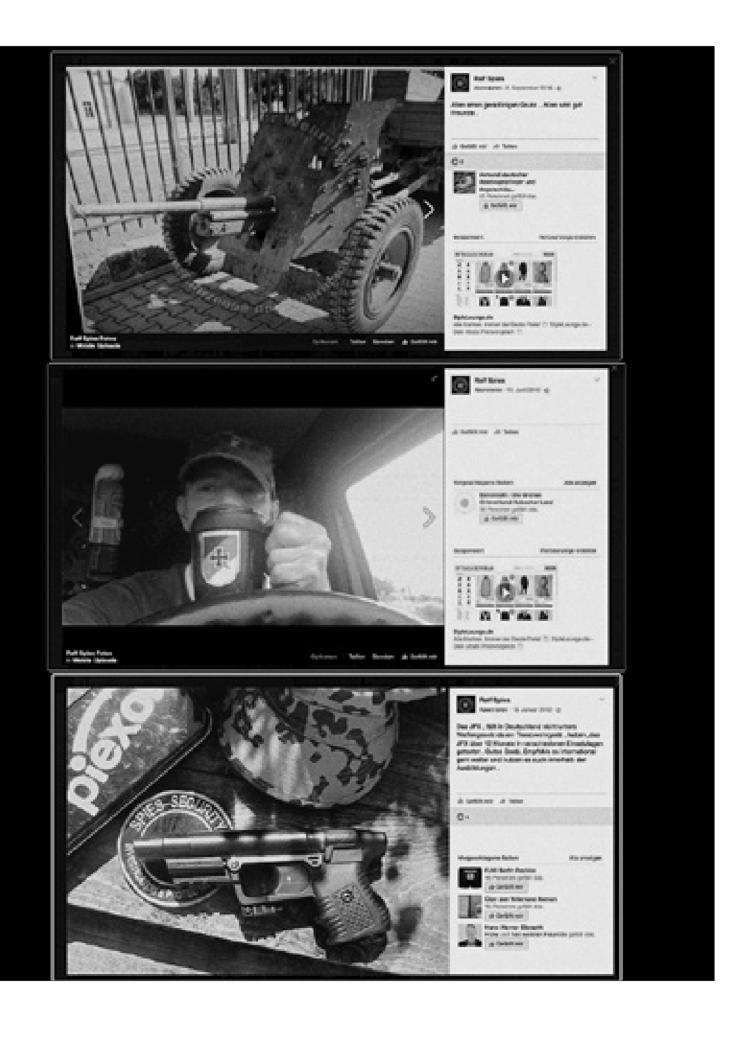
Einen Tag nach dem Anschlag begannen die öffentlichen Spekulationen zu den Hintergründen der Tat. Zunächst zitierte die »Westdeutsche Zeitung« den Düsseldorfer Polizeisprecher: »Wir gehen nicht von einem politischen Anschlag aus. Wir haben kein Bekennerschreiben gefunden.« Es hieß dann aber auch: »Wir schließen eine politisch motivierte Straftat nicht mehr gänzlich aus.« »BILD« dagegen brachte eine mögliche »Beziehungstat« und eine »Eifersuchtstat« in die Debatte und erwähnte, dass die Polizei Kontakte der Opfer ins kriminelle Milieu prüfe. In der Politik wurde dagegen recht früh von einer politisch motivierten Tat ausgegangen. Klare Worte fanden beispielsweise die damaligen Bundesminister Otto Schily (SPD) und Joschka Fischer (Bündnis 90 / Die Grünen). Beide sprachen von möglichem Rassismus und »Ausländerhass« als »wahrscheinlichstem Hintergrund«. Der damalige Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Fritz Behrens (SPD), rief zu einer »Wehrübung der aufrechten Demokraten« auf. Und wenig später forderte dann der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) zu einem »Aufstand der Anständigen« auf, nachdem am 2. Oktober 2000 auch noch auf die Düsseldorfer Synagoge ein Anschlag verübt worden war. Die Debatten über Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus erhielten einen neuen Impuls. Bundesweite Aufrufe zur Aufklärung der Taten setzten die Behörden unter Handlungsdruck. Wie widersprüchlich die Einschätzungen der ermittelnden Behörden blieben, macht eine »Sachstandseinschätzung« der Düsseldorfer Staatsanwaltschaft aus dem Jahr 2001 deutlich: Es liege »intern die Auffassung vor, wonach eine Begehung der Tat durch Neonazis als eher unwahrscheinlich anzusehen ist. Grundlage dieser Einschätzung ist es, dass zahllose Vernehmungen von Aussteigern aus der rechten Szene und eine Vielzahl bundesweit geführter TÜ-Maßnahmen (Anm. d. Red.: Telekommunikationsüberwachungs-Maßnahmen) ohne Hinweise auf eine Täterschaft Rechtsgesinnter geblieben« seien. Der unaufgeklärte Wehrhahn-Anschlag wurde schließlich 2014 Teil des Untersuchungsauftrages des vom nordrhein-westfälischen Landtag eingesetzten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) zum »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU). Dieser forderte eine erneute Untersuchung der Rolle der Behörden bei der Aufklärung des sich in das kollektive Bewusstsein der DüsseldorferInnen festgesetzten Anschlags.

Der Tatverdächtige

Am 1. Februar 2017 nahm die Polizei nun den 50-jährigen Ralf Spies fest, der zuletzt in Ratingen lebte. Laut seiner Facebook-Seite bot er sich beruflich in den letzten Jahren als Ausbilder und Detektiv im Sicherheitsbereich und Personenschutz an. Spies war bereits unmittelbar nach dem Anschlag im Jahre 2000 als möglicher Attentäter ins Visier der Ermittler geraten. Denn er betrieb damals unweit des Tatortes den Laden »Survival Security & Outdoor«, in dem er Militaria- und Sicherheitsausstattung sowie RechtsRock-CDs verkaufte. Zudem wohnte er nahe dem Tatort. Aufgefallen war er den AnwohnerInnen durch seine Patrouillengänge im Stadtteil mit seinem Hund. Spies galt im Viertel als bekannter Waffennarr und Rassist. Unmittelbar nach dem Anschlag, am 29. Juli 2000, erfolgte bei ihm eine erste Hausdurchsuchung. Wie der leitende Ermittler der später eingesetzten Ermittlungskommission »Acker« in der Anhörung vor dem NSU-PUA am 7. Februar 2017 sagte, sei die Razzia durch den polizeilichen Staatsschutz eher ein »oberflächlicher Stubendurchgang« als eine angemessene Durchsuchung gewesen. Am 2. August 2000 erfolgte die zweite Hausdurchsuchung, diesmal durch die Ermittlungskommission selbst. Insgesamt wurden damals vier Objekte durchsucht: die Wohnung der damaligen Freundin von Spies, eine Gartenlaube, sein Laden und seine Wohnung. Doch die Ermittlungen ergaben nichts Konkretes, so dass die Behörden keine Beweise gegen Spies in der Hand hatten. Heute gehen Staatsanwaltschaft und Polizei von einem Einzeltäter aus. Es könne allerdings nicht ausgeschlossen werden, dass es MitwisserInnen gegeben habe, sagte der leitende Oberstaatsanwalt.

Rechte Szene in Düsseldorf

Antifaschistische Gruppen wiesen schon im Jahr 2000 darauf hin, dass Spies Kontakte in die neonazistische Szene Düsseldorfs pflegte – so frequentierten beispielsweise Mitglieder der »Kameradschaft Düsseldorf« seinen Laden. Die Gruppe war landes- und bundesweit in der militanten Neonaziszene verankert. In ihr waren ehemalige Mitglieder der »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP), der »Nationalistischen Front« (NF)



< *Ralf Spies – Selbstdarstellung im Internet*

und der »Jungen Nationaldemokraten« (JN). Die Mitglieder der »Kameradschaft« nahmen an vielen überregionalen Neonazi-Aufmärschen teil. Hin und wieder kam es zu landesweiten Vernetzungstreffen in Düsseldorf, zu denen die Gruppe einlud. Auch gab es enge Kontakte zu »Kameraden« in den Niederlanden, wie beispielsweise zur »Niederländischen Volksunion« (NVU).
Düsseldorf galt Ende der 1990er Jahre als eine Hochburg des Neonazismus in den alten Bundesländern und hatte eine gefestigte Struktur, die in ein bundesweites Netzwerk eingebunden war. So stellte Sven Skoda mit dem »Nationalen Info-Telefon Rheinland« eine wichtige überregionale Vernetzungs- und Informationsplattform bereit. Bis heute ist er wichtiger Kader in der bundesweiten Neonazi-Szene und tritt regelmäßig als Redner bei Aufmärschen der Partei »Die Rechte« auf. Seit 2012 muss er sich in dem Prozess gegen das militante »Aktionsbüro Mittelrhein« verantworten. Und Melanie Dittmer, heute bekannt durch ihre DÜGIDA-Demonstrationen 2015 in Düsseldorf und die »Identitäre Aktion«, betrieb hier damals den CD-Versand »Hagalaz-Versand«. Die damals noch sehr junge Dittmer war Ende der 1990er Jahre ein wichtiges Bindeglied zwischen der JN und der neonazistischen Skinhead-Szene. In ihrem Versand gab es zeitweise vor allem Produkte aus dem Angebot des Düsseldorfers Torsten Lemmer, der mit dem rechten »MZ Vertrieb«, dem Label »Funny Sound«, der Firma »Creative Zeiten« und dem Magazin »Rock Nord« einer der wichtigen Anbieter der RechtsRock-Szene der damaligen Zeit war.
Zwei rechte Gewalttaten kurz vor dem Wehrhahn-Anschlag zeigen die Gewaltbereitschaft der damaligen Zeit in Düsseldorf und betteten den Anschlag in eine Reihe rassistischer Angriffe in der Region ein: Am 3. Juli 2000 hatten in der Nähe des Bahnhofs Wehrhahn sieben Personen, darunter Mitglieder der Düsseldorfer RechtsRock-Band »Reichswehr«, zwei Migranten griechischer und afghanischer Herkunft angegriffen und einen von ihnen dabei verletzt. Und am 9. Juli 2000 griffen Neonazis TeilnehmerInnen einer Gedenkveranstaltung am Mahnmal der KZ-Gedenkstätte Kemna nahe Wuppertal an.

Neue Ermittlungen
Die neuen Ermittlungen zum Wehrhahn-Anschlag kamen 2014 ins Rollen, nachdem Spies in der Haft in der Justizvollzugsanstalt Castrop-Rauxel gegenüber einem Mithäftling die Tat gestanden haben soll. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm daher nun vor, einen selbstgebauten TNT-Sprengsatz per Fernzünder ausgelöst zu haben. Das wertet der Staatsanwalt als 12-fachen Mordversuch. Die Düsseldorfer Polizei und Staatsanwaltschaft befragte in den vergangenen zwei Jahren erneut ZeugInnen und sichtete die Akten der damaligen Durchsuchungs- und Überwachungsmaßnahmen. Mit zeitlichem Abstand waren die ZeugInnen nun offenbar gesprächiger. Im Untersuchungsausschuss wurde auch der Frage nach dem Alibi von Spies für den Tatzeitpunkt nachgegangen. Doch Oberstaatsanwalt Ralf Herrenbrück sagte vor dem PUA, dass Spies ohnehin nie ein wasserdichtes Alibi gehabt habe. Bei der Aussage einer Zeugin habe es »sich allein um die Schilderung des Tagesablaufs des Beschuldigten gehandelt«. Auf der Grundlage dieser Darstellung »wäre es für den Beschuldigten schwierig gewesen, die Tat zu begehen, da das Zeitfenster sehr eng gewesen wäre«. Die Ermittler gingen davon aus, dass es mit dem geschilderten Zeitablauf »schwierig gewesen« sei, »Ralf Spies um 15.03 Uhr an den Tatort zu kriegen«. In Befragungen gab Spies damals an, dass er zum fraglichen Zeitpunkt zu Hause telefoniert habe. Die Abfrage der Verbindungsdaten bestätigte ein Gespräch um 15.07 Uhr. Doch aufgrund der räumlichen Nähe wäre es ihm theoretisch möglich gewesen, um 15.03 Uhr am Tatort gewesen zu sein, als dort die Rohrbombe explodierte.
Heute geht die Polizei davon aus, dass Spies die Gruppe der SprachschülerInnen bewusst als Opfer ausgesucht habe. Bereits Tage vor dem Anschlag soll er die Gruppe observiert haben. Laut Zeugenaussage saß er in einer Bushaltestelle mit Sicht auf den Fußweg, den die Opfer regelmäßig entlang gingen. Und im vorangegangenen Herbst 1999 hatten Bekannte von Spies SchülerInnen einer Außenstelle der Sprachschule, die seinem Geschäft gegenüber lag, terrorisiert. Spies mietete zudem wenige Wochen danach eine zweite Wohnung in der Nähe des Tatortes und kündigte sie einen Tag nach dem Anschlag wieder. In dieser bastelte er offensichtlich die Bombe. Unklar ist die Finanzierung der Zweitwohnung, da Spies notorisch pleite war. Belastend kommt hinzu, dass der ehemalige Zeitsoldat Spies über eine Sprengstoffausbildung bei der Bundeswehr verfügte.

V-Mann im Umfeld
Brisant ist, dass im direkten Kontakt zum mutmaßlichen Täter das »Landesamt für Verfassungsschutz« (LfV) Nordrhein-Westfalen einen V-Mann hatte. Wie aus Unterlagen des Amtes bekannt wurde, sollte André Stefan Minini (Tarnname »Apollo«) von August 1999 bis Mai 2000 über die Düsseldorfer Neonazi-Szene berichten. Er arbeitete als Wachmann in der Security-Firma von Spies. Minini soll an diversen Aktionen der »Kameradschaft Düsseldorf« beteiligt gewesen sein. Es bestehen Zweifel, ob er tatsächlich schon wieder im Frühjahr 2000 – also vor dem Anschlag – als Spitzel abgeschaltet wurde. Die V-Mann-Tätigkeit hielten das Innenministerium und der Nachrichtendienst gegenüber den damaligen Ermittlern von Polizei und Staatsanwaltschaft 12 Jahre lang geheim. Erst 2012 offenbarten sie diese Tatsache der Polizei in einem vertraulichen Gespräch. Am Ende bleiben mehr Fragen als Antworten zum Anschlag in Düsseldorf-Wehrhahn: Welche Rolle spielte der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen in den Jahren seit 2000? Und warum wurde der mutmaßliche Wehrhahn-Attentäter Ralf Spies erst 17 Jahre nach dem Bombenanschlag gefasst, wenn er doch schon damals als Hauptverdächtiger galt?



Soziale Nazis

Bundesweit setzen Neonazis auf Spendenprojekte für deutsche Familien und sozial Benachteiligte. Ein Ursprung dieser Initiativen liegt in Netzwerken der Thüringer Neonazi-Szene.

von Kai Budler

Zum Jahreswechsel hatte die Neonazi-Partei »Der III. Weg« bundesweit auf sich aufmerksam gemacht, als die Neonazis dazu aufriefen, das Geld statt in Pyrotechnik in Tierfutter- und Bargeldspenden für Tierheime zu investieren. In nicht wenigen Fällen trugen die »SpenderInnen« dabei Kleidung mit Symbolen und Parolen von »Der III. Weg« und ließen teilweise sogar Grußkarten der extrem rechten Partei zurück. In Thüringen griff »Die Rechte« (DR) diese Idee auf und startete die Kampagne »Futter statt Böller«, nachdem AktivistInnen der Partei bereits 2015 Tierheime durch Spenden überrumpelt hatten.

Soziale Offensive der Neonazis in Thüringen

DR hatte in Thüringen schon im Juli 2016 mit einer »sozialen Offensive« begonnen, als sie in einem Erfurter Vorort ein Fußballturnier und ein »Familienfest für hilfebedürftige deutsche Familien« durchführte. Ihr »Familienfest« führte die Partei in einer ehemaligen Kaufhalle durch, die der extrem rechte Verein »Volksgemeinschaft« seit 2016 nutzt. Allein schon der Name des Vereins spricht Bände über dessen Hintergrund, ist »Volksgemeinschaft« doch ein zentraler Begriff der NS-Ideologie. Ungeachtet dessen betreibt der Verein mit Hilfe des DR-Landesvorsitzenden Enrico Biczysko im Erfurter Südosten seine Graswurzelarbeit im vorpolitischen Raum: Zum Angebot gehören eine Bar, Spielmöglichkeiten für Dart und Kicker sowie ein Trainingsraum für Kampfsport mit einem wöchentlichen Trainingstermin. Daneben beherbergen die Räume Neonazi-Konzerte sowie Tagungen, Schulungen und Parteitage von NPD und DR. Auf Fragen nach dem Angebot kommen Antworten wie »Musik- und Sportunterricht« und man wolle die »Kinder und Jugendlichen von der Straße holen«. Biczysko wurde unter anderem 2005 wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung in drei Fällen zu einer Haftstrafe verurteilt und wechselte 2016 von der NPD zu DR. Er gilt »als Scharnierperson zwischen den formell, informell und jugend- bzw. subkulturell organisierten Rechtsextremen in der Landeshauptstadt«, wie der Soziologe Matthias Quent bereits 2013 schrieb. Besonders im Südosten Erfurts kann die extrem rechte Szene Raumgewinne verbuchen, die mit den »sozialen Aktionen« größer werden; das nächste Familienfest ist für Ende Juni 2017 angekündigt.

Die Schlacht am Abfallcontainer

Neben solch lokalen Schwerpunktaktionen denkt eine Initiative des Neonazi-Netzwerkes »Thüringen gegen die Islamisierung des Abendlandes« (THÜGIDA) über Landesgrenzen hinaus. Schon die Mitglieder des Vereinsvorstandes von »Thügida & Wir lieben Sachsen« kommen aus mehreren Bundesländern. Die Initiatoren David Köckert aus Greiz und Alexander Kurth aus Sachsen, der zeitgleich Mitglied im DR-Bundesvorstand ist, hätten »die Initiative ‹Ein Volk hilft sich selbst› ins Leben gerufen«, sagt der Niedersachse Jens Wilke vom »Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen« (s. drr Nr. 164). Auch Wilke gehört dem Vereinsvorstand an und kündigt die Transformation von THÜGIDA in »Die Volksbewegung« an. Für die Verquickung von THÜGIDA und »Ein Volk hilft sich selbst« spricht auch die von beiden Netzwerken benutzte Postfachadresse in Köckerts Wohnort Greiz. Auch die Initiative »Ein Volk hilft sich selbst« bedient sich bei der Namensgebung unverhohlen nationalsozialistischer Propaganda. Der Slogan aus der NS-Zeit war ein Leitmotiv des nationalsozialistischen Winterhilfswerks, das 1933 vom Reichspropagandaminister Joseph Goebbels ins Leben gerufen wurde, um die Idee der »Volksgemeinschaft« zu stärken.

Heute ist die Parole einigendes Element bei Veranstaltungen von bundesweit bekannten Kadern in Bundesländern wie Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen und Thüringen. Auf Fotos bei Facebook verteilen Neonazis Geschenke, Lebensmittel und Plüschtiere an Erwachsene und Kinder. Auch Obdachlose gehören zur beliebten Zielgruppe der angeblich sozialen Initiative – dabei sind unter den Opfern rechter Gewalt seit 1990 mindestens 28 ermordete Obdachlose. Um die Weihnachtszeit 2016 gab es unter dem Slogan bundesweit mehr als 20 Veranstaltungen, teils begleitet von extrem rechten Vorträgen oder Liedermachern. Der Soziologe Quent bilanziert: »Im Zuge der sozialen Ungleichheit vermitteln die Neonazis das Ausgeschlossensein als Ergebnis einer volksfeindlichen Politik. Diese Botschaft wurde auch über die Aktionen in der Adventszeit 2016 vermittelt. Dabei gingen die Neonazis bei der Ethnisierung eines bestehenden gesellschaftlichen Problems viel professioneller, übergreifender und besser vernetzt vor als im Vergleich zu den vergangenen Jahren.« Über das Projekt »Ein Volk hilft sich selbst« versammelte THÜGIDA beispielsweise knapp 70 Erwachsene und Kinder zu einer Weihnachtsfeier ausgerechnet in den Räumen des »Gedächtnisstätte Guthmannshausen e. V.«, wo sonst GeschichtsrevisionistInnen und HolcaustleugnerInnen zu Gast sind. David Köckert ist von der Initiative derart überzeugt, dass er jetzt aus der NPD ausgetreten ist. Er könne nicht auf zwei Hochzeiten tanzen, erklärt der Neonazi in einem Facebook-Video, sondern werde seine ganze Kraft in THÜGIDA stecken und »Ein Volk hilft sich selbst« weiter vorantreiben.

Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

Erfolge für die klassischen extrem rechten Parteien sind bei der im Mai anstehenden Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen nicht zu erwarten. Doch auch die große Konkurrenz, die »Alternative für Deutschland«, ist im Bundesland tief zerstritten.

von Verena Grün

»Angesichts des nahezu sicheren Landtagseinzugs der AfD wäre eine Konkurrenz-Kandidatur derzeit kontraproduktiv und würde letztendlich nur den verbrauchten Altparteien nutzen«, verkündete die selbsternannte, aber in den beiden letzten Jahren deutlich zusammengeschrumpfte »Bürgerbewegung pro NRW« im Februar großzügig. Im vergangenen Jahr sprach der Vorsitzende Markus Beisicht noch von einer möglichen Kooperation mit der »Alternative für Deutschland« (AfD). Käme diese jedoch nicht zustande, trete man selbstverständlich eigenständig an. Trotz ausbleibender Annahme des Angebots durch die AfD verzichtet man nun doch auf den Wahlantritt – und das obwohl die »Bürgerbewegung« selten eine Blamage scheut.
Während die Partei »Die Republikaner« eine Serie von Kundgebungen in Düsseldorf nun als Wahlkampfkundgebungen mit und für ihren »Spitzenkandidaten« und Bundesvorsitzenden, Kevin Krieger, fortführt, ist von der NPD kaum etwas in Sachen Landtagswahl zu hören. Immerhin hat man bereits eine Liste für die Landtags- und Bundestagswahlen gewählt und sammelt nun die für die Wahlzulassung erforderlichen Unterstützungsunterschriften.
»Erfahrene Kommunalpolitiker ziehen für DIE RECHTE ins Rennen!«, war auf der Dortmunder Werbeplattform der Partei »Die Rechte« zu lesen, als im Dezember die Landesliste sowie vier Direktkandidaten für Dortmund gewählt worden waren. Kevin Koch aus Wuppertal führt die Landesliste an, ihm folgt der Dortmunder Siegfried Borchardt, genannt »SS-Siggi«. Doch auch hier müssen noch Unterschriften gesammelt werden, um zugelassen zu werden. Eine Herausforderung, an der die Partei bei der Europawahl 2014 scheiterte.

»Kultur des Verrats« in der AfD
Im Landtagswahlkampf ein geschlossenes Bild zu vermitteln, dürfte der AfD in NRW äußerst schwer fallen. Allein die Aufstellung der Landesliste, die sechs Wochenenden mit Wahlversammlungen umfasste, offenbarte, wie tief die Gräben innerhalb der Partei sind. Der Vorwurf der Wahlfälschung wurde erhoben, über WhatsApp-Gruppen, die dann auch noch den Weg in die Öffentlichkeit fanden, wurde intrigiert, um möglichst viele KandidatInnen des jeweils eigenen Lagers durchzubringen. Zwischenzeitlich bestand sogar die Möglichkeit, dass der bereits gewählte Teil der Landesliste hätte neu gewählt werden müssen. Ein entsprechender Antrag scheiterte nur an der dafür notwendigen Zweidrittel-Mehrheit. Dieses Ergebnis war ein kleiner Erfolg für Markus Pretzell, den NRW-Landesvorsitzenden und Ehemann Frauke Petrys, der bei der ersten Landeswahlversammlung beinahe als Vorsitzender abgewählt worden wäre. 44 Prozent stimmten für seinen nahezu unbekannten Konkurrenten, Thomas Röckemann aus Minden.
Auch die Wahl der Delegierten war gekennzeichnet von einem Hauen und Stechen zwischen den innerparteilichen Lagern. Eine »›Kultur des Verrats› mit Diffamierungen, Verleumdungen und Abgrenzeritis von einigen wenigen willfährigen, unpolitischen, rückgratlosen und leistungsfernen Gesellen – Hetzern und Spaltern – zum ‹Schaden der Partei›«, attestierte Thomas Matzke, Kopf der »Patriotischen Plattform« in NRW dem Lager seines Konkurrenten Pretzell.

Eine skurrile Liste
Letztendlich gelang es aber doch, eine 60 KandidatInnen umfassende Landesliste aufzustellen, die von Pretzell angeführt wird. Die erste Frau auf der Liste, Iris Dworeck-Danielowski aus Köln, steht jedoch auf Platz 10. Elf Frauen haben es insgesamt auf die Liste geschafft. Auf einen Einzug in den Landtag können aber auch, selbst für AfD-Verhältnisse, skurrile Persönlichkeiten wie Nic Vogel (Platz 9) und Christian Blex (Platz 14) hoffen. Blex gehört zu denjenigen, die dem Klimawandel skeptisch gegenüberstehen und für die CO2 »kein Schadstoff, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil allen Lebens« ist, wie es im Grundsatzprogramm der AfD heißt. Vogel hingegen ist Mitorganisator des »Alternativen Wissenskongresses«. ‹Alternatives Wissen› meint hier: Verschwörungsideologien und der Glaube an Chemtrails.



^ *Martin E. Renner*

Nur auf Platz 26 der Landesliste landete Guido Reil, mit dem die AfD eigentlich im ArbeiterInnen-Milieu punkten wollte. Sein Wechsel von der SPD zur AfD stieß innerparteilich nicht auf ungeteilte Freude. Zu stark wurde er als Konkurrenz gefürchtet und als neues Mitglied, das sich direkt in den Landtag wählen lassen möchte, kritisch beäugt.

Kein Ende in Sicht
Hatte Pretzell die Wochen der Landtags-Aufstellung gerade so überstanden, verpasste die Parteibasis ihm bei der Listenwahl für die Bundestagswahl den nächsten Schlag: Sein Co-Vorsitzender und größter Konkurrent, Martin E. Renner, setzte sich als Spitzenkandidat gegen den Favoriten des Pretzell-Lagers, Kay Gottschalk aus Hamburg, durch. Renner, ehemaliger CDUler und Gründungsmitglied der AfD, steht für einen deutlichen Rechtskurs. Bei seiner Bewerbungsrede beklagte er, der Staat leide unter einer »sozialistischen Versiffung« und steigerte die geschichtsrelativierende Rhetorik Björn Höckes durch die Verwendung des Begriffs »Schuldkult«.
Aufgrund der Größe des Bundeslandes und durch die Verbindung von Pretzell mit der angeschlagenen Bundesvorsitzenden Petry kommt der NRW-Wahl einige Bedeutung für den weiteren Kurs der Gesamt-AfD zu. Was in der AfD NRW vor und hinter den Kulissen bis zur Landtagswahl noch passiert und welche Auswirkungen dies auf den Wahlerfolg hat, bleibt abzuwarten. Dass diese Auseinandersetzungen die Chancen der übrigen rechten Parteien in NRW auch nur ansatzweise erhöhen, ist jedoch ausgeschlossen.

Hauen und Stechen in der AfD

Nach dem mehrheitlich im Bundesvorstand der »Alternative für Deutschland« beschlossenen Ausschlussverfahren gegen den Landesvorsitzenden aus Thüringen, Björn Höcke, ist aus dem schwelenden Streit in der Partei ein offener Machtkampf geworden.

von Kai Budler



Im Dezember 2016 sah für die »Alternative für Deutschland« (AfD) alles nach einem erfolgreichen Jahresabschluss aus. Rund 26.000 Mitglieder verzeichnete die Partei knapp vier Jahre nach ihrer Gründung und nach einem Spendenaufruf hatten nach Parteiangaben rund 33.000 Personen in acht Wochen Gelder in Höhe von insgesamt knapp 2,3 Millionen Euro gespendet. Das Ziel für 2017: die Unabhängigkeit von staatlicher Parteienfinanzierung und 30.000 Mitglieder. In einem vertraulichen Strategiepapier, das der AfD-Bundesvorstand im Dezember 2016 vorgelegt hatte, heißt es zur Einschätzung der WählerInnenstimmen: »derzeit liegt das Potential bei etwa 20%«. Eine gezielte Erweiterung dieses Potentials könne nur dann erfolgen, wenn »sich die AfD deutlicher gegen Rechtsaußen abgrenzt«. Trotzdem könne man »relativ radikale Forderungen erheben, wenn man sie gut begründet und in sachlicher Sprache und Ton vorträgt«.

Wem nutzt Höckes Grenzüberschreitung?

Doch nur knapp einen Monat später überschritt der Thüringer Landes- und Fraktionsvorsitzende Björn Höcke diese Grenzlinie mit seiner Rede bei einer Veranstaltung der »Jungen Alternative« in Dresden. Das Denkmal für die ermordeten Jüdinnen und Juden Europas sei ein »Denkmal der Schande«, sagte Höcke, sprach von »diese(r) dämliche(n) Bewältigungspolitik« und forderte eine »erinnerungspolitische Wende um 180 Grad«. Der öffentliche Aufschrei war groß. Am 27. Januar durfte Höcke nicht an der Gedenkstunde im Thüringer Landtag teilnehmen, für die Gedenkveranstaltung auf dem Gelände der Gedenkstätte Buchenwald erhielt er Hausverbot. Auch im Bundesvorstand der AfD erregte Höckes Rede Aufsehen, ein von Frauke Petry vorgeschlagener Parteiausschluss scheiterte jedoch. Stattdessen stimmte der Vorstand für die Einleitung von Ordnungsmaßnahmen. In diesem Rahmen verschickte Petry ein Rundschreiben an die AfD-Mitglieder und gab ein Rechtsgutachten in Auftrag, um die Erfolgschancen eines Ausschlussverfahrens gegen Höcke zu prüfen. Darin kommt der beauftragte Anwalt aus Gelsenkirchen zu dem Schluss, »die Übernahme der Rhetorik von Adolf Hitler (sei) ein schwerer Verstoß gegen das Gebot zur Loyalität«. Der Anwalt vergleiche Höcke gar über mehrere Seiten mit Hitler, berichtet die »Frankfurter Allgemeine Woche«. Daraufhin beschloss der 13-köpfige Bundesvorstand in einer Telefonkonferenz mit Zweidrittelmehrheit ein Parteiausschlussverfahren und folgte damit der in dem Strategiepapier eingeforderten Abgrenzung gegen Rechtsaußen. Immerhin fiel die Partei nach Höckes Rede bei den Umfragen im Februar auf ihren niedrigsten Stand seit Ende 2015. In ihrem Rundbrief bezeichnet Petry die Rede als Sprengstoff »für die Einheit der Partei« und für »das Demokratieverständnis der AfD«. In Sachsen sprangen nach Parteiangaben zwei Großspender der Partei nach der Rede ab und kosteten die AfD laut dem sächsischen Generalsekretär Uwe Wurlitzer rund ein Sechstel des beschlossenen Budgets für den Bundestagswahlkampf.

»Thüringer Weg« vs. Petry-AfD

Doch Petry dürfte nach Höckes Rede nicht nur wegen der in der Öffentlichkeit zitierten Stellen alarmiert sein. Der ehemalige Geschichtslehrer wirbt darin nämlich auch für den »Thüringer Weg«, einer »fundamentaloppositionellen Bewegungspartei und einer fundamentaloppositionellen Bewegungsfraktion« für alle Landesverbände und Fraktionen in der AfD. Diesem selbst ausgerufenen Kampf stehen aber jene im Weg, »die keine innere Haltung besitzen, die Establishment sind und Establishment bleiben wollen oder so schnell wie möglich zum Establishment gehören wollen«, sagte Höcke in Dresden. Sollten sie nach der Wahl im September im Bundestag landen, würden nicht wenige »ganz schnell vom parlamentarischen Glanz und Glamour der Hauptstadt fasziniert werden. Und nicht wenige werden sich ganz schnell sehr wohl fühlen bei den Frei-Fressen- und Frei-Saufen-Veranstaltungen der Lobbyisten.« In dem Rundbrief kritisiert Petry diese Äußerung scharf als »Respektlosigkeit gegenüber den zumeist aussichtslosen Direktkandidaten und den tausenden ehrenamtlich engagierten Parteimitgliedern«. AfD-ListenkandidatInnen in allen Landesverbänden und fast 300 DirektkandidatInnen würden damit unter Generalverdacht gestellt. Höckes Verständnis der AfD als »Bewegung« ist für Petry ein »Irrweg« und würde »die AfD als Partei nicht nur unglaubwürdig machen, sondern mittelfristig auch ihrer demokratischen Legitimation berauben«. Dabei zeigt auch Petry keine Scheu vor Rechtsaußen-Kontakten. So paktiert sie mit der Chefin des französischen »Front National« (FN), Marine Le Pen, und dem niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders und redet mit dem Vorsitzenden der russischen »Liberaldemokratischen Fraktion«, Wladimir Schirinowski, der mit revisionistischen und antisemitischen Äußerungen aufgefallen ist.

Trotzdem ist der aktuelle Konflikt Petrys verzweifelter Versuch, den Rechtsaußen-Flügel der Partei, der etwa ein Drittel der AfD ausmachen soll, zu entmachten, um die eigene Machtposition zu sichern. Ihre Widersacher bringen sich ebenfalls in Stellung. Allein in Sachsen-Anhalt gab es in der Fraktion, dem Vorstand und in der Runde der Kreisvorsitzenden einstimmige Beschlüsse zugunsten Höcke und gegen Frauke Petry.



^ *Vorsitzender des AfD-Landesverbands Niedersachsen Armin Paul Hampel*

Der Landeschef André Poggenburg prophezeite, Petry werde geschädigt aus dem Konflikt herausgehen und unterstellte ihr ein Problem mit dem Demokratieverständnis. Auch Brandenburgs AfD-Vorsitzender Alexander Gauland kritisierte das Parteiausschlussverfahren als unverhältnismäßig und nicht zielführend. Er forderte Höcke nach der Einleitung des Verfahrens sogar auf, doch für den Bundestag zu kandidieren. Petrys Vize und Vorsitzender in Baden-Württemberg, Jörg Meuthen, verteidigte ebenfalls die Rede und die Forderung nach einer »Wende in der Erinnerungskultur« und erklärte, man solle doch den »Ball flach halten«. Zu Höckes Verteidigern im Bundesvorstand gehört auch der niedersächsische Landesvorsitzende Armin Paul Hampel.

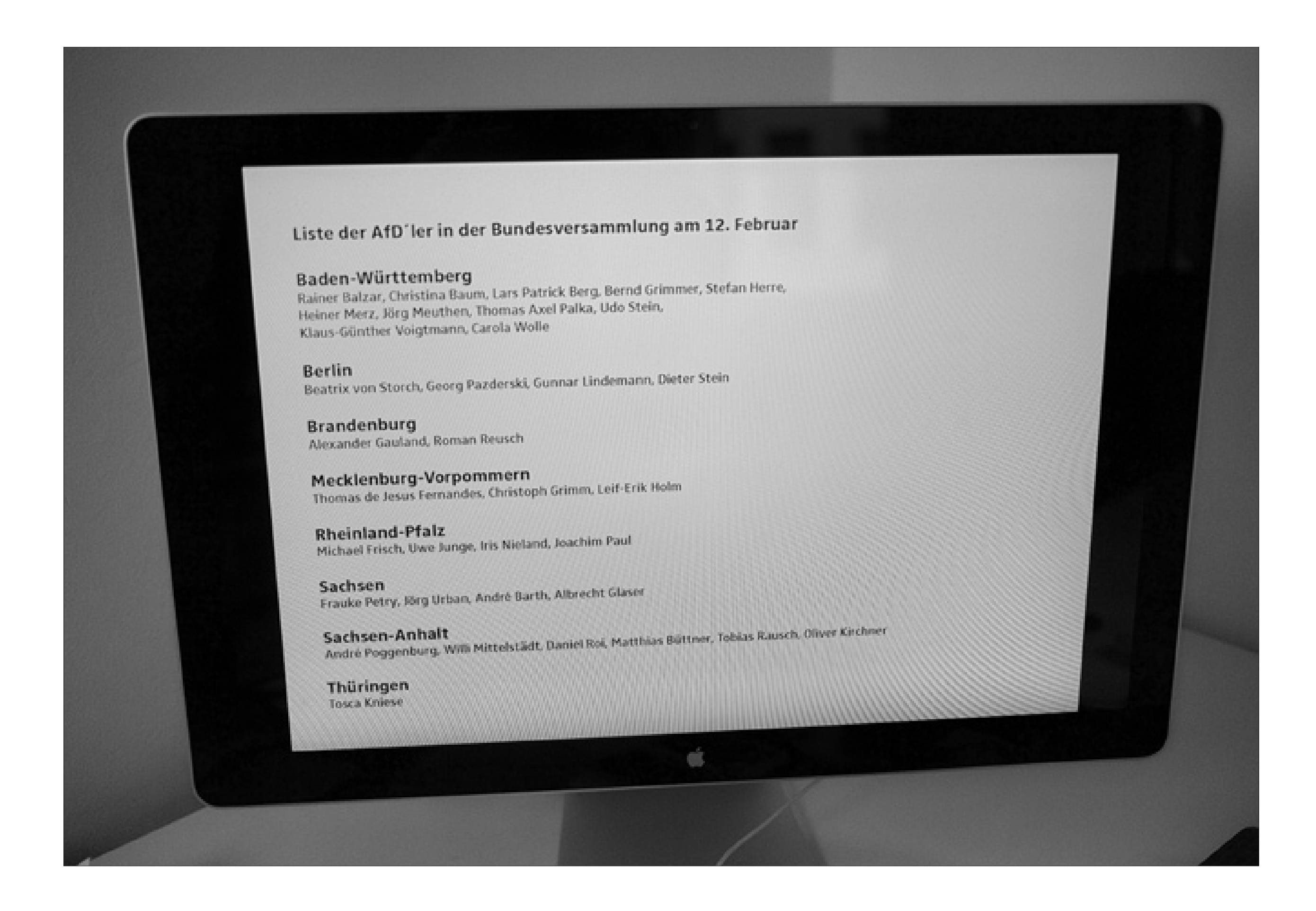
Chaotische Zustände bei der AfD

Dabei herrschen in einigen AfD-Landesverbänden auch ohne den aktuellen Machtkampf chaotische Zustände, die durch den Verzicht auf eine zentrale Führungsfigur zugunsten einer Teamlösung befeuert werden. In Baden-Württemberg war beispielsweise noch eineinhalb Wochen vor dem Landesparteitag unklar, wer die neue Landesspitze bilden soll. Zudem musste Fraktionschef Meuthen einräumen, dass entgegen seinen Aussagen aus dem Oktober 2016 nicht alle AfD-Abgeordneten die ihnen vorgelegte Erklärung zur Abgrenzung von Antisemitismus unterschrieben haben. Aus Protest gegen »die dauerhaft vermiedene Abgrenzung der AfD zum Rechtsextremismus« war bereits im Dezember 2016 eine Landtagsabgeordnete aus der Fraktion ausgetreten, ein verbliebenes Mitglied beklagte, die Fraktion habe ihm ohne Anhörung »ein unbegrenztes Redeverbot im Landtag erteilt«. Auch in Sachsen-Anhalt ist kein Burgfrieden in Sicht. Nur knapp scheiterte der Vorstand der AfD-Fraktion mit dem Versuch, den parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion, Daniel Roi, auszuschließen. Hintergrund war der Vorwurf von Fraktionschef Poggenburg, Roi habe fraktionsinterne Papiere weitergegeben. Sie sollen eine sexuelle Nötigung der früheren Mitarbeiterin eines AfD-Landtagsabgeordneten behandeln. Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen den Mann, hinter den sich die Fraktionsspitze gestellt hatte.

Chaos auch in Niedersachsen: Nach der Wahl des Landesvorsitzenden Paul Hampel auf Platz 1 der AfD-Landesliste trat Landesvorstandsmitglied Jens Krause von seinem Amt als Wahlkampfkoordinator zurück. Er sei »mit Dingen konfrontiert, die ich oftmals nicht mittragen konnte«, schreibt Krause. Neben dem Rücktritt des Osnabrücker Kreisvorsitzenden verzichtete Jens Wilharm aus Rinteln gleich auf alle Parteiämter, denn Hampel habe »die ganze AfD Niedersachsen in der Außenwahrnehmung auf eine Linie mit Gauland und Höcke gebracht«. Der Streit und die gegenseitigen Vorwürfe im Flächenland schwelen bereits länger, Hampel ist in Teilen des Landesverbandes wegen »diktatorischen Führungsstils, zum Teil aber auch wegen unzureichender Abgrenzung vom rechten Rand, in der Kritik«, sagt Wilharm. Und in ihrem eigenen Landesverband landete zwar Frauke Petry auf Platz 1 der Landesliste zur Bundestagswahl, auf dem nächsten Platz folgt ihr aber Jens Maier auf dem Fuße. Der Richter am Landgericht Dresden hatte bei Höckes Aufritt in Dresden von einem »Schuldkult der Deutschen« geredet.

Rechtsaußen-Kritik an rechter Plattform

Bei dem Schießen gegen Frauke Petry darf die »Patriotische Plattform« (PP) nicht fehlen. Sie forderte gleich eine Neuwahl des Bundesvorstandes und warf der Bundesvorsitzenden vor, sie nehme »in maßlosem Machtstreben leichtfertig einen Mißerfolg bei der Bundestagswahl und die Spaltung der Partei in Kauf«. Nun aber muss auch die »Patriotische Plattform« mit Konkurrenz von Rechtsaußen kämpfen, seit Anfang Februar in Thüringen die »Freiheitlich-Patriotische Alternative« (FPA) gegründet wurde. Die Mitgliederversammlung fand ausgerechnet in dem Wohnort des ersten AfD-Landesvorsitzenden in Thüringen, Matthias Wohlfahrt, statt. Mit dem Leipziger Rechtsanwalt Roland Ulbrich und dem Freitaler Stadtratsmitglied Norbert Mayer wirken im FPA-Vorstand gleich zwei AfDler mit, die noch bis vor kurzem Führungspositionen in der PP besetzt hatten. Der neue Verein will ein Auffangbecken für ausgeschlossene AfD-Mitglieder sein und jene, deren Beitrittsantrag abgelehnt wird. Als Ziel hat die FPA den »Schulterschluss zu Bürgerbewegungen« im Visier, um den vorpolitischen Raum zu erweitern. Eine solche Bürgerbewegung ist für den neuen Verein auch das Neonazi-Netzwerk THÜGIDA, wie Ulbrich auf Facebook schreibt. Kein Wunder, denn neben Ulbrich sitzt auch die im vergangenen Jahr aus der PP ausgeschlossene Ex-AfD-Stadträtin Uta Nürnberger im Vorstand der FPA. Daneben gehört sie auch dem Vorstand des von Neonazis gegründeten Vereins »Wir lieben Sachsen/Thügida« an und war bei einem seiner Aufmärsche als Rednerin aufgetreten. Wie schnell im aktuellen Konflikt aus FreundInnen GegnerInnen werden, zeigt sich auch im Verhältnis der AfD zu ihrem ehemaligen Hofberichterstattungsmagazin »Compact« von Jürgen Elsässer. Noch im März 2016 war Frauke Petry auf dem Cover des rechtspopulistischen Querfront-Magazins als »Die bessere Kanzlerin« bezeichnet worden, Elsässer erging sich über zwei Seiten über sie als »Gegenbild zu Angela Merkel« und prophezeite: »Nun ist ihre Zeit gekommen«. Doch die Liaison lief spätestens im Januar 2017 aus, als »Compact« wie andere Medien von der Tagung »Freiheit für Europa« in Koblenz ausgeschlossen wurde, auf der neben Petry VertreterInnen anderer rechtspopulistischer Parteien wie Marine Le Pen und Geert Wilders ein »Jahr der Patrioten« ausriefen. Stammte die Maßnahme im Januar noch von Petrys Ehemann Marcus Pretzell, griff nun die Bundesvorsitzende selbst Elsässer an. Per Anwalt und unter Androhung einer Geldbuße will sie »Compact« verbieten, die Behauptung zu wiederholen, sie habe das Parteiausschlussverfahren gegen Höcke initiiert. Elsässer antwortet daraufhin: »Wer gegen Petry und Pretzell ist, wird gemobbt und notfalls juristisch mundtot gemacht. Damit stellen Sie Ihre Person über die Partei und über das Volk«. Fast schon trotzig kündigt er die nächsten »Compact«-Veranstaltungen an: Die Podiumsgäste gehören selbstverständlich dem Höcke-Lager an.



Rechts in der Bundesversammlung

Am 12. Februar 2017 wurde der Bundespräsident neu gewählt. Für die »Alternative für Deutschland« kandidierte erfolglos Albrecht Glaser. Das Ziel: Die Partei als bundespolitische Kraft zu präsentieren.

von Paul Wellsow

Erstmals saß in diesem Jahr die »Alternative für Deutschland« (AfD) in der Bundesversammlung, die den Bundespräsidenten wählt. Insgesamt 35 Personen aus acht Landesparlamenten (Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen) waren am 12. Februar 2017 für die Rechtspartei in Berlin. Unter ihnen die gesamte Prominenz der Partei, beispielsweise die beiden Bundesvorsitzenden Frauke Petry und Jörg Meuthen, die Europaabgeordnete Beatrix von Storch und die Vorsitzenden der Landesverbände und Landtagsfraktionen aus Brandenburg und Sachsen-Anhalt, Alexander Gauland und André Poggenburg. Petrys innerparteilicher Widersacher, der Thüringer Björn Höcke, war zwar durch seine Fraktion als Wahlmann nominiert, sagte seine Teilnahme aber ab. Er sei krank, teilte er per Twitter mit. Ihn vertrat die Unternehmerin Tosca Kniese, Mitglied im Thüringer Landesvorstand der Partei. Die AfD-Hamburg konnte keine Wahlleute schicken, da sie in der Bürgerschaft zu wenige Sitze hat. Und die Bremer AfD ist bereits seit geraumer Zeit zerfallen.

Statt 630 Bundestagsabgeordneten mussten am zweiten Sonntag im Februar doppelt so viele Menschen im Plenarsaal Platz finden. Denn in der Bundesversammlung sitzen zusätzlich zu den Abgeordneten noch einmal so viele Wahlfrauen- und männer. Sie werden von den Landtagen entsandt und müssen keine Abgeordneten sein. Insgesamt hatte die 16. Bundesversammlung 1.260 Mitglieder, darunter zahlreiche Prominente aus Musik, Schauspiel, Sport und Politik. Die AfD schickte vor allem Abgeordnete aus den Landtagen oder dem Europaparlament in die Bundesversammlung. Offenbar wurde sorgsam ausgewählt, wer an der hoch symbolträchtigen und medienwirksamen Präsidentenwahl teilnehmen durfte. Nur zwei Nicht-Parlamentarier wurden von der Rechtspartei aufgestellt: Die Berliner Fraktion im Abgeordnetenhaus setzte den Chef der neu-rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit«, Dieter Stein, auf die Liste der Wahlleute, und die Sächsische Fraktion hievte den eigentlich aus Hessen stammenden stellvertretenden AfD-Bundesvorsitzenden Albrecht Glaser über ihre Liste in die Bundesversammlung – er war der chancenlose Kandidat der Partei für das Amt des Bundespräsidenten.

Zählkandidat Glaser

Die AfD hatte bereits im April 2016 entschieden, den Juristen bei der Präsidentenwahl Anfang 2017 ins Rennen zu schicken. Der mittlerweile 75-jährige war während seines Studiums in Heidelberg Ende der 1960er Jahre Sprecher der »Deutschen Burschenschaft«, dann für etwa 40 Jahre CDU-Mitglied und jahrelang Berufspolitiker, unter anderem Bürgermeister von Waldbronn in Baden-Württemberg sowie Stadtkämmerer und Wirtschaftsdezernent von Frankfurt am Main. Aus Ärger über die Euro-Rettungspolitik der CDU/CSU-geführten Bundesregierung verließ er 2012 seine Partei, trat im Jahr danach in die neu gegründete AfD ein und wurde deren Sprecher im hessischen Landesverband. In den später folgenden parteiinternen Flügelauseinandersetzungen stand Glaser auf der Seite der GegnerInnen des Parteigründers Bernd Lucke. Der warf Glaser vor, »Sekundant« seiner damaligen Konkurrentin Frauke Petry zu sein. Heute gilt Glaser durch seine Funktion als Chef der AfD-Programmkommission in der Presse gerne als »Chefideologe« der Partei. Als viel

beschäftigter Vortragsredner zieht er durch die Säle und über die Kundgebungsbühnen der Republik und wirbt unter jenen für die AfD, die sich nach der verklärten, alten Bundesrepublik unter Helmut Kohl (CDU) und Franz-Josef Strauss (CSU) zurücksehnen.

»Staatsstreich von oben«

Glaser tritt ganz anders auf als der Hetzer Höcke. Gerne verweist er auf sein Jura-Studium und die frühere Arbeit an einer Hochschule, kokettiert mit Geschichtskenntnissen, ergeht sich in ausschweifenden Auslassungen über das Grundgesetz oder die »ordnende Kraft eines Nationalstaates« und hält launige Vorträge. Kurz, der Typ netter Onkel. Doch irgendwann bricht auf den Bühnen das Ressentiment auch aus ihm heraus, zum Beispiel wenn der langjährige Berufspolitiker und umstrittene ehemalige kommunale Finanzdezernent über die Elite schimpft, der er doch selbst angehört. »Es riecht nach Staatsstreich von oben!«, rief er 2013 warnend auf einer AfD-Kundgebung in Frankfurt. Und wenn er ins Reden kommt, dann fallen Stück für Stück die bekannten Stichworte: Lob für Thilo Sarrazin, Klagen über GEZ-Gebühren, die angebliche Erblichkeit von Intelligenz, Forderung nach Ausstieg aus dem Euro, die Gefahr des Islams, das Lamentieren über die bedrohte deutsche kulturelle Identität oder die Mär vom Klimawandel. Glaser bedient spielerisch all´ die Themen, über die sich heute sowohl die extreme Rechte als auch das nach rechts gerückte Bürgertum in Rage redet. In einem Gespräch mit der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (13.08.2016) raunte Glaser sogar, Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) wolle »diesen Staat auflösen« – er wisse das von Leuten aus dem Umfeld des Ministers. Der sei nämlich »der Stratege der Auflösung Deutschlands und aller demokratischen Nationalstaaten des Kontinents«, wie Glaser in einer Presseerklärung im Sommer 2016 behauptete. Natürlich dürfen auch die Ressentiments gegen Geflüchtete, den Islam und Einwanderung nicht fehlen: »Die Massenimmigration bedeutet den Untergang Deutschlands und des Kontinents. Der Import der muslimischen Religion, die zugleich Kulturlehre ist, bedeutet den Untergang der abendländischen Kultur«. »Abschottung« sei die »einzige Chance, die kulturellen Errungenschaften Europas zu retten und sein Überleben zu sichern«. Bei der Präsidentenwahl am 12. Februar 2017 erhielt Glaser 42 von 1.260 Stimmen für seine Positionen – das war nicht viel, aber immerhin waren es sieben Stimmen mehr, als die AfD selbst Wahlleute hatte. Von wem die zusätzlichen Stimmen kamen, ist unklar.

Extreme Rechte in der Bundesversammlung

Dass Parteien rechts der Union über den Bundespräsidenten mitentscheiden und mit eigenen Kandidaten dabei sind, ist nicht neu – in den ersten zwei Jahrzehnten der Bundesrepublik waren es Parteien wie »Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten«, »Deutsche Partei« oder »Deutsche Reichspartei«. 1969 kamen dann aufgrund der Wahlerfolge der NPD in mehreren Bundesländern 22 Vertreter der neu organisierten extremen Rechten in die Bundesversammlung. Da die Partei jedoch schon nach einer Legislatur wieder aus allen Parlamenten flog, entschied erst 30 Jahre später wieder mit dem Vorsitzenden der Fraktion »Die Republikaner« (REP) im Berliner Abgeordnetenhaus, Bernhard Andres, im Jahr 1989 ein Vertreter einer Partei rechts der CDU/CSU über den nächsten Präsidenten mit. Die REP hatten kurzfristig erwogen, einen bekannten Journalisten der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« als eigenen Kandidaten zu gewinnen, einen »nationalkonservativ eingestellten Geist«, wie der damalige Parteisprecher Harald Neubauer sagte. Doch schließlich entschieden sie sich dagegen.

1994 schickten die REP ihren stellvertretenden Bundesvorsitzenden Hans Hirzel als Kandidaten ins Rennen. Er erhielt im ersten Wahlgang 12, im zweiten und dritten Wahlgang noch 11 Stimmen. Die REP saßen mit acht Personen aus Baden-Württemberg und die extrem rechte »Deutsche Liga für Volk und Heimat« aus Schleswig-Holstein mit einem Vertreter in der Bundesversammlung. Um den möglichen Einfluss der Stimmen von rechts außen hatte es eine öffentliche Debatte gegeben, da Roman Herzog, Kandidat der CDU/CSU, erklärt hatte, die Wahl nicht anzunehmen, sollte sie nur mit den Stimmen der REP möglich sein. In der Bundesversammlung beantragten die REP erfolglos – genau so, wie später auch die NPD –, dass sich die Kandidaten für das höchste Amt entgegen den Gepflogenheiten selbst mit einer Rede vor der Versammlung vorstellen können. Das Ziel war es, so Öffentlichkeit für ihre Positionen und ihre Partei herzustellen. Bei der Wahl 1999 waren die REP noch mit sieben VertreterInnen in der Bundesversammlung dabei, die »Deutsche Volksunion« erstmals mit zwei Personen aus Sachsen-Anhalt. Bei dieser Wahl gab es keine Zählkandidatur von rechts, ebenso wie 2004 als nur noch die DVU mit einer Person aus Brandenburg in der Versammlung saß. Durch ihre Wahlerfolge 2004 und 2006 war die NPD bei der Wahl des Präsidenten 2009 mit drei Sitzen (Sachsen: Holger Apfel, Dr. Johannes Müller; Mecklenburg-Vorpommern: Udo Pastörs) und die DVU mit einem Sitz (Brandenburg: Liane Hesselbarth) in der Wahlversammlung dabei. Mit dem Neonazi-Liedermacher Frank Rennicke schickten sie einen gemeinsamen Kandidaten ins Rennen – er bekam vier Stimmen. Zu Beginn der Sitzung beantragten die Mitglieder der extremen Rechten erfolglos die mündliche Vorstellung der KandidatInnen. Und sie beschwerten sich über die angeblich unrechtmäßig gekürzte Darstellung ihres Kandidaten Rennicke auf der Website des Parlaments und legten deswegen zudem nachträglich Verfassungsbeschwerde gegen die Wahl ein. Bei der vorgezogenen Neuwahl des Staatsoberhauptes 2010 trat Rennicke erneut an. Durch das Ende der DVU-Fraktion in Brandenburg saßen nur noch drei Wahlmänner der NPD (Udo Pastörs, Holger Apfel, Johannes Müller) in der Versammlung. Zuvor war in der Partei diskutiert worden, provokativ den damals inhaftierten Ex-SS-Mann Erich Priebke als Kandidaten aufzustellen. Erneut versuchte die NPD, sich mit verschiedenen Geschäftsordnungsanträgen sowie Kritik am vermeintlich undemokratischen Wahlverfahren öffentlichkeitswirksam zu inszenieren. Das gipfelte darin, das Udo Pastörs in den Saal rief: »Wahlfälschung vorprogrammiert!« Rennicke erhielt drei Stimmen der NPD. Ähnliches wiederholte sich bei der vorgezogenen Präsidentenwahl 2012. Für die NPD kandidierte der Historiker Olaf Rose. Die Partei war mit den gleichen drei Vertretern in der Versammlung wie 2010. Und erneut gingen sie mit einer Reihe von Anträgen zur Geschäftsordnung und zur angeblichen Unrechtmäßigkeit der Wahl in die Offensive – erfolglos. Rose erhielt nur die Stimmen der NPD.

AfD als »dritte Kraft«

Sofort nach der Nominierung Glasers für die Präsidentenwahl berichtete im Frühjahr 2016 die bundesweite Presse über die Kandidatur – und das, obwohl das Vorhaben von Anfang an chancenlos war. Angesichts der klaren Mehrheitsverhältnisse in der Bundesversammlung gab es auch keinen Grund für ernsthafte Erwägungen, dass die Stimmen von ganz rechts für die Wahl ausschlaggebend werden könnten, so wie es 1994 tatsächlich hätte möglich werden können. Und doch gab es über fast ein Jahr lang immer wieder Berichte und Porträts mit dem Tenor »Der Mann, der für die AfD Bundespräsident werden will« (welt.de, 5.7.2016). Für die AfD sei das einzige Ziel der Kandidatur, so sagte Glaser, »auch bei der Wahl des Bundespräsidenten Flagge (zu) zeigen«. Denn schließlich gehe es darum, »die Rolle der dritten Kraft« in der Bundespolitik einzunehmen. Diese Erzählung – die AfD als »dritte Kraft« – hielt Glaser in fast allen Interviews und Gesprächen durch. Die Partei wolle zeigen: »Wir haben Personal, wir haben Figuren, von denen wir als AfD glauben, dass die das können.« Bereits wenige Tage vor der Präsidentenwahl war Glaser hoch zufrieden. Während eines Vortrags für die Hamburger AfD-Fraktion sagte er mit Blick auf seinen Wahlantritt, dass »das Mediengeschäft ganz gut läuft.« Die Geschäftsordnungs-Tricks, die von den REP, der DVU und der NPD früher in den Bundesversammlungen zur Erringung von medialer Aufmerksamkeit angewendet wurden, hat die AfD nicht nötig: Gemeinsam mit Frauke Petry konnte Glaser am Wahltag in zahlreichen Fernseh-Übertragungen live aus dem Reichstag, in den abendlichen Nachrichtensendungen und am nächsten Tag in den Zeitungen die Positionen der AfD erklären. Ihr Ziel, als wichtige Kraft im bundespolitischen Geschäft anerkannt zu werden, hat die Partei längst erreicht – lange, bevor sie überhaupt mit einer eigenen Fraktion im Bundestag sitzt.

»Rebellion gegen das Establishment«

von Volker Weiß

Der angekündigte Politikwechsel in den USA unter dem neuen Präsidenten Donald J. Trump wird von der Neuen Rechten in Deutschland stürmisch begrüßt. In dem exzentrischen Milliardär mit deutschen Vorfahren und der robusten »America first!«-Rhetorik erkennt man Fleisch vom eigenen Fleisch – dass der Slogan in den 1930er Jahren von SympathisantInnen der Nazis benutzt wurde, dürfte dabei nicht stören. Trumps Antrittsrede mit dem »American Carnage«, dem »amerikanischen Blutbad« aus Gewalt und Kriminalität, Arbeitslosigkeit und ungeschützten Grenzen, entspricht den eigenen Beschwörungen vom angeblichen »Vorbürgerkrieg« und »Ausnahmezustand« in den europäischen Gesellschaften durch die Einwanderung. Ebenso übertragen lässt sich Trumps Wirtschaftsnationalismus mit seinen zwei Prämissen: »Buy American and hire American«. Der Angriff auf die von Amtsvorgänger Barack Obama neu eingeführte gesundheitliche Basisversorgung, der umgehend aufgenommene Kampf gegen Abtreibung und die Anti-Klimaschutzpolitik sowie die angekündigte »Trockenlegung« des »Washingtoner Sumpfes« erfreut alle, die hier ähnliche Ziele verfolgen. Mit Trumps Kritik an der deutschen Flüchtlingspolitik und seiner angekündigten Verschärfung der amerikanischen Flüchtlingspolitik herrscht im wichtigsten Kernthema Einigkeit.

Ganz wie Trump sind auch die deutschen Rechtsparteien bisher nicht als Kämpferinnen für soziale Gerechtigkeit oder die Unterprivilegierten aufgefallen, bedienen sich aber permanent der Rhetorik, Stimme der Abgehängten zu sein. Mittlerweile zieht ohnehin die gesamte europäische Rechte ihre Daseinsberechtigung aus dem vorgeblichen Kampf gegen »das Establishment« und wettert gegen die ‹Political Correctness› als Herrschaftsmittel der verhassten Liberalen. Der autoritäre Stil, mit Berufung auf den einfachen Mann per Präsidialdekret zu regieren, entspricht der eigenen Vorstellung vom nationalen Führer als handlungsfreudigem Entscheider. Mit Donald Trump, Wladimir Putin, Victor Orbán und selbst Recep Tayyip Erdoğan scheint sich der bevorzugte Typ des autoritären Volkstribunen zu etablieren. Jetzt ist die Hoffnung groß, Heinz-Christian Strache, Marine Le Pen, Geert Wilders und eine Führungsfigur der »Alternative für Deutschland« (AfD) mögen mit der nächsten Welle folgen.

Kaum verwunderlich also, dass Frauke Petry (AfD) unmittelbar nach der Wahl Trumps exklusiv für die Website der »Jungen Freiheit« (JF) das »Ende« der ‹Political Correctness› ausrief. Dieter Stein bejubelte bald darauf den Sieg als »Super-Gau für Linke« (JF 47/16) und bediente sich zum Jahreswechsel bei Oswald Spengler, um 2017 als »Jahr der Entscheidung« zu begrüßen. Der JF-Chef verkündete eine »politische Wende des Westens« zurück zur »Nation und zur Realität« (JF 2/17). Insgesamt wird auf den politisch-militärischen Rückzug der USA aus Europa spekuliert und die damit verbundene Aufwertung Deutschlands zur Führungsnation ohne EU-Schranken erwartet. Die Abenddämmerung des liberalen Europa scheint angebrochen und die Stimmung der Rechten könnte kaum besser sein.

Überraschend ist das nicht. Schon 2010 sah die »Junge Freiheit« die Zeit für »eine deutsche Tea Party« gekommen und unterstützte die »Aktion Linkstrend stoppen« innerhalb der CDU (JF 10/10). Anders als bei der wesentlich besser aufgestellten amerikanischen Bewegung misslang jedoch die Kaperung der etablierten Parteistrukturen. Vor allem mangelte es dem kleinen Bündnis randständiger RechtskatholikInnen und Nationalkonservativer gegen den angeblichen Linkskurs der CDU an einer mit Sarah Palin vergleichbaren Galionsfigur. Das hat sich heute geändert, wo gerade in der AfD eine ganze Riege teils schillernder und untereinander zerstrittener Figuren in die erste Reihe drängt. Das JF-Projekt deutsche »Tea Party« hat sich eine eigene Partei geschaffen.

Damit stand die Zeitung nicht alleine. Schon vor der Wahl sah das Sommerheft der »Sezession« (73/16) in Trump eine »Alternative für Amerika«. Die Zeitschrift des »Instituts für Staatspolitik« um Götz Kubitschek erblickte vor allem in der »Alternative Right« (Alt-Right) um das »National Policy Institute« (NPI) das amerikanische Pendant zu den eigenen Reihen. Ohnehin hat Kubitscheks »Antaios Verlag« mit Jack Donovan einen Shootingstar aus der Alt-Right in seinem Programm. Dessen »Der Weg der Männer«, ein Pamphlet eines sozialdarwinistischen Hypermaskulinismus, wurde von Martin Lichtmesz – der den österreichischen »Identitären« nahesteht – übersetzt und kommentiert. »Identität« steht



auch im Zentrum des Denkens der Alt-Right, die sich explizit als VertreterInnen des »weißen Nationalismus« sehen. Mit Alain de Benoist und Guillaume Faye waren zudem zwei der wichtigsten Stichwortgeber der europäischen Neuen Rechten bereits Gäste des NPI. Der neu-rechte Nachwuchsblog »Blaue Narzisse« kürte zum Jahreswechsel dessen Leiter Richard Spencer zum »Metapolitiker des Jahres«. Im Kampf der Ideen sei die »alles entscheidende Frage die der Führung«, weshalb dem »weißen Separatisten« aus Boston im Gefolge Donald Trumps und seines Chefstrategen Stephen »Steve« Bannon viel Aufmerksamkeit gilt. Dass Spencer die Wahl Trumps auf dem Jahreskongress der Alt-Right Ende November 2016 in Washington mit einer geradezu klassischen faschistischen Erweckungs-Rede begrüßte und mit »Hail Victory« (»Sieg-Heil«)-Ruf beendete, finden seine deutschen Fans überbewertet.

Doch ganz ohne Skepsis wird Trump auch in der »Jungen Freiheit« nicht gesehen. Das Blatt macht sich angesichts von Trumps wirtschaftspolitischer Mischung aus »Reaganomics gewürzt mit Le-Pen-Zöllen« Sorgen um die deutsche Exportbilanz (JF 1/17). Im Interview hat zudem ein amerikanisches Idol der Neuen Rechten, der »Paläokonservative« und ehemalige Lehrer Richard Spencers, Paul Gottfried, schon Zweifel an Trumps »Konservatismus« angemeldet. Für Gottfried ist Trump eher »Opportunist«, der auf den rechten Zug aufgesprungen ist, als ein echter »Überzeugungstäter«. Allerdings hält Gottfried viel auf Trumps wichtigsten Berater Steve Bannon, dessen Nachrichten-Website »Breitbart« ein erheblicher Anteil am Wahlsieg Trumps zugesprochen wird. Bannon teilt wiederum einige Vorlieben europäischer Rechtsintellektueller. Erst kürzlich hat er sich zu den Einflüssen von Julius Evola auf sein Denken bekannt. Ähnliche Lektüre schätzt auch der Ökonom Max Otte, in der deutschen Öffentlichkeit einer der wenigen Trump-Verteidiger. Otte hat in der Vergangenheit für die »Junge Freiheit« zur Feder gegriffen. Er ist bekennender Verehrer Oswald Spenglers und war Teilnehmer einer Ehrung des Untergangs-Philosophen zum 75. Todestag durch das »Institut für Staatspolitik« 2011 (s. drr Nr. 131).

Die »Junge Freiheit« befragte auch den US-Autor und ehemaligen Direktor des »Center for Cultural Conservatism«, William Sturgiss Lind, zu seinem neuen Präsidenten. Lind stellte Trump insgesamt jedoch eine bessere Note aus als Gottfried. Er setze vor allem auf Trumps Stab, ließ Lind die Zeitung wissen: »Die Kräfte, die Trump an die Macht gebracht haben, werden nicht einfach wieder verschwinden. Trump ist nur das Vehikel einer Rebellion gegen das Establishment.« (JF 4/17).

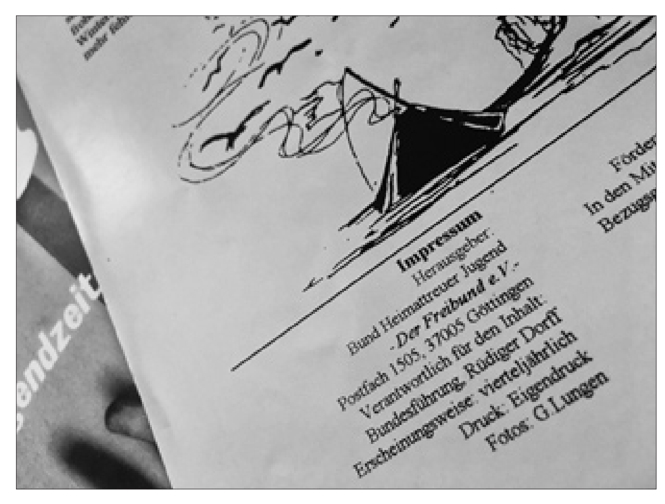
Die Orientierung am Erfolg Trumps schlägt sich mittlerweile auch äußerlich nieder. Längst wird die erfolgreiche Provokations-Strategie kopiert, mit der Medien wie »Breitbart« in die Öffentlichkeit drängten. Besonders die Pathosformeln linker Identitätspolitik hatten es den amerikanischen ‹White Nationalists› angetan. Ihre Strategie, diese umzudrehen und sich einfach selbst zur diskriminierten Minderheit zu erklären, war durchaus erfolgreich und korrespondiert mit der verbreiteten Selbstviktimisierung deutscher Rechter. Inzwischen geht die Nachahmung der Formen bis ins Detail. Johann Konstantin Poensgen, Autor von »Sezession« und »Blaue Narzisse«, beschreibt im Blog der »Sezession«, wie auf dem »Freiheit für Europa«-Kongress der ENF-Fraktion am 21. Januar in Koblenz »mit Elementen der Trump-Rallies experimentiert« wurde. Es gab »große Pappschilder mit den Namen der Hauptredner«, die man »beim Applaus für den jeweiligen Redner hochhalten« konnte. So schnell kann sich die Haltung der Rechten zu den einst verpönten Formen des amerikanischen Massenspektakels ändern. Martin Sellner, ein Leiter der »Identitären Bewegung Österreich«, lobte ebenfalls für »Sezession« bereits im Juni vor der Wahl, Trump trete »in die Fußstapfen« des NS-Sympathisanten Charles Lindbergh. »The Donald« habe ihm »den Glauben an das andere Amerika zurückgegeben, den ich nie hatte«. Und auf dem »Compact«-Kongress Anfang November 2016 in Berlin bekannte er sich dazu, »ein Trump-Fan der ersten Stunde« zu sein.

Angesichts der neuen Entwicklungen in den USA unter Donald Trump zeigt sich daher, dass auch in der Rechten, die sich stets auf »ewige« Werte beruft, nichts ewig ist. Nicht einmal der Antiamerikanismus.

»Wie bei den zehn kleinen Negerlein«

In Wernigerode sollte der CDU-Politiker Rüdiger Dorff stellvertretender Oberbürgermeister werden. Doch seine Biographie sorgte für Debatten. Er war »Bundesführer« des »Freibunds«.

von Ernst Kovahl



^ *Herausgeber BHJ – Verantwortlich: Bundesführung, Rüdiger Dorff*

»Kann ein städtischer Amtsleiter, der in seiner Jugend als Bundesführer einer rechtsgerichteten Jugendorganisation aktiv war, eine Stadt als Vertreter des Oberbürgermeisters repräsentieren?«, fragte die »Volksstimme«. Damit eröffnete das Blatt im Dezember 2016 eine Debatte um die Biographie des Haupt- und Rechtsamtsleiter der Stadt Wernigerode in Sachsen-Anhalt, Rüdiger Dorff (CDU). Kritisiert wurde seine frühere Mitgliedschaft im extrem rechten »Bund Heimattreuer Jugend« (BHJ) sowie seine ehemalige Funktion als »Bundesführer« des BHJ-Nachfolgers »Freibund«. Mehrere Fraktionen des Stadtrates stellten sich hinter Dorff. Seine Biographie wäre »seit Langem bekannt«, der Jurist habe sich »von rechtsradikalem Gedankengut gelöst«. Er selbst, sagte Dorff, sehe sich heute »im national-konservativen Spektrum der CDU«.

BHJ und »Freibund«

Ende der 1980er Jahre trat Dorff dem BHJ bei, der – so sagt er heute selbst – in den 1970er Jahren »ziemlich rechtsextrem« war. Wiederholt wurde der Bund in Verfassungsschutzberichten als »rechtsextremistisch« aufgeführt. Es gab unter anderem Zusammenarbeit und Kontakte zur NPD und der »Wiking Jugend«. 1990 spaltete sich der Bund. Laut Vereinsregister steht der »Der Freibund – Bund Heimattreuer Jugend e.V.« (»Freibund«) in der direkten Nachfolge des BHJ. Dorff wird ab 1993 als »Leitstellenführung« der »Leitstelle Nord« in der Verbandszeitschrift »Na klar!« aufgeführt. Noch im gleichen Jahr wird er »Bundesführer« des »Freibund« und ist verantwortlich für den Inhalt der »Na klar!«. Ende 1997 taucht er dann letztmalig in der Funktion als »Bundesführer« auf. Ende der 1990er-Jahre will er den Bund verlassen haben.
Dorff sagt, durch die Spaltung 1990 sei die »Radikalität« des BHJ beendet worden. Doch so harmlos, wie er behauptet, war auch die neue Organisation nicht. Der Bund verknüpft, so schreibt der Journalist Maik Baumgärtner, »bündische und politische Inhalte miteinander, pflegt Kontakte ins neurechte und rechtsextremistische Milieu im In- und Ausland und beansprucht eine Sonderstellung innerhalb der Gruppierungen und Institutionen der rechten Szene«. Ein Blick in die »Na klar!« bestätigt das. Auch unter der presserechtlichen Verantwortung von Dorff erschienen im Blatt wiederholt Anzeigen für die neu-rechte »Junge Freiheit« oder den rechten »Verlag Siegfried Bublies«. Hier ein Interview mit dem rechten Ökologen Baldur Springmann (Nr. 75-76/1997), dort eine positive Besprechung der extrem rechten Zeitschrift »wir selbst« (Nr. 73/1996). Und quer durchs Blatt finden sich die Themen der extremen Rechten: Fahrtenberichte durch die Länder des »historisch richtigen Ostdeutschland«, Klagen über die politische Linke, Interviews mit Vertretern der extremen Rechten oder Lob für Ordnung und »Volkstanz« statt »individuellem Gehopse«. Die Befreiung vom Nationalsozialismus 1945 war für den »Freibund« die »wahrscheinlich bitterste Niederlage, die die Deutschen in ihrer Geschichte erleben mussten« (Nr. 69/1995). Und nachdem 1994 vom Bundesinnenminister die Neonazi-Organisation »Wiking Jugend« verboten wurde, stieß das im »Freibund« als »unverhältnismäßig« auf Kritik (Nr. 68/1994).

Gildenschaft

»Wie bei den zehn kleinen Negerlein entwickelt sich derzeit unsere Aktivitas«, klagte Dorff 1999 in den »Blättern der Deutschen Gildenschaft« (Nr. 3/1999) über die »Deutsche Hochschulgilde Theodor Storm« in Kiel, deren Sprecher er seit 1998 war. Die »Deutsche Gildenschaft« (DG) ist eine elitäre, konservativ bis neu-rechte und völkische Studentenverbindung. Aus dem Bund stammen auch einflussreiche Kader der »Neuen Rechten« und der CDU. Sein Bund in Kiel habe nur noch vier Aktive, schrieb Dorff. Aber zu Veranstaltungen, zum Beispiel zur Geschichtspolitik (»Erkenntnisse, die die Reemtsma-Ausstellung verschweigt«), kämen mehr Menschen. Mit einem der Vorträge sorgte seine Gilde 1998 für Schlagzeilen. Der Vortrag des rechten Ökologen Baldur Springmann an der Universität Kiel wurde »von einer martialischen ‹Schutztruppe› gesichert (...), die der Neonazi-Gruppierung »Freiheitlicher Volksblock« (FVB) zugeordnet wird«, berichtete »der rechte rand« (s. drr Nr. 51). Dorff engagierte sich damals auch im schleswig-holsteinischen »Ring Christlich-Demokratischer Studenten« (RCDS) und trat in seiner Funktion als »Bundesführer« des »Freibund« bei Veranstaltungen der CDU-Hochschulgruppe auf. Das sorgte für einen Eklat: 1997 forderte unter anderem die »Evangelische StudentInnengemeinde« eine Distanzierung des RCDS von Dorff. Für die DG war Dorff nachweislich noch mindestens bis 2006 aktiv.

»Tragende Säulen des Volkes«

Eine »vorrangige Aufgabe der heutigen Jugendbewegung« sei »die Heranbildung von Persönlichkeiten mit klarer Wertvorstellung«, zitierte die Zeitschrift des extrem rechten »Witiko Bundes« (Nr. 1/1995) einen Vortrag von Dorff als »Freibund«-Führer. Auf der »Jugendtagung« der »Witikonen« fordert er, dass mit »dem Herauswachsen aus dem Jugendbund« dessen Mitglieder zu »tragenden Säulen des Volkes werden« müssten. Aus Dorff ist so eine »tragende Säule« geworden. Neben seiner Arbeit an zentraler Stelle für den Staat ist er Geschäftsführer der »Stiftung Schloss Wernigerode« und aktiv in einer evangelischen Gemeinde. Zum neuen Vize-Oberbürgermeister wurde er jedoch nicht gewählt. Er kandidierte schließlich nicht einmal mehr für das Amt. Im Februar 2017 wurde ein anderer Dezernent gewählt. Dorff, so erzählt man sich auf den Fluren des Rathauses, habe verzichtet. Er wolle kein weiteres öffentliches Interesse an seiner Person.

»Umvolkung« im Hinterland

Seit Mitte Oktober 2015 versammelt sich im baden-württembergischen Öhringen eine extrem rechte »Bürgerinitiative«. Auch ohne die Unterstützung prominenter SzeneaktivistInnen macht ein kleiner Kreis unbeirrt weiter.

von Björn Lund

»Ich begrüße Euch als die Vorhut der Regionen in Baden-Württemberg«, rief Karl Michael Merkle den Demonstrierenden zu. Der bundesweit bekannte Internet-Blogger mit dem Pseudonym »Michael Mannheimer« war begeistert, als er am 14. November 2015 auf dem Lautsprecherwagen vor der »Alten Kelter« in Öhringen stand. Vom »gallischen Dorf im Südwesten« schwärmte kurz darauf die Seite »PI-News«, auch wenn solche Lobhudeleien heute seltener zu vernehmen sind. Mit ihren bislang mehr als 50 Kundgebungen hat sich die Initiative »Hohenlohe wacht auf«, die sich nach dem gleichlautenden Landkreis benannt hat, einen Namen in der Szene im Süden der Republik gemacht.

Schwungvoller Beginn

Dass der lose Zusammenschluss sich derart verfestigen konnte, liegt wohl auch am dynamischen Auftakt. Gleich dem ersten Aufruf der später umbenannten Facebook-Gruppe »Gegen die deutsche Asylpolitik Öhringen und Hohenlohe« waren am 10. Oktober 2015 über 100 Menschen gefolgt – in der 23.000-EinwohnerInnenstadt ein Überraschungserfolg für die Rechten. Auf Flugblättern prangerten sie angebliche Vorfälle mit Flüchtlingen an: »Ladendiebstähle, Einbrüche, sexuelle Übergriffe, Vergewaltigungen und Körperverletzungen sind doch schon an der Tagesordnung.« Den »Bürgern« reiche es. Es sei Zeit zu handeln, hieß es weiter. Auf Schildern waren die Slogans »Deutschland den Deutschen« und »Keine Flüchtlingsheime an Kindereinrichtungen« zu lesen. An den darauf folgenden Wochenenden strömten bis zu 300 Personen auf den Platz, den die Polizei mit Gittern abschirmte.

Vernetzung zur NPD und Siedlerbewegung

Von Beginn an pflegte das »Orga-Team« von »Hohenlohe wacht auf« ein taktisches Verhältnis zu bestehenden extrem rechten Organisationen. Formal grenzt sich die Initiative ab: »Wir nehmen Abstand von radikalen Gruppierungen«, hieß es auf Ankündigungsflyern. Gleichzeitig vernetzt sie sich seit ihrem Bestehen in alle Richtungen. So nahmen an den Aktionen anfangs immer wieder Mitglieder der Heilbronner NPD/JN, wie zum Beispiel der Kreisvorsitzende Matthias Brodbeck, teil. Als die Stadtverwaltung die Kundgebungen zu verbieten versuchte, stand den selbsternannten »Asylkritikern« als Rechtsanwalt der ehemalige NPD-Funktionär Andreas Wölfel zur Seite. Mit Sonnhild Sawallisch gehörte außerdem eine Vertreterin der antisemitischen »Ludendorffer«-Bewegung zu den regelmäßigen RednerInnen der Kundgebungen. Auch Sawallischs Mutter, die Ingelfinger Apothekerin und Vorsitzende des »Ludendorffer«-Vereins »Bund für Gotterkenntnis«, Gudrun Klink, ergriff im Januar 2016 das Wort. Der Heilbronner Steuerberater Michael Dangel, einst im »Nationalen Bündnis Heilbronn« und bei der »Deutschen Volksunion« aktiv, unterstützte die Aktionen über Monate. Prominentere AktivistInnen nahmen sogar lange Anfahrtswege in Kauf, um vor den »mutigen Öhringern« zu sprechen. So polterte am 21. November 2015 der nordrhein-westfälische PEGIDA-Redner Curd Schumacher gegen die »Eliten«, die der »Feind des kleinen Mannes« seien – egal ob links oder rechts. Die damals noch in Neumarkt in der Oberpfalz wohnende Ester Seitz – eine mittlerweile in Meißen ansässige Neonazi-Aktivistin – prophezeite in ihrer Rede in Öhringen am 13. August 2016: »Wenn wir alle erst mal kapieren, dass wir gemeinsam eigentlich kein Problem haben, diese Regierung zu stürzen, weil sie nicht kollektiv gegen ein ganzes Volk arbeiten kann. Dann ist das hier schneller gelaufen, als die sich in ihre gepanzerten Limousinen setzen können.«



^ *Heidi Förnzler*

Kleiner verschworener Kreis

Trotz der starken Resonanz auf der Straße zeichnete sich spätestens seit Anfang 2016 ab, dass der Gruppe weitere Professionalisierungsschritte nicht gelangen. Schon im Februar desselben Jahres war ein Teil der Vorbereitungsgruppe um die Öhringerin Brit Berger verärgert ausgeschert und hatte unter dem Label »Widerstand Baden-Württemberg« Kundgebungen im benachbarten Künzelsau durchgeführt. Obwohl das »Orga-Team« mehrfach zu »Politischen Stammtischen« lud, konnten sich die Aktiven nicht auf eine gemeinsame Agenda einigen. Währenddessen hielt ein deutlich geschrumpfter Kreis an den Versammlungen in der Innenstadt fest. Dort trifft sich die Gruppe bis heute. Alle zwei bis vier Wochen postieren sich die 15 bis 20 Übriggebliebenen um Heidi Förnzler aus Kupferzell und ihren Sohn Wieland Förnzler am Hafenmarkt. Um in sprachlicher Anlehnung an die »Reichsbürger-Bewegung« ihre Ablehnung der »BRD-GmbH« und deren »Geschäftsführerin Merkel« zu demonstrieren, hängen sie Deutschland-Fahnen verkehrt herum auf – meist ergänzt durch eine russische Flagge. Neben dem dominierenden Thema einer angeblichen »Umvolkung« durch eine »Einwandererinvasion« werden längst weitere Motive aufgerufen. In den Reden am »offenen Mikrophon« geht es um Verschwörungstheorien über die Verstrickung von Geheimdiensten in islamistische Attentate und die »Macht der Alliierten« in Deutschland. Diese inhaltliche Diffusität dürfte auch dazu geführt haben, dass sich strategisch denkende Rechte in der Region von den Kundgebungen zurückgezogen haben. Dennoch machen Heidi Förnzler und Co. unbeirrt weiter und radikalisieren sich. Zuletzt nahm sie am 12. November 2016 als Vertreterin von »Hohenlohe wacht auf« am Neonaziaufmarsch im rheinland-pfälzischen Remagen teil. Und seit 22. Januar 2017 sitzen zwei Anhänger aus dem Umfeld der Gruppierung in Untersuchungshaft. Sie sollen einen Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft im Öhringer Nachbarort Neuenstein verübt haben.

Gotterkenntnis

von Timo Büchner

Seit dem 10. Oktober 2015 mobilisiert die rechte Gruppierung »Hohenlohe wacht auf« regelmäßig »gegen die deutsche Asylpolitik« nach Öhringen in Baden-Württemberg. An den Kundgebungen beteiligten sich zwischenzeitlich bis zu 350 Menschen. Wie sich im Verlauf zeigte, spielte in den ersten Monaten eine Frau eine maßgebliche Rolle: Sonnhild Sawallisch. Nachdem sie im Rahmen der ersten Kundgebung auf dem Marktplatz einen Offenen Brief verteilte und in diesem die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung in die Nähe des Völkermordes am »deutschen Volk« rückt, hielt sie am 21. November 2015 ihre erste Rede und agierte bis Mitte Januar 2016 als Moderatorin und einleitende Rednerin des Protests. Die Musikerin mischte sich von Beginn an in die gesellschaftliche Debatte um Geflüchtete in der Region ein. In ihrem Offenen Brief deutete sie die Ankunft von Geflüchteten als »Invasion«: »Das sind keine Flüchtlinge, das sind Eroberer, denn keiner von denen geht freiwillig mehr nach Hause.« Sawallisch veröffentlichte den Brief ebenso in der Oktober-Ausgabe 2015 der intern verbreiteten Zeitschrift »Mensch und Maß« des »Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V.« (BfG).
Als Reaktion auf die Ankündigung der Stadt Ingelfingen, in einer ehemaligen Gaststätte rund 50 Geflüchtete unterzubringen, schrieb sie Ende Januar 2016: »Die Lage der Unterkunft liegt direkt auf dem Schulweg vieler Grundschulkinder, welche jeden Tag mindestens zweimal daran vorbeilaufen. Die Bushaltestelle ist direkt vor dem Haus. Sollte jemand ein Verbrechen begehen wollen, wäre es sehr leicht, das Opfer ungesehen ins Haus reinzuziehen. Ohne Zeugen. Außerdem ist die Beleuchtung relativ düster, was für solch ein Vorhaben eine gute Voraussetzung ist.« Sonnhild Sawallisch, die in ihrer Nachbarschaft als freundliche und hilfsbereite Frau bekannt ist, inszeniert sich in den Briefen als besorgte Mutter, die sich um das Wohl der Kinder kümmert. Stellenweise bettet sie ihre Ressentiments gegenüber Geflüchteten in ihr völkisch-antisemitisches Weltbild ein. Unter anderem schreibt sie, das »Überleben unseres Volkes als Deutsche« und das »Überleben der anderen europäischen Völker in ihrer jeweiligen Art« sei durch die Immigration der Geflüchteten bedroht. Zu Beginn des Jahres 2016 porträtierte die Lokalpresse sie als Aktivistin des BfG und Tochter der Vorsitzenden. Diese ist laut Vereinsregister von Starnberg seit 2010 die Apothekerin Gudrun Klink aus Ingelfingen. Ihr Ehemann Dr. Hartmut Klink, praktizierender Augenarzt in Künzelsau (beides Hohenlohekreis), »fühlt sich der Gotterkenntnis verpflichtet«. Sie zeigen sich alljährlich bei der sogenannten »Ostertagung« – ein jährliches Seminar mit verschiedenen Vorträgen – im niedersächsischen Dorfmark (Heidekreis). Mit den Kundgebungen in Öhringen trug der BfG seine Überzeugung erstmals in Baden-Württemberg auf die Straße und versuchte, durch das Engagement von Sonnhild Sawallisch, die rassistischen Proteste zu beeinflussen. Der BfG reagierte auf den Artikel in der Lokalpresse: Am 16. Januar 2016 sprach Gudrun Klink auf der Öhringer Kundgebung und erklärte, »dass Ludendorffs Schriften weder antisemitisch noch demokratiefeindlich« seien. Einen Tag später beklagte der BfG auf seiner Webseite, man fühle sich von den Medien »verleumdet« und »diskriminiert«.

In Tradition der »Ludendorffer«

Dass sich Gudrun Klink und ihre Tochter von antisemitischen Überzeugungen distanzieren, ist in Anbetracht der Schriften Mathilde Ludendorffs (1877-1966) verwunderlich. Der BfG mit Sitz in Tutzing (Bayern) ist das »Flaggschiff« der »Ludendorff«-Bewegung und besitzt momentan rund 240 Mitglieder. Der Bund bezeichnet sich als »Weltanschauungsgemeinschaft«: Seine Aufgabe sieht er darin, »die religionsphilosophischen Einsichten der Gotterkenntnis Mathilde Ludendorffs unter allen Menschen, die dafür aufgeschlossen sind, durch Wort und Schrift zu verbreiten und in der Gemeinschaft zu pflegen«. Zwar bezieht er sich gemäß Satzung nur auf Mathilde Ludendorff, doch die von Mathilde und Erich Ludendorff veröffentlichten Schriften sind ab spätestens 1927 nicht mehr eindeutig zuzuordnen, weshalb meist vom »Haus Ludendorff« gesprochen wird. Das »Haus Ludendorff«, dessen Schriften als »Philosophie« bezeichnet werden, prägt die Ideologie des BfG. Das Buch »Die Judenmacht, ihr Wesen und Ende« (1939) enthält Abhandlungen von Mathilde und Erich Ludendorff aus den 1920er und 1930er Jahren. Darin propagierte das »Haus Ludendorff« einst die »antisemitische Bewegung« als »Befreiungskampf gegen die überstaatlichen Mächte«. Der »volkrettende Antisemitismus« sei eine legitime und dringend erforderliche »Abwehrbewegung gegen den Antigojismus des Juden«. Mathilde Ludendorff schrieb, es werde »hohe Zeit, den Antisemitismus ethisch in der Seele jedes Deutschen tief zu untermauern, damit die Versuche der Verharmlosung der Rolle der Juden in unserem Volke, und wenn möglich in den anderen Völkern der Erde, nicht mehr gelingen können«.
Die Legitimität des Antisemitismus sah sie im vermeintlichen Streben ‹des Juden›, »alle Völker zu versklaven oder zu vernichten, sie auszurauben und dann zu beherrschen«. Im Kontext der »völkervernichtenden Versklavungsziele« wolle ‹der Jude› »heute vor allem noch das lebensvollste der Völker, das Deutsche Volk, in seiner Kraft brechen«. Kurz: »Des Juden religiöses Ziel ist (…) ein politisches: die Unterjochung und Enteignung aller Völker« (Mathilde Ludendorff, 1933). Die Freimaurerei und das Christentum unterstützten das Streben ‹des Juden› nach der Weltherrschaft als »künstliche Juden«.



^ *Mathilde Ludendorff*

»Deutsche Gotterkenntnis«

Neben Alfred Rosenberg und Julius Streicher, zählte Mathilde Ludendorff zu den »aktivsten und wichtigsten antisemitischen TheoretikerInnen« des NS-Regimes. Als »Urgroßmutter des deutschen Antisemitismus« (»Der Spiegel«, 8/1960) begründete sie in den 1920er Jahren die »Deutsche Gotterkenntnis«, die nach Ende des Ersten Weltkrieges mehrere zehntausend SympathisantInnen und AnhängerInnen verzeichnete. Sie heiratete 1926 den General Erich Ludendorff, der gemeinsam mit Adolf Hitler am 9. November 1923 den gescheiterten »Marsch auf die Feldherrnhalle« in München gegen die demokratische Regierung der Weimarer Republik anführte.

Mathilde Ludendorff veröffentlichte zahlreiche Bücher, Aufsätze und Briefe. In ihrem Hauptwerk »Triumph des Unsterblichkeitswillens« (1921) formulierte sie eine Rasselehre des Menschen: Während sich die »Lichtrassen« (vorrangig das deutsche Volk) durch Mut, Freiheitswille und Heldentum auszeichneten, seien die »Schattenrassen« (auch: »Schachtrassen«; vorrangig das jüdische Volk) durch Sklaventum und Schicksalsergebung gekennzeichnet. Jede Rasse des Menschen besitze ein »unwandelbares Rasseerbgut« und habe »nach seinem Rassecharakter andere Wege zu Gott«. Die »Lichtrassen« stünden der Gotterkenntnis näher. Der »Rassecharakter« und das damit verknüpfte »ureigene Gotterlebnis« werde vererbt. Die »Rassenmischung« im Sinne einer »Blutsvermischung« zwischen »Licht- und Schattenrassen« bedrohe die »rassische Eigenart des Gotterlebens« und bedeute die »Entwurzelung der Völker«, denn sie verhindere die Fähigkeit des Menschen zur Gotterkenntnis und ende im »Volkstod«.

Die Rassenlehre stimmt mit den Äußerungen des BfG im Kontext der rassistischen Kungebungen in Öhringen überein: Seit Mitte November 2015 kommentiert der BfG auf seiner Webseite die Ankunft von Geflüchteten in Deutschland als »ungeheuren Zustrom von Menschen fremder Abstammung«. Er sei »ein geschichtlich einmaliger Vorgang, der das Überleben unseres Volkes schwer gefährdet«. Die »massive Einwanderung von Menschen fremder Abstammung nach Deutschland« bedeute eine »Vermischung der Völker«. Die Folge ist eine multikulturelle Gesellschaft, »in der kein Platz für gewachsene und auf den Erhalt ihrer Identität bedachter Völker ist«.

»Jugendheim Hohenlohe«

Das öffentliche Engagement einer BfG-Aktivistin ist ungewöhnlich, denn in der Region hielt dieser sich bisher stets bedeckt. Nahe Öhringen und Ingelfingen liegt das sogenannte »Jugendheim Hohenlohe«, für das im Jahr 2000 Dr. Hartmut Klink im Namen des BfG ein Baugesuch für den Umbau des Gebäudes einreichte. Seit 1972 besitzt der BfG das mehrstöckige ehemalige Bauernhaus in der Ortsmitte von Herboldshausen bei Kirchberg an der Jagst (Schwäbisch Hall). Das Fachwerkhaus entwickelte sich in den vergangenen Jahrzehnten zum »wichtigsten Stützpunkt« des Vereins. Es befindet sich inmitten eines kleinen Dorfes mit rund 30 BewohnerInnen und liegt nahe der Autobahn Heilbronn-Nürnberg. Im »Jugendheim Hohenlohe« versammeln sich völkische SiedlerInnen und veranstalten Schulungswochenenden im Rahmen von Tagungen und Seminaren, Ferienlager sowie Brauchtumsrituale wie Sonnenwendfeiern, Erntefeste und Laternenumzüge. Die intern verbreiteten Einladungen der Veranstaltungen richten sich meist an die gesamte völkisch orientierte Familie, sodass die Veranstaltungen »vom Opa bis zum Enkelkind« besucht werden. So marschierten am Abend des 6. Dezember 2016 rund 70 Erwachsene und Kinder mit Fackeln einige hundert Meter zu einem nahe gelegenen Acker, um die traditionelle »Weihnachtsfeier« des BfG mit einem großen Feuer zu begehen. Die Teilnehmenden kamen überwiegend aus Hessen, Baden-Württemberg und Bayern. Die Immobilie kann darüber hinaus auch von anderen extrem rechten Organisationen genutzt werden, zum Beispiel veranstaltete die »Landsmannschaft Ostdeutschland« im April 2015 gemeinsam mit dem »Schutzbund für das deutsche Volk« ihr »Frühjahrsseminar«.

Völkisch & identitär

Nachdem in der Lokalpresse über Sonnhild Sawallisch berichtet wurde, sucht sie neue Wege, um ihr völkisch-antisemitisches Gedankengut in die rechte Bewegung einzubringen. Aus der lokalen Öffentlichkeit zog sie sich zurück und zeigte sich nicht mehr bei Kundgebungen der Gruppe »Hohenlohe wacht auf«. Dafür trat sie unter anderem Ende Juli 2016 als Gastrednerin bei »PEGIDA Nürnberg« sowie als Darstellerin der »Identitären Bewegung« in Reutlingen auf. Auch zeigt sie sich der Plattform »Baden-Württemberg wacht auf« verbunden. Diese hat sich nach Eigenangaben im Dezember 2016 der Initiative »Ein Prozent« angeschlossen.

»Dranbleiben«

Einer der wenigen Auftritte des »Bunds für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V.« in der Öffentlichkeit findet jedes Jahr zu Ostern in der Lüneburger Heide statt. Dagegen engagiert sich das antifaschistische »Bündnis gegen Ludendorffer«. Mit einem der Sprecher, dem DGB-Kreisvorsitzenden H.-D. Charly Braun, sprach Toni Brandes von »der rechte rand«.

drr: Was ist die Geschichte der Ostertagung des »Bunds für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V.« in Dorfmark?

Charly Braun: Der »Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V.« tagt seit über 40 Jahren im Fallingbosteler Ortsteil Dorfmark, also bereits zum Zeitpunkt, als er noch verboten war. Das Verbot der »Ludendorffer« von 1961 wurde 1977 wegen Verfahrensfehlern aufgehoben. Sie hatten und haben hier, rund um Walsrode und Soltau, Mitglieder und Unterstützende. Die »Ludendorffer« belegen alle Hotels und Pensionen und konnten jahrelang sogar die kommunale Schule für Volkstänze benutzen. GastgeberInnen erklären, sie würden »viel Geld ins Dorf« bringen und seien außerdem »friedliche Leute«.

Wann sind Euch die Ludendorffer erstmals aufgefallen?

In den 1980er Jahren nutzte die NPD regelmäßig die Dorfmarker Hotels, auch im Zusammenhang mit dem Bundesparteitag 1983. Seitdem richteten wir unsere Blicke verschärft auf alle möglichen Nazi-Umtriebe der Umgebung.

Bündnisse in ländlichen Gegenden haben es häufig schwer. Sie werden oft als von Außen aufgesetzt empfunden und provozieren häufig Gegenreaktionen. Wie wurde Euer Engagement zu Beginn vor Ort wahrgenommen und wie hat sich das Verhältnis entwickelt?

Über viele Jahre haben einige Organisationen und Einzelpersonen immer wieder von der Stadt Bad Fallingbostel verlangt, die »Ludendorffer« vor die Tür zu setzen. Es gab keine Reaktion, auch nicht seitens der Lokalpresse. Unsere erste öffentliche Veranstaltung am 15. März 2007 war begleitet von erheblichen Widerständen und Absagen von Raumanfragen. Ein Bündnis aus Antifa-Initiative, Gewerkschaften, Grünen, Jusos, Linken und Arbeitskreis Umweltschutz lud den »Weltanschauungsbeauftragten« der Evangelischen Landeskirche, Jürgen Schnare, ein. Seine Bewertung: »Die Ludendorffer sind eine Gefahr für die Demokratie.« Daraufhin beteiligten sich am Karfreitag 2007 rund hundert Menschen an unserer ersten Mahnwache mit Infos, Kaffee, Kuchen und dem Transparent »Rosa Luxemburg statt Mathilde Ludendorff« vor deren Haupttagungslokal »Hotel Deutsches Haus«. Ein Jahr später kam es dann zum Eklat. Unsere Aktion wurde durch 72 Teilnehmende des »Internationalen Jugendworkcamps Bergen-Belsen« unterstützt. Die Jugendlichen aus Israel, Südafrika und Osteuropa wurden von einigen DorfmarkerInnen angepöbelt. Hasskommentare wie »Ölaugen« und »bei Hitler haben die Neger nicht auf der Straße getanzt« verbreiteten sich dank »Weser-Kurier« und NDR-Radio und -Fernsehen lokal und global. Auf Internetseiten der Neonazis war zu lesen: »Wer hat in Bergen-Belsen das Tor aufgelassen?«

In Sorge um den guten Ruf verabschiedete der Stadtrat Bad Fallingbostel 2008 eine Aufforderung, »Extremisten« künftig nicht zu beherbergen. Dies blieb ebenso ein Papiertiger wie die Versuche des Bürgermeisters, sich mit einem von oben dirigierten Bürgerbündnis, samt Ausstellungen und Transparenten, gegen ganz allgemeinen Rechtsextremismus zu profilieren. Das eigentliche Problem, die »Ludendorffer«, wurde jedoch nicht thematisiert. Der Ortspastor entsorgte Infos über »Ludendorffer« bei einer Ausstellung. Wir dagegen wurden weiter als ‹Nestbeschmutzer› beschimpft. Selbst der Landespräventionsrat sah in Bad Fallingbostel Hopfen und Malz verloren.

Einige Jahre später kündigte der Staatsschutz fälschlicherweise das Kommen von hunderten »gewaltbereiten Autonomen aus Hamburg« an und setzte so überdimensionierte Straßensperren und reichlich Polizeieinsatz durch. JournalistInnen und Sven Kindler – Bundestagsabgeordneter von »Bündnis 90/Die Grünen« – beschwerten sich über die Behinderung ihrer Arbeit durch die Polizei. Daraufhin musste Innenminister Schünemann (CDU) 2011 eine Landtagsanfrage beantworten. Verfassungsschutz, PolitikerInnen und etliche Medien verharmlosten den »Bund« weiterhin als überalterte Kleingruppe, während wir erleben, wie sie eigene Kinder und Jugendliche rassistisch berieseln.

Wie reagieren die »Ludendorffer« auf die für sie neue Situation? Und wie steht der Protest gegen die Ostertagung im elften Jahr da?

Mittels LeserInnenbriefen in Lokalzeitungen und in Dorfmarker Hausbriefkästen verteilten Flugblättern bemühten sich die »Ludendorffer« um Akzeptanz und Zustimmung. Auf ihrer Homepage verzichten sie seit Jahren auf konkrete Terminhinweise, Namen und Tagungsinhalte. Ihre reale Gefahr ist daran zu erkennen, dass sie ihre mitgebrachten Kinder und Jugendlichen Rassismus lehren und dass sie gut vernetzt sind. Zu ihren Gästen gehörten zuletzt Steffen Hupka, Hajo Herrmann, Richard Melisch und Ursula Haverbeck. Hupka und einige »Ludendorffer« schlugen JournalistInnen. Wir rufen seit 2011 als »Bündnis gegen Ludendorffer« jeden Karfreitag und inzwischen auch am Ostersamstag – da das Feiertagsgesetz Lautsprecher am Karfreitag verbietet – zu Protesten auf. Die Teilnehmenden kommen meist aus dem Heidekreis und aus Celle und Umgebung. Drei Dorfmarker GrundstücksbesitzerInnen schmücken ihre Grundstücke inzwischen mit Parolen wie »Wir wollen keine Ludendorffer«. Seit 2015 müssen »Ludendorffer« auf das »Hotel Deutsches Haus« verzichten. Das Hotel musste sich entscheiden, entweder sie weiter zu beherbergen oder auf Veranstaltungen des Reitvereins zu verzichten. Endlich ein Teilerfolg für uns. Innenminister Boris Pistorius (SPD) sandte uns zum Protest 2015 zwar eine Grußadresse, aber gegen die »Ludendorffer« unternimmt auch er nichts. Der SPD-Landtagsabgeordnete Michael Höntsch fordert von der »Wittinger Brauerei«, das »Gasthaus zur Post«, in dem sie nun nur noch tagen, nicht mehr zu beliefern. Unterdessen sind unsere Protesttage mit 70 bis 100 Leuten zum Ritual geworden, während die »Ludendorffer« ansonsten in Dorfmark willkommen sind. Wir protestieren so lange, bis sie verschwinden.

Vielen Dank für das Interview und viel Erfolg!

Schwerpunkt

»Reichsbürger«



»Deutsches Reich statt BRD«

von Lucius Teidelbaum



^ *Ein »Reichsbürger« als der deutsche Michel, der die BRD wie schon die DDR entsorgt*

Die Zahl derjenigen, die in ihren Vorgärten eine schwarz-weiß-rote Fahne hissen und für ihr Grundstück eine eigene Souveränität beanspruchen, scheint zu steigen. Ein Mord an einem Polizeibeamten führte zu einer gesteigerten Aufmerksamkeit für eine bisher wenig beachtete Strömung der extremen Rechten, die »Reichsbürger«.

Reichsbürgerliche Ideologie

»Reichsbürger« und auch solche, die diese Bezeichnung für sich ablehnen, behaupten, die Bundesrepublik Deutschland (BRD) sei illegal. Sie sprechen der BRD, ihrem staatlichen Gewaltmonopol sowie ihren Institutionen die Legitimität ab. »Reichsbürgern« geht es jedoch nicht um Kritik an Machtstrukturen, sondern um die Ersetzung dieser durch eigene. Sie versuchen zumeist an Monarchien orientierte Ersatz-Staaten herauszubilden.
Begründet wird die Nicht-Anerkennung der BRD mit dem Verweis auf alliierte Erlasse oder mit der verschwörungstheoretischen Behauptung, es handle sich bei der BRD in Wahrheit um eine GmbH.
Zumeist werden die USA für die angebliche Nicht-Souveränität Deutschlands verantwortlich gemacht. Deutschland gilt unter »Reichsbürgern« und SympathisantInnen als ein von den USA besetztes Land. Die HOGESA-Abspaltung »Gemeinsam-Stark Deutschland e. V.« sieht zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland »nach wie vor eine ‹Außenstelle› der alliierten Siegermächte«. Häufig werden aber auch in antisemitischer Manier ominöse Hintergrundmächte als die eigentlich Verantwortlichen ausgemacht. Manchmal bricht sich der Antisemitismus aber auch brachial Bahn. So veröffentlichte Klaus Rimpler, selbsternannter »Generalfeldmarschall des Staates Preußen« aus Mönchengladbach Aufrufe wie: »Tötet die Khasarenjuden überall in der Judenrepublik Deutschland!!!«.
Aus diesem Glauben leitet sich für viele »Reichsbürger« und SympathisantInnen ihrer Ideologie der Fortbestand des »Deutschen Reiches« ab. Daraus folgen häufig gebietsrevisionistische Ansprüche, in denen mal ein Deutschland in den Grenzen von 1914, mal in denen von 1937 gefordert wird.

Aktualisierung und Verbreitung

Vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen nimmt die Ideologie der »Reichsbürger« zunehmend die Rolle einer rechten Krisenideologie ein. Dem Staat wird seine Legitimität abgesprochen, da dieser seiner Funktion, zum Wohle des »Deutschen Volkes« zu handeln, nicht mehr nachkomme. In der extremen Rechten wird beispielsweise die gestiegene Flüchtlingszahl als Ausdruck einer Vorbürgerkriegssituation fantasiert, was ihre Staatsablehnung verstärkt und zum Teil in eine Staatsleugnung im Sinne der »Reichsbürger« umschlagen lässt. Verbreitung findet die Ideologie zunehmend auch im Bereich der Esoterik. Einige Gruppen neueren Datums lassen sich eindeutig dem rechten Rand der Esoterik zuordnen. Eine wichtige Rolle zur Verbreitung und Selbstbestätigung von Verschwörungstheorien nehmen die sozialen Netzwerke ein. Frei nach Heinrich Heine: »Das ist schön bei uns Deutschen; / keiner ist so verrückt, / dass er nicht einen noch Verrückteren fände, / der ihn versteht«.
Neben den dezidiert politisch motivierten AkteurInnen treten in den Reihen der »Reichsbürger« auffällig häufig Personen mit psychischen Wahnvorstellungen in Erscheinung. Der Psychologe Jan-Gerrit Keil unterscheidet daher bei den »Reichsbürgern« zwischen politischen ProvokateurInnen und psychisch Kranken. Daneben scheinen sich auch Personen der Bewegung angeschlossen zu haben, die Schulden haben oder die Zahlung von Steuern verweigern wollen, und dort eine ideologische Begründung gefunden haben.
Anfang 2017 sprach das Bundesinnenministerium von 10.000 »Reichsbürgern« in der Bundesrepublik. Der »Bund Deutscher Gerichtsvollzieher«, der häufig mit »Reichsbürgern« konfrontiert ist, ging 2016 sogar von 40.000 aus.
In Anbetracht dieser Zahlen und der in den vergangenen Jahren zunehmenden politischen Intervention im öffentlichen Raum, beispielsweise bei den Montagsmahnwachen im Jahr 2014, kann trotz einer zu konstatierenden Zersplitterung und Zerstrittenheit der Szene, von einer Bewegung gesprochen werden. Für Bayern zählt ein Bericht auf, dass 70 Prozent der »Reichsbürger« zwischen 40 und 69 Jahre alt seien und 75 Prozent der »Reichsbürger« Männer sind. Ähnlich wie bei der »Alternative für Deutschland« (AfD) und PEGIDA handelt es sich also vornehmlich um eine Bewegung alter weißer Männer.

Ursprung und Reichsbürgerliche Kleinstaaterei

Der Mythos vom Fortbestehen des »Deutschen Reiches« ist keineswegs neu und wird innerhalb der extremen Rechten schon seit Jahrzehnten propagiert. Entgegen dem Vorgehen der heutigen »Reichsbürger«-Bewegung, war den damaligen ReichsromantikerInnen die Annahme gemein, das Reich müsse erkämpft werden und könne nicht ohne Zutun fortbestehen. Niemand bildete eine Regierung, ihr Mittel zum Erreichen des »Vierten Reichs« war der Umsturz der Bundesrepublik.
Auf dem Weg zur Herausbildung der »Reichsbürger«-Bewegung gab es aber auch Zwischenstationen. Noch vor Gründung der »Reichsbürger«-Bewegung gab es Gruppierungen mit ähnlichen Ansätzen in Bezug auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete. So wurde beispielsweise 1970 von revanchistischen Vertriebenen die »Notverwaltung des Deutschen Ostens« gegründet. Viele Vertriebenenverbände bemühten sich, Exilregierungen zu gründen, welche die Souveränität von Polen, Russland/UdSSR



und Tschechien/CSSR über die abgetretenen Gebiete in Frage stellten. Die erste »Reichsbürger«-Gruppe wird auf den Berliner Wolfgang Gerhard Günter Ebel (1939-2014) aus Berlin zurückgeführt, der zwischen 1981 und 1985 die Ideologie der »Reichsbürger« entwickelt haben soll.
Die Fantasiestaaten der heutigen »Reichsbürger« nehmen zum Teil sektenartige Züge an. Beispielhaft ist die Gruppe um den selbsternannten »König von Deutschland«, Peter Fitzek aus Wittenberg, zu nennen. Fitzek herrschte in absolutistischer Manier über sein »Königreich Deutschland«. Zu der Gruppe mit angeblich mehreren tausend AnhängerInnen deutschlandweit gehörten eine »Königliche Reichsbank«, das »NeuZeit«-Magazin, ein Krankenhaus und eine eigene Währung. Sein Versuch parastaatliche Strukturen auszubilden führte Fitzek in den Konflikt mit den Behörden und brachte ihm schließlich eine Gefängnisstrafe ein.
Neben den »Reichsbürger«-Gruppen gibt es auch eigene Parteien – wie die »Interim Partei Deutschland« – und ihnen nahestehende Zeitschriften. Darunter das Magazin »2000plus«, dessen Herausgeberin Ingrid Schlotterbeck 2001 bis 2006 als »Außenministerin« der »Kommissarischen Regierung des Deutschen Reiches« fungierte.

Von Horst Mahler bis Xavier Naidoo

Ein Monitoring der »Reichsbürger«-Bewegung wird durch den Umstand erschwert, dass es Dutzende von Gruppierungen und Fantasiestaaten gibt, die häufig miteinander konkurrieren. Nicht alle Organisationen sind zudem leicht an ihrem Namen zu identifizieren. Während Namen wie »Kommissarische Reichsregierung« eindeutig auf die »Reichsbürger« verweisen, sind hingegen Gruppen wie die »Germaniten«, »Keltisch-Druidische Glaubensgemeinschaft e.V.«, »Freistaat Ur« oder die »Justiz-Opfer-Initiative« nicht direkt als »Reichsbürger«-Gruppierungen zu erkennen.
Daneben gibt es, ähnlich wie im Neonazismus, viele Personen, die der Ideologie anhängen, sich aber keiner Organisation angeschlossen haben. So ist der Einfluss der Ideologie der »Reichsbürger« deutlich größer als die Mitgliederzahl der Gruppen. Ein Beispiel für die Reichweite der Ideologie ist der Sänger Xavier Naidoo aus Mannheim. Naidoo äußerte 2011 im Morgenmagazin der ARD: »Aber nein, wir sind nicht frei, wir sind immer noch ein besetztes Land! Deutschland hat noch keinen Friedensvertrag und ist dementsprechend auch kein echtes Land und nicht frei.«
Im Spektrum der »Reichsbürger« finden sich jedoch auch Holocaustleugner wie Horst Mahler mit seiner »Völkischen Reichsbewegung« ebenso wie Mitglieder der NPD. Auch in den Reihen der AfD ließen sich immer wieder SympathisantInnen wie auch Aktive der Bewegung finden. Mit Axel von Baumbach wurde gar der »Reichsinnenminister« einer selbsternannten »kommissarischen Reichsregierung« als AfD-Abgeordneter in den Kreistag im hessischen Hersfeld-Rotenburg gewählt. Auch die Zeitschrift »Compact« von Jürgen Elsässer gibt der Ideologie der »Reichsbürger« Raum. Der Herausgeber des auflagenstarken Rohkost-Magazins »Die Wurzel« hat sich 2016 der Reichsbürger-Gruppierung »Keltisch-Druidische Glaubensgemeinschaft e. V.« angeschlossen, womit in die Öko-Szene hineingewirkt werden kann.

Nicht nur harmlose Spinner

Die tödlichen Schüsse durch einen »Reichsbürger« auf einen SEK-Beamten im mittelfränkischen Georgensmünd vom 19. Oktober 2016 scheinen den Rechtsstaat und die Medien aufgerüttelt zu haben. Hausdurchsuchungen bei »Reichsbürgern« förderten zahlreiche Waffensammlungen zutage. Da »Reichsbürger« durch ihre Staatsleugnung immer wieder in Konflikt mit Behörden geraten, war es kein Zufall, dass das erste Todesopfer ein Polizeibeamter war, der das staatliche Gewaltmonopol durchsetzen wollte. Jan Rathje von der Amadeu Antonio Stiftung beobachtet seitens der »Reichsbürger« schon länger einen »Kleinkrieg mit Behörden, Verwaltungen und staatlichen Stellen«. Vom Gewaltpotenzial der »Reichsbürger« zeugten bereits vor dem erwähnten Mord zahllose bundesweit zu beobachtende Beleidigungen und Bedrohungen gegen Beamte. Wiederholt kam es auch zu Gewalttaten bis hin zu einer Geiselnahme. Am 23. November 2012 nahmen im sächsischen Bärwalde uniformierte Angehörige der Gruppierung »Deutsches Polizei Hilfswerk« einen Gerichtsvollzieher für mehrere Stunden gefangen.
Rassistische Drohbriefe verschickte die »Reichsbewegung – Neue Gemeinschaft von Philosophen« im Jahr 2012 an »alle raum-, wesens- und kulturfremden Ausländer in Deutschland, insbesondere an Türken, Muslime und Negroide (Schwarze u. Halbschwarze)« mit der Forderung, sie sollten Deutschland verlassen.
Unter einer gestiegenen Krisenangst hat sich die »Reichbürger«-Bewegung in der Bundesrepublik erkennbar vergrößert. Es handelt sich um eine extrem rechte Bewegung, der ein Verschwörungsmythos zugrundeliegt. Durch die Teilnahme an den rechten Querfront-Montagsmahnwachen vom März bis zum September 2014 und als Narrensaum von PEGIDA, »Merkel muss weg« und Co. wurden die »Reichsbürger« stärker als Bewegung in der Öffentlichkeit sichtbar. Besonders viel Zulauf scheinen sie unter EsoterikerInnen und Verschwörungsgläubigen zu haben, zumal hier strukturelle und inhaltliche Verbindungen bestehen.
Im Gegensatz zu der Einschätzung der Sicherheitsbehörden sollte die gesamte »Reichsbürger«-Bewegung der extremen Rechten zugeordnet werden. Dafür sprechen ihr Gebietsrevisionismus, ihre Demokratie-Feindlichkeit, völkische Elemente, ihr Antisemitismus und ihre latente Gewaltbereitschaft, die bei den zwangsläufig entstehenden Konflikten mit Behörden häufig zu Tage tritt. Die »Reichsbürger« mögen Spinner sein, aber harmlos sind sie keineswegs.



Wie weit reicht die Ideologie der »Reichsbürger« in die Gesellschaft?

von Roland Sieber

Das Schlagwort »Reichsbürger« lenkt von der Reichweite der Ideologie dahinter ab. Der Politikwissenschaftler Jan Rathje spricht darum auch von Libertären, Souveränisten und Selbstverwaltern. Prominentester Vertreter der Verschwörungs- und Reichsbürgerszene ist der Popstar Xavier Naidoo.

Der Weg in die »Reichsbürger«-Szene kann über die extreme Rechte gehen: Neonazis, die an den Fortbestand des »Dritten Reiches« glauben und AnhängerInnen neu-rechter Strömungen, die Ideologiefragmente der »Reichsbürger« übernehmen. Ein weiterer Weg kann über soziale und finanzielle Fragen gehen: Menschen, die aufgrund von schwierigen Lebenslagen nach Verantwortlichen und Auswegen aus ihrer Krisensituation suchen. Hier seien beispielsweise Mütter genannt, die Meinungsverschiedenheiten mit dem Jugendamt haben oder mittelständische UnternehmerInnen, denen die Insolvenz droht. Diese Menschen suchen im Internet nach Hilfe und stoßen auf Blogs und bei Facebook auf die skurrilen Rechtsmeinungen von »Reichsbürgern«, welche die Situation für Betroffene zumeist noch verschlechtern. Nach und nach kommt dann ein struktureller Antisemitismus hinzu.

Auch Personen mit Migrationshintergrund oder solche, die sich selbst politisch als eher links oder alternativ verorten, können über popkulturelle und politische Verschwörungstheorien in die »Reichsbürger«-Szene rutschen. Auf eine Verschwörung folgt eine weitere und so weiter. So steigern sich Menschen in eine in sich geschlossene Verschwörungsideologie hinein. Jede neue Information wird von den Betroffenen so interpretiert, dass diese ins eigene Weltbild passt. Dies wird als Bestätigungsfehler bezeichnet. Informationen oder Personen, die der eigenen Ideologie widersprechen, werden äußeren Feinden zugeschrieben. Gemeinsame Feindbilder wiederum bilden den Klebstoff, der die in sich widersprüchlichen politischen Grüppchen und Strömungen zusammenhält.

So lässt sich erklären, dass der selbst von Rassismus betroffene Musiker Xavier Naidoo am 3. Oktober 2014 in Berlin vor dem Bundeskanzleramt zusammen mit dem Querfront-rechten Verleger Jürgen Elsässer und dem antisemitischen und rassistischen Neonazi-»Druiden« und »Reichsbürger« Burghard Bangert demonstrierte. Bangert steht seit kurzem im Verdacht, sich gemeinsam mit weiteren Beschuldigten zu einer rechtsterroristischen Vereinigung zusammengeschlossen zu haben, um bewaffnete Angriffe auf PolizistInnen, Asylsuchende und Menschen der jüdischen Glaubensgemeinschaft zu begehen.

Ein waches Hinterfragen politischer Geschehnisse ist sinnvoll, doch können rationale Diskussionen über tatsächliche politische Missstände durch plumpe Verschwörungstheorien unmöglich gemacht werden. Die Definition, ab wann jemand »Reichsbürger« sei, ist umstritten. Zum sehr weiten Umfeld gehören Personen, die an irgendeine Verschwörungstheorie glauben, ob es jetzt um den Tod von Michael Jackson, die Mondverschwörung oder die Ablehnung der Schulmedizin geht. Darin der zweite Ring mit Menschen, die bereits ein geschlossenes verschwörungsideologisches Weltbild besitzen. Hierzu kann auch der Glaube an Klimalüge, Chemtrails, flache Erde oder »Freimaurer« und »Illuminaten« sowie eine »Neue Weltordnung« (NWO) gehören, der oftmals schon Merkmale des strukturellen Antisemitismus aufweist, da es eine geheime Macht im Hintergrund geben muss, welche die Fäden zieht. Im dritten Ring die Personen, die ihre Weltverschwörung aufgrund von offenem Antisemitismus erklären, also »die Juden« auch benennen und im innersten Kreis die sogenannten »Reichsbürger«.

Wobei die Übergänge fließend sind und nicht jeder »Reichsbürger« offen antisemitisch auftritt. Zum Beispiel singt der Rapper Kollegah von der »NWO«, obwohl er kein Reichsbürger ist. Bereits zuvor pushte der Soulsänger Naidoo mit seinen politischen Aussagen und Songzeilen neben dem österreichischen Rapper Kilez More und der Duisburger Band »Die Bandbreite« die Verschwörungs- und Reichsbürgerszene hoch. So teilte der mutmaßliche Polizistenmörder Wolfgang P. aus Georgensgmünd auf Facebook mehrere Aussagen und Songs des Mannheimer Musikers. Die Popularität von Naidoo kann Menschen in eine abstruse Gedankenwelt aus unhaltbaren Behauptungen führen, in denen Hass und Angst mehr

< *Deutscher Pop- und Schlagersänger Xavier Naidoo will »Freiheit für Deutschland«*

zählen als Fakten, warnte die Band »Die Skeptiker« bereits zur Verleihung des Negativpreises für den größten antiwissenschaftlichen Unsinn des Jahres 2014 an Naidoo.

Bereits im Oktober 2011 war Naidoo im ARD-Morgenmagazin zu Gast und erzählte vor laufender Kamera: »Aber nein, wir sind nicht frei, wir sind immer noch ein besetztes Land! Deutschland hat noch keinen Friedensvertrag und ist dementsprechend auch kein echtes Land und nicht frei.« In der »Reichsbürger«-Szene wurde er für diese Verbreitung einer ihrer Kernthesen gefeiert. Daraufhin unterlegte die selbsternannte »Reichsbewegung — Neue Gemeinschaft von Philosophen« ein Propagandavideo mit dem Song IZ ON der »Söhne Mannheims«. Die »Reichsbewegung« versandte 2012 rassistische Briefe an muslimische Menschen und Organisationen und kündigte Gewalt an, falls diese Deutschland nicht verlassen.

Auszüge aus Naidoos YouTube-Kanälen verbreiteten sich in antisemitischen Kreisen. Dort wird der Holocaust geleugnet und gegen jüdische Menschen gehetzt. Beliebt ist sein Lied »Raus aus dem Reichstag« von 2009. Laut dem offiziellen Songtext im Begleitheft der CD »Alles kann besser werden« singt er im antisemitischen Jargon: »Wie die Jungs von der Keinherzbank, die mit unserer Kohle zocken. Ihr wart sehr, sehr böse und steht bepisst in euren Socken. Baron Totschild gibt den Ton an und er scheißt auf euch Gockel. Der Schmock ist'n Fuchs und ihr seid nur Trottel«. »Der Schmock ist'n Fuchs« ist ein antisemitischer Code und mit »Baron Totschild« spielt er auf die jüdische Bankiers-Familie Rothschild an, denen schon die Nazis unterstellten, hinter dem »Federal Reserve System« (FED) und damit hinter dem Banken- und Zinssystem zu stehen, dem in verschwörungsideologischer Manier die Schuld an sämtlichen Missständen und Kriegen der Welt gegeben wird. Fünf Jahre nachdem der Songschreiber den Politikern »Raus aus dem Reichstag« entgegen schmetterte, unterstützte er eine Reichsbürgerdemo vor dem Bundestag in Berlin, aus deren Kreisen mal wieder zum Sturm auf den Reichstag und zum gewaltsamen Sturz der Regierung aufgerufen wurde.

Der selbsternannte Systemkritiker Xavier Naidoo berichtet in einem Videointerview mit »Sons of Libertas«, wie er seine Wahrheit in YouTube-Videos fand. Politischer Weggefährte von Naidoo war Oliver Janich, ein selbsternannter Libertärer, der sich vor einigen Jahren mit Elsässer gegen die »Rothschilds« und für Thilo Sarrazin stark machte. Ein antistaatliches Buch von Janich wird von Naidoo in dem Lied »Die Wahrheit« beworben, in dem sich der Sänger auch selbst als »libertären, gläubigen Menschen« beschreibt. Janich gründete 2009 die rechtslibertäre und marktradikale »Partei der Vernunft« (PdV). Rechtslibertäre Anarchokapitalisten lehnen mit Berufung auf den US-Ökonomen Murray Rothbard Staaten ab, wollen diese aber durch einen sozialchauvinistischen freien Markt ersetzen. Da diese Ideologie in sich widersprüchlich ist, wird sie häufig mit Verschwörungstheorien ergänzt. In einem Interview mit der neu-rechten marktliberalen Monatsschrift »eigentümlich frei« (ef) führte Janich seine politische Nähe zu dem US-amerikanischen Verschwörungsideologen Alex Jones aus. Jones hat bis heute Einfluss auf die »Tea-Party«-Bewegung und stellte sich im letzten Wahlkampf früh hinter den jetzigen US-Präsidenten Donald Trump.

Die Ideologie von Naidoo nimmt Anleihen aus dem christlichen Fundamentalismus, aus in der Rap- und Rastafari-Szene verbreiteten Verschwörungstheorien von satanischen Logen und von »Babylon« als Bild für die westliche Zivilisation, aus deutschnationalistischen Verschwörungstheorien und aus dem marktradikalen Libertarismus. Mit Sprachcodes sowie der Bildsprache in einigen Musikclips befeuert der Sänger die Verschwörungstheorien der »Truther«- und »Infokrieger«-Szene. Diese verklären mit Falschinformationen die Terroranschläge in den USA vom 11. September 2001 zu einem ‹Inside Job› und die informellen »Bilderberg-Konferenzen« zu einer globalen Schattenregierung. So brüllt Naidoo am Ende des Songs »Mein Weltbild«: »Bilderberger, wir kommen euch zu holen!« Hierseits wie dortseits des Atlantiks wird eine antisemitische Bildsprache benutzt, die die FED und die Obama-Regierung als Marionetten einer geheimen freimaurerischen oder jüdischen Weltregierung zeichnet. Neonazis kürzen dies in ihrer Szenesprache als ZOG ab: »Zionist Occupied Government«. Hier überschneidet sich die »Infokrieger«-Szene punktuell mit dem neonazistischen Spektrum. Aus diesem breiten Mischspektrum mobilisierten sich die bundesweiten »Mahnwachen für den Frieden und gegen die tödliche Politik der ‹Federal Reserve› (einer privaten Bank)«, zu denen Lars Mährholz im Frühjahr 2014 vor dem Hintergrund des Ukraine-Konflikts aufrief und an denen zahlreiche Szene-Größen der sogenannten »Reichsbürger« teilnahmen.

Die »Souveränitätsfrage« wird auch in dem Monatsmagazin »Compact« und von dessen Chefredakteur Jürgen Elsässer aufgeworfen. Wer bei den rechten Demos von PEGIDA mitläuft, demonstriert nicht nur mit »Reichsbürgern«, sondern glaubt häufig auch selbst, die »Lügenpresse« und die »Systemparteien« seien Teil einer Verschwörung gegen das »deutsche Volk« und Deutschland sei angeblich nicht souverän und von ausländischen Mächten fremdbestimmt.

Die mutmaßlich von Mario R. betriebene Facebookseite »Anonymous. Kollektiv« ging noch weiter und verbreitete, Deutschland werde als »BRD GmbH« verwaltet und »wir« Deutschen seien angeblich nur deren Personal. Ich definiere »Reichsbürger« als Personen, die sich darüber hinaus als souverän oder frei erklären und sämtlichen deutschen Rechtsnormen und Behörden die Legalität absprechen.

Den Weg in diese SelbstverwalterInnen-Szene ebnet zum Beispiel Peter F. Dieser bietet kostenpflichtige Seminare an und tritt als »Prozessbevollmächtigter« auf. Während F. damit Einnahmen generiert, reitet er die Leute, die er bei seinen Schulungen in die Irre führt und die ihm statt einem Rechtsanwalt vertrauen, noch tiefer in die soziale und finanzielle Krise. Auch Adrian Ursache, der in U-Haft sitzt, weil er in Reuden auf Polizisten geschossen haben soll, und der mutmaßliche Polizistenmörder Wolfgang P. haben sich als »Menschen« als »frei« und »souverän« erklärt und ihr eigenes Staatsgebiet ausgerufen.

»Sammelbeobachtungsobjekt«

von Ernst Kovahl

Der Thüringer Wirtschaftsminister und stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Matthias Machnig war wütend. Seit zwei Jahren waren die Taten der rechten Terrorgruppe NSU bekannt und das Versagen der Geheimdienste wurde immer klarer. Offen attackierte der Minister im Juli 2013 den Dienst: »Alte und neue rechtsextremistische Formen« würden durch den jährlichen Verfassungsschutz-Bericht »gar nicht erst erfasst« – als ein Beispiel nannte Machnig ausdrücklich die »Reichsbürger«.

»Kein Beobachtungsobjekt«

Und in der Tat, die Szene wurde unterschätzt, ihre Beobachtung war uneinheitlich. Nachdem im Oktober 2016 ein »Reichsbürger« einen Polizist erschoss, legten die Ämter rege Aktivitäten an den Tag und täuschten so darüber hinweg, dass sie die Szene vorher kaum im Blick hatten. In kürzester Zeit schnellten die Angaben der Behörden über die Zahl der »Reichsbürger« nach oben – aus wenigen Hundert wurden plötzlich bundesweit Tausende. Behörden meldeten nun alle, die mit »Reichsbürger«-Ideologie Steuerbescheide oder Strafzettel anfochten, die Geheimdiensten durchwühlen Datenbanken und Akten, um dem neuen Interesse gerecht zu werden.

Der bayerische Nachrichtendienst teilte mit, nach der Tat die Beobachtung der »Reichsbürger« intensiviert zu haben. Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen oder Sachsen-Anhalt meldeten, sie würden bisher nur einen Teil der Szene zu beobachten. Der Sächsische Verfassungsschutz legt seine Auffassung in einer bis heute abrufbaren Handreichung dar. Die »Reichsbürger-Bewegung« sei »als solche kein Beobachtungsobjekt«: »Bis dato liegen keine Erkenntnisse über tatsächliche Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen der Reichsbürgerszene in ihrer Gesamtheit vor. Einzelne Reichsbürgergruppierungen und –anhänge weisen jedoch Bezüge zur rechtsextremistischen Szene auf.« Anders Niedersachsen: Das Land führte seit 2005 die »Exilregierung Deutsches Reich« als Beobachtungsobjekt.

»Sammelbeobachtungsobjekt«

Im November 2016 teilte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) mit, Bund und Länder würden die »Reichsbürger« nun in Gänze in den Blick nehmen: »Wir haben in dieser Woche Einigkeit erzielt, dass ab sofort auch die Reichsbürger in ganz Deutschland Sammelbeobachtungsobjekt des Bundesamtes für Verfassungsschutzes und der Länder werden«. So würden »ideologisch gleich ausgerichtete Personenzusammenschlüsse und Einzelpersonen zusammengefasst«, ihre »Vernetzungen besser erkannt und aufgeklärt werden«, teilte das Bundesinnenministerium mit.

Eine Pressemitteilung des Verfassungsschutzamts aus Hessen bringt etwas Licht in die Einigung. Nun gelten auch die systematischen und aggressiven Aktionen gegen Behörden als potentiell staatsgefährdend, was den »Reichsbürgern« bisher als Marotte durchgehen gelassen worden war: »Die Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter ist heterogen. In ihrer fundamentalen Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer gesamten Rechtsordnung ist sich diese Szene jedoch einig. Für die Verwirklichung ihrer Ziele tritt die Reichsbürgerbewegung aktiv ein, z. B. mit Werbeaktivitäten oder mit aggressiven Verhaltensweisen gegenüber den Gerichten und Behörden der Bundesrepublik Deutschland. Bestrebungen, die eine derart grundsätzliche Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Gesetze und Institutionen beinhalten, bieten hinreichend tatsächliche Anhaltspunkte als verfassungsfeindliche Bestrebungen für eine Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden, unabhängig davon, dass diese Bestrebungen nur zum Teil dem Phänomenbereich Rechtsextremismus zugeordnet werden können. Die Reichsbürgerbewegung wird deshalb seit dem 22. November 2016 in Gänze bundesweit vom Verfassungsschutz des Bundes und der Länder (...) beobachtet.«

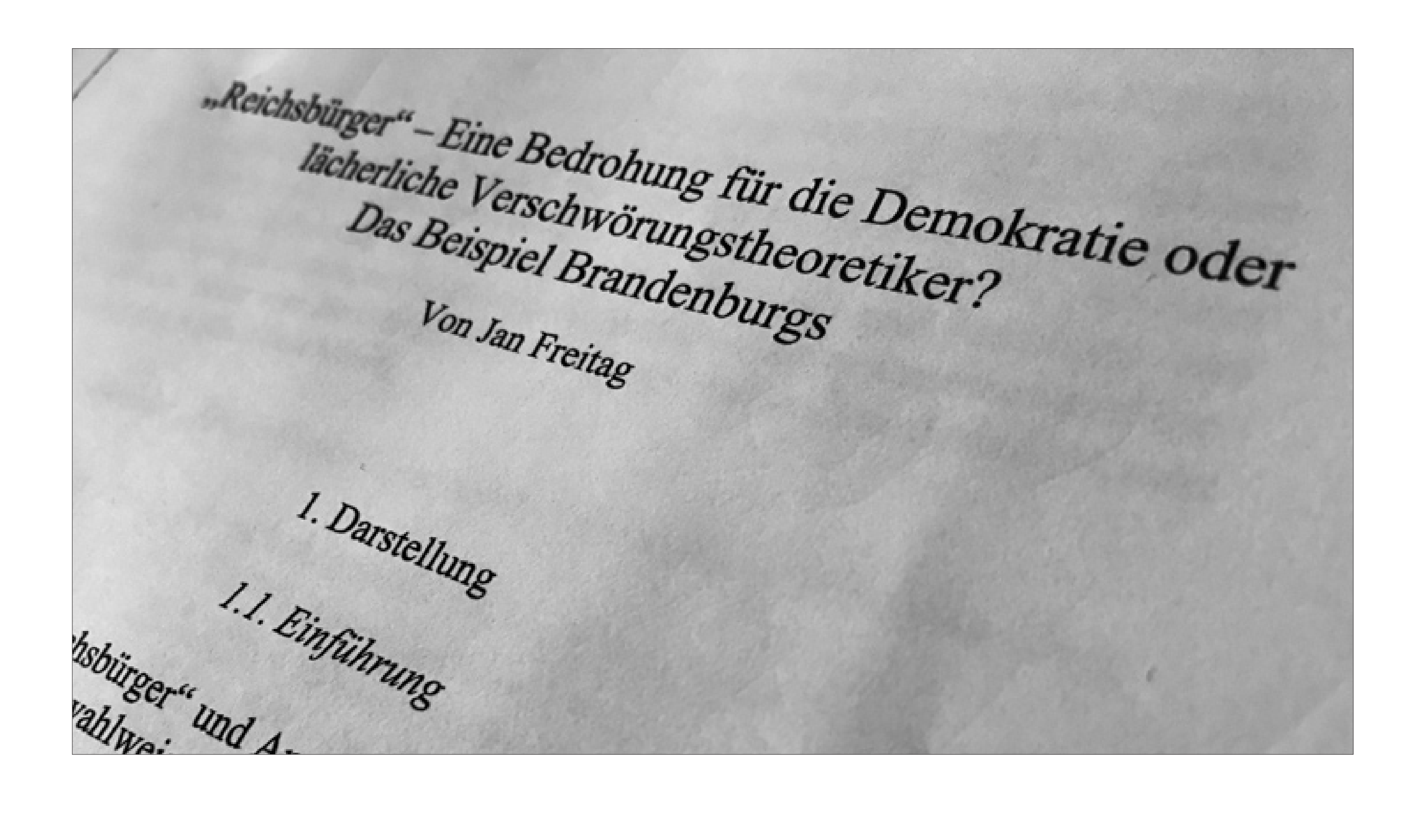
Keine Gefahr

Weder die Ideologie der »Reichsbürger« noch ihre Nähe zum Neonazismus und ihre Liebe zu Waffen sind neu. In den 1980er Jahren waren es bekannte Neonazis, wie Thomas Brehl oder Michael Kühnen, die sich entsprechender Ideologie bedienten. Mit Reinhold Oberlercher und Horst Mahler traten in den 1990er Jahren zwei lautstarke Propagandisten in die Szene, deren Anbindung an die extreme Rechte offensichtlich war. Entsprechend berichteten die Verfassungsschutz-Ämter. Aufgeführt wurden im Thüringer Bericht beispielsweise die regelmäßigen Treffen des »Deutschen Kollegs« und der »Reichsbewegung« in Mosbach nahe Eisenach – nicht weil es Veranstaltungen der »Reichsbürger« waren, sondern wegen ihrer offen neonazistischen Akteure Oberlercher und Mahler.

2012 kam Bewegung in die Debatte. In ihrer Antwort auf eine Anfrage der Fraktion der »Die Linke« offenbarte die Bundesregierung ihre Einschätzung: Eine »einheitliche ‹Reichsbürgerbewegung› existiert (…) nicht«, verbreitet würden durch »konkurrierende Splittergruppen« und »Einzelpersonen« nur »absurde Thesen zum ‹Deutschen Reich›« und »pseudo-juristisch verbrämte Argumente«. Zudem würden »Pseudoämter« zahlreiche »Phantasiepapiere« und »Reichsausweise« ausgeben. »Seriöse Zahlenangaben zum Personenpotenzial« seien nicht möglich und nur über vier Gruppen lägen »hinreichende verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse« vor. Zwar gebe es in der Szene »Rechtsextremisten«, aber es gelte Entwarnung: »Ganz überwiegend bestehen bei diesen genannten Erscheinungsformen erhebliche Zweifel, dass ernstzunehmende ziel- und zweckgerichtete politische Verhaltensweisen vorliegen.« Während der Bund das Bild einer skurrilen, märchenhaften Parallelwelt der »Reichsbürger« zeichnete, begannen ab 2012 mehrere Bundesländer, Broschüren oder Handreichungen zu erstellen, weil die Aktionen gegen Behörden vor allem kommunal erheblich zunahmen. Vor allem Brandenburg bemühte sich, seine MitarbeiterInnen gegen die Attacken der »Reichsbürger« zu schulen.

Extremismus-Forschung

Im Zentralorgan der »Extremismus Forschung«, dem von Uwe Backes, Alexander Gallus und Eckhard Jesse herausgegebenen »Jahrbuch Extremismus & Demokratie« (E&D) spielten die »Reichsbürger« de facto keine Rolle – selbst dann, wenn die Bezüge offensichtlich und sogar benannt wurden. In einem Porträt von Horst Mahler – einem der zentralen Akteure der neonazistischen »Reichsbürger«, verfasst 2001 von Jesse, wurden Mahlers positiver Bezug auf das »Reich«, seine Kritik und Ablehnung der deutschen »Vasallenregierung« und sein Antisemitismus dargelegt – aber offenbar nicht verstanden. Mahlers offen dargestellten Theorien galten Jesse, wenn überhaupt, offenbar nur als nebensächlich. Denn für ihn war Mahler nur ein »irrlichternder Wanderer zwischen den Welten« – und im Kern vor allem weiterhin der ehemalige RAF-Anwalt und Alt-68er. Mahlers Kurs in die extreme Rechte schien nur als Fortführung von Anti-Amerikanismus und Hass auf die Bundesrepublik – nun mit anderen Mitteln. Ähnlich wie Jesse scheint es auch dem Rest der informellen und



formellen Verfassungsschutz-MitarbeiterInnen aus der »Extremismus«-Forschung gegangen zu sein: Die Fokussierung auf die Linke verstellte den Blick nach rechts.

Erst 2014 erschien in dem dickleibigen Jahrbuch ein eigenständiger Aufsatz, der kenntnisreich und detailliert die »Reichsbürger« untersuchte. Autor Jan Freitag nannte relevante Gruppen und Strömungen, zeigte die ideologischen Linien und personellen Verknüpfungen in den Neonazismus, warnte vor Bewaffnung und dem Anwachsen der Szene, nahm ihre »scheinjuristischen Argumente« auseinander und stellte klar, dass ausnahmslos alle AnhängerInnen der »Reichsbürger« mindestens ein bis zwei ideologische Kernelemente des »Rechtsextremismus« verträten. Der Politikwissenschaftler wies zudem auf die Kenntnislücken von Regierungen – also auch der Mehrheit der Verfassungsschutzämter – und der Wissenschaft hin. Seine Arbeit scheint sogar die drei Koryphäen der »Extremismustheorie« und Herausgeber des Jahrbuchs überzeugt zu haben. Nachdem das Phänomen nicht mehr zu leugnen war, schrieben sie: »Die Schnittflächen zum Rechtsextremismus sind aufgrund eines Potpourris von antisemitischen, ausländerfeindlichen und antiamerikanistischen Ideologemen groß. Teile dieser skurril anmutenden Szene zeigen zudem Gewaltbereitschaft.«

Plötzlich gefährlich

Um ins Visier der Geheimdienste zu rücken, muss eine Organisation oder Bewegung »hinreichend tatsächliche Anhaltspunkte als verfassungsfeindlich« bieten. Was das genau ist, ist kaum definiert. Die Einschätzung basiert auf Analysen und Bewertungen der Verfassungsschutz-Ämter, dem Konsens in der »Extremismus«-Forschung und unterliegt, wie aktuell bei den »Reichsbürgern« zu beobachten, am Ende auch politischen Erwägungen. Die »Reichsbürger« haben zwar tatsächlich parallel zum jüngsten Aufschwung der extremen Rechten an Potential gewonnen, aber weder ihre Ideologie noch ihr Hang zu Waffen und Gewalt oder ihre aggressive Ablehnung der staatlichen Ordnung haben sich zugespitzt – sie sind seit Jahren gleich.

Am Fall der »Reichsbürger« werden wieder einmal die strukturellen Fehler und die ideologisch begründete, theoretische Beschränktheit der Geheimdienste deutlich. In der Eigenlogik der Dienste braucht es, um zum Beobachtungsobjekt zu werden, feste Strukturen – am besten mit Satzung, Ausweis und Kassenwart –, und eine gemeinsam festgeschriebene Programmatik. Und die Organisationen müssen die staatliche Ordnung bedrohen – nicht allein Menschen. Doch selbst dort, wo fast alle Voraussetzungen gegeben waren, wurden im Bereich der »Reichsbürger« durch die Mehrheit der Ämter nur jene Strukturen ins Visier genommen, die durch ihr Personal – bekannte Neonazis und extreme Rechte wie Mahler oder Oberlercher – sowieso im Fokus standen. Allein die kontinuierliche und zielgerichtete Verbreitung von Antisemitismus, die Ablehnung der Demokratie, offener Geschichtsrevisionismus, Waffen-Fetisch, organisierte Aktionen gegen staatliche Einrichtungen oder Bedrohungen Einzelner reichten den Behörden nicht, um die Szene in den Fokus zu nehmen. Noch 2016 meinte die Niedersächsische Regierung, es sei von einer »hohen Quote an Querulantentum« – also letztlich unpolitischen Einstellungen – in der Szene auszugehen. Als aber ein Polizist erschossen wurde, waren die zuvor angeblich nicht umfänglich vorhandenen Kenntnisse da. Nun gilt plötzlich die gesamte Szene als gefährlich. Dass die im November 2016 von Bund und Ländern getroffene realistischere Einschätzung dabei den bisher mehrheitlich falschen Analysen widersprach, interessierte niemanden.

Weder wird eine einheitliche Beobachtung der »Reichsbürger« noch eine Ausweitung der Beobachtungsobjekte und Kompetenzen oder eine Reform der Spitzel-Behörden die extreme Rechte stoppen. Aber solange die Einschätzung der Dienste und der »Extremismus-TheoretikerInnen« handlungsleitend für den Staat sind – von den kommunalen Versammlungsbehörden über die Polizei und Verwaltungen bis hin zu Gerichten -, und ihre Einschätzungen in Medien, Politik und öffentlicher Debatte mehr Gewicht haben, als das unabhängiger ExpertInnen oder AntifaschistInnen, ist der kritische Blick auf die dürftigen Kenntnisse und die inkonsistente Praxis der Geheimdienste notwendig.

»Volksdemokratische Exekutive«

Im Netzwerk der »Reichsbürger«: Das »Deutsche Polizei Hilfswerk«

von Falko Grimmendorf



Mit nur wenigen Worten gab das »Deutsche Polizei Hilfswerk« (DPHW) im Juni 2013 seine Auflösung bekannt: »Das ‹Deutsche Polizei Hilfswerk› ist ab sofort nicht mehr im Bestand.« Die zeitweise uniformierte Gruppe, die sich zur Ordnungsmacht aufspielte, wolle sich mit den »Machenschaften der Polizei« nicht mehr gemein machen, hieß es wenig später auf einer »Reichsbürger«-Website. Der Grund wird etwas spezieller gewesen sein: Es hatte wiederholt Hausdurchsuchungen bei mutmaßlichen Mitgliedern gegeben und eine ganze Reihe von Ermittlungsverfahren. Sie brachten mehreren Beteiligten Haftstrafen ein.

So hatte sich das Volker Schöne, Gründer und »General« der Gruppe, wohl nicht vorgestellt. Im September 2011 hatte der heute 46-Jährige aus Radeburg im Landkreis Meißen erstmals mit einem Artikel von sich reden gemacht: Er »habe Angst« wegen des Abbaus der Polizeibelegschaft im Freistaat Sachsen, schrieb er, und behauptete, dass viele Gesetze längst außer Kraft gesetzt worden seien und in Deutschland wieder »Besatzungsrecht« gelte. Bemerkenswert war, dass der Text auf der Website des sächsischen Landesverbandes der »Deutschen Polizeigewerkschaft« (DPolG) erschienen war. Kopien des Artikels kursieren bis heute. Sie gehören zum Standard-Konvolut, mit dem »Reichsbürger« Behörden traktieren.

Doch Schöne ging noch weiter. Spätestens ab April 2012 baute er mit Gleichgesinnten aus Sachsen und Brandenburg – darunter Mario Benkert aus Gersdorf bei Limbach-Oberfrohna sowie das Ehepaar Andreas (»Inspekteur«) und Kerstin Krautz (»Direktorin«) aus Spremberg – und einigen weiteren Bundesländern das DPHW auf. In einem internen Rundschreiben hieß es, dass die Gruppe »Ordnung und Sicherheit für unsere Bevölkerung« herstellen wolle, ähnlich der Freiwilligen Feuerwehr, »die dann eben nicht nur Feuer und Katastrophen bekämpft«. Schöne verglich das Projekt mit der wehrkundlichen »Zivilverteidigung« der DDR. Die Führung übernahm ein achtköpfiger »Generalstab«, per Schulterklappen abgestuft nach Dienstgraden. Frühere NVA-Ränge wurden auf Antrag angerechnet, lange Haare waren nicht erwünscht. Mitglieder erhielten Uniformen samt Einsatzoverall, Stiefel, Pfefferspray und Metallhandschellen – das Set zu 99 Euro. Später kamen Warnwesten, Armbinden und Landser-Mützen ins Sortiment.

Obligatorisch waren Dienstausweise und eine Vereidigung »nach deutschen Gesetzen«. Dass ein bewusster Unterschied zum »Rechtssystem in der BRD« gemacht wurde, wie es auf der DPHW-Website hieß, wird InteressentInnen klar gewesen sein. Der strömungsübergreifende Ansatz war für die sonst sektiererische Szene der »Reichsbürger« ungewöhnlich. Ausgehend von der Annahme, dass der Staat – sei es »Preußen«, sei es das »Deutsche Reich« – »handlungsunfähig« gestellt sei, wird aber quer durch die Bank eine »Reorganisation« propagiert. Das DPHW wollte damit ernst machen. In einem »Die BRD-GmbH« betitelten Pamphlet, eine Art »Reichsbürger«-Handbuch, wurde die Beteiligung am DPHW empfohlen: Bei der Gruppe handle es sich um einen »übergeordneten Verband« für »Bürgerwehren«, sie diene dem »Aufbau einer volksdemokratischen Exekutive« und schütze vor »Übergriffen durch das ‹BRD›-System« und der »Hochfinanz«. Aus späteren Auflagen verschwanden diese Anmerkungen. Das DPHW war inzwischen zu Tätlichkeiten geschritten. So wie in Bärwalde, einem Ortsteil von Radeburg, nördlich von Dresden. Was dort am 23. November 2012 geschah und die Gruppe bundesweit bekannt machte, legte der »Generalstab« in einer Art Einsatzbericht dar: Man habe einen Gerichtsvollzieher »vorläufig festgenommen« und der Polizei »übergeben«. Für die stellte sich das anders dar. Demnach hatten mehr als ein Dutzend DPHW-AnhängerInnen, teils in ihrer polizeiähnlichen Kluft, einem Gerichtsvollzieher, der ein Bußgeld in niedriger zweistelliger Höhe eintreiben wollte, aufgelauert, ihn mit Kabelbindern gefesselt und eine Dreiviertelstunde lang festgehalten. Die DPHW-Masche verfing anfangs, eintreffende BeamtInnen hielten die Uniformierten zunächst für Kollegen.

Ein Einzelfall war das nicht, DPHW-Mitglieder bedrängten bereits vorher einen Beamten des Finanzamtes in Chemnitz, später eine Gerichtsvollzieherin in Weimar. Bei einer »Schulung« im Dezember 2012 wurde ein Video der Aktion in Bärwalde gezeigt, in einem Rundschreiben zum Jahresende lobte der Generalstab die erreichte »Intensität« und kündigte an, man werde »einfach weitermachen«. Das machte Eindruck: Bei rund 50 Veranstaltungen im ganzen Bundesgebiet wurden immer mehr AnhängerInnen geworben. Tatsächlich entwickelte sich das DPHW zur bislang größten Gruppierung des »Reichsbürger«-Spektrums.

Bei alledem, so versicherte die Gruppe, gehe es nicht um Selbstjustiz, sondern »nur um die Prüfung der rechtskräftigen Unterschriften«. Tatsächlich war auch Eigennutz im Spiel, wie die Abwendung von Pfändungen und anderer behördlicher Zwangsmaßnahmen gegen Führungsmitglieder der Gruppe sowie Szene-SympathisantInnen. Das Echo folgte:

Ende Februar 2013 durchsuchte die Polizei in Sachsen und Brandenburg sieben Wohnungen, vorrangig von Mitgliedern des »Generalstabs«. Ermittelt wurde wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung, mehrere Staatsanwaltschaften führten zusätzliche Verfahren durch, unter anderem wegen Amtsanmaßung, Nötigung, Freiheitsberaubung und Urkundenfälschung. Unter dem Ermittlungsdruck löste sich die Gruppe auf.
Außerdem waren die Mitglieder verstimmt: Möglichkeiten, selbst mitzuwirken, gab es außerhalb des »Generalstabes« kaum. Auch hatten einige InteressentInnen eine Mitgliedschaft erworben und für Uniformen gezahlt, ohne diese zu erhalten. Hinzu kam Paranoia vor Repressionen, da Ermittlungsbehörden die Gruppe durchaus gut im Blick hatten.

Motive

Mit der beabsichtigten Anonymität der Gruppe war es nicht weit her, denn ein im Impressum der DPHW-Website verzeichneter »Keven Olschero« war unschwer als Anagramm von Volker Schöne zu entziffern. Und die sorgsam gepflegte Legende, die Gruppe sei auf Wunsch und mithilfe von PolizistInnen gegründet worden, ließ sich nicht halten. Zwar betreute Schöne Fördermitglieder der DPolG und gehörte dadurch zu deren Landesvorstand, doch Polizist war er nie. Sein Beitrag auf der Website der Splittergewerkschaft war ohne viel Aufhebens gelöscht worden, später, nach den Negativschlagzeilen, folgte sein Ausschluss.
Zumindest ein Teil des Treibens beim DPHW erklärt sich angesichts wirtschaftlicher Schieflagen von ProtagonistInnen mit dem Furor deklassierter KleinbürgerInnen, ein Phänomen, das sich heute in weiteren Strömungen der extremen Rechten häuft. Die auf Flugblättern gestreute Eigenbehauptung, man sei »ein Zusammenschluss rechtschaffener Menschen aus allen Bevölkerungsschichten«, war ideologisch verbrämter Nepp. Später, vor Gericht, schilderten Angeklagte auch sektenartige Züge und illustrierten mit vielen Anekdoten eine potemkinsche Scheinwelt – wie im Falle von Mario Benkert, der die »Abteilung Recht« leitete, aber kein Jurist, sondern Klempner sei.
An der Ernsthaftigkeit des Unterfangens, für das im Stile des bis heute anhaltenden Bürgerwehr-Trends auch das Widerstandsrecht des Grundgesetzes in Anspruch genommen wurde, ändert das nichts. Nach der Auflösung des DPHW entstanden Nachfolgestrukturen: Im Landkreis Leipzig das »Deutsche Bürger Hilfswerk« (DBHW), in Westsachsen und Ostthüringen »Die Parteifreien Wähler« (DPFW). Auf früheren DPHW-Profilen wurde wiederholt der Anschein erweckt, insgeheim bestünden Ortsgruppen weiter sowie »Hilfswerke« für SoldatInnen und JuristInnen.

Nachspiele vor Gericht

Einige frühere AnhängerInnen des DPHW engagierten sich zwischenzeitlich bei den »Friedensmahnwachen«. Oder sie erfanden für ihre Probleme neue »Lösungen«, von denen »Reichsbürger« so oft reden: Um seinen eigenen Hof in Bärwalde vor der Zwangsversteigerung zu bewahren, vermietete Schöne ihn an eine selbst gegründete »Jüdische Gemeinde«, vertreten durch seinen Intimus Thomas Uwe Wetzig. Der wiederum geriet im September 2014 in Dresden in eine Verkehrskontrolle, flüchtete und zerrte einen halb im Wagen hängenden Beamten anderthalb Kilometer mit.
Die Ermittlungen gegen das DPHW hielten länger an, als die Gruppe existierte. Während die sächsische Verfassungsschutz-Behörde nur von einer Handvoll aktiver Personen ausging, richtete sich das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Dresden gegen 19 mutmaßliche Führungsmitglieder wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung. Die Auswertung von Asservaten, darunter InteressentInnen- und Mitgliederlisten, brachte das Ausmaß ans Licht: Bis zu 400 Personen, vorrangig aus Sachsen, sollen Beitrittserklärungen abgegeben haben. Gegen etliche wurde deshalb zeitweise wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung ermittelt.
Der Vorwurf wurde fallen gelassen, was im Großen und Ganzen nicht ins Gewicht fällt: Seit Beginn des Jahres 2012 wurde gegen den gleichen Personenkreis – darunter übrigens einige WaffenbesitzerInnen – allein durch sächsische Staatsanwaltschaften über 600 Ermittlungsverfahren wegen verschiedenster Delikte eingeleitet, von Steuerhinterziehungen bis hin zu einer fahrlässigen Tötung. Teils handelt es sich um sogenannte Mehrfach- und IntensivtäterInnen. Ein Merkmal, das auch zutrifft für einen erheblichen Teil der »mittleren dreistelligen Zahl« an Personen, die in Sachsen nach jüngsten Angaben den »Reichsbürgern« angehören sollen.
Insgesamt dreizehn Mitglieder und UnterstützerInnen der Führungsclique des DPHW wurden ab Ende 2015 unter anderem wegen Freiheitsberaubung vor dem Amtsgericht Meißen angeklagt. Sie erhielten Haftstrafen zwischen zehn und 30 Monaten, die nur in einem Falle zur Bewährung ausgesetzt wurden. Volker Schöne tauchte vorher unter, wurde zwischenzeitlich mit internationalem Haftbefehl gesucht. Er wurde schließlich in Dresden gefunden, mit verändertem Aussehen und ohne Personaldokumente. Sein Urteil: 25 Monate Gefängnis. Wie alle anderen, denen eine Haftstrafe blüht, ging er in Berufung. Ausgerechnet er hatte Erfolg, die Strafe wurde auf anderthalb Jahre abgemildert und zur Bewährung ausgesetzt. Die Staatsanwaltschaft ist in Revision gegangen, über die derzeit noch nicht entschieden ist. Erst dann soll auch über die restlichen Berufungen befunden werden, bis dato ist kein einziges Urteil rechtskräftig. Gar nicht belangt wurden unter anderem DPHW-Mitgründer Mario Benkert, der zeitweilige Pressesprecher Holger Fröhner und weitere Funktionäre.
Von einer Läuterung kann bei Schöne bis heute keine Rede sein. Im Oktober 2016 stand er wieder vor Gericht, wegen versuchter Nötigung und Amtsanmaßung kassierte er ein halbes Jahr ohne Bewährung. Grund: Um sein Haus in Bärwalde zu retten, bediente er sich nicht nur einer fiktiven jüdischen Gemeinde, sondern konterte mit Millionen-Forderungen, die er an Amtspersonen schickte, teils an deren Privatadressen. Um seinen erfundenen Forderungen Nachdruck zu verleihen, war er diesmal nicht als Polizist aufgetreten, sondern als Notar.

»Nichts passiert …«

Die sächsische Staatsregierung hat die »Reichsbürger« trotz Warnungen verharmlost.

von Volkmar Wölk

Die »Reichsbürger«, die Waffen, die Behörden – eine unendliche Geschichte. »Endlich«, so freute sich die hessische SPD-Landtagsabgeordnete Lisa Gnadl im Februar 2017, »wacht der CDU-Innenminister beim Thema Reichsbürger auf«. Hessen ist damit weiter als Sachsen. Doch die Freude wird getrübt, denn der Innenminister Peter Beuth (CDU) hatte lediglich eine parlamentarische Anfrage zum Thema beantwortet. »Aber wieder einmal musste etwas passieren, ehe er sich rührt«, kritisiert Gnadl. Tausendmal ist was passiert – durch die »Reichsbürger«. Doch tausendmal ist nichts passiert – durch die Staatsregierung. Erst nachdem im Oktober 2016 ein »Reichsbürger« im bayerischen Georgensgmünd einen Polizisten erschossen hatte, fingen die Behörden in Sachsen an, das Thema nicht mehr zu leugnen oder zu verharmlosen.

Zahlenspielerei

Das Vorgehen der sächsischen Behörden war nahezu identisch mit dem in Hessen. »Im unteren zweistelligen Bereich« lägen die Zahlen von »Reichsbürgern«, behauptete die hessische Landesregierung nach dem tödlichen Schusswechsel in Georgensgmünd. Im Dezember 2016 war die Zahl schlagartig auf 400 AnhängerInnen gestiegen, im Februar sogar auf 600 geklettert. Gehen wir davon aus, dass die offiziellen Zahlen weiter in die Höhe schnellen werden, weil man in Hessen, Sachsen und anderswo jetzt endlich anfängt, das Problem zu erfassen.

Seit der Schießerei in Georgensgmünd im Oktober 2016 häufen sich Berichte über »Reichsbürger«, über Straftaten, ihre Bewaffnung und die Schwierigkeiten der Behörden, einen angemessenen und wirkungsvollen Umgang mit ihnen zu finden. Dass ein Lehrer an einem Berufskolleg in Essen seit Jahren die Thesen der »Reichsbürger« verbreitet und nach längerer Zeit von der Schulleitung suspendiert wurde, dann aber doch umgehend von der Schulaufsicht wieder eingesetzt wurde, ist in seiner Widersprüchlichkeit beispielhaft. Widersprüchlichkeit kann man der sächsischen Staatsregierung in Sachen »Reichsbürger« nicht unterstellen. Hier gilt seit jeher, dass es dieses Problem gar nicht gibt. Und wenn es nicht zu übersehen ist, werden die Augen fest geschlossen.

Äpfel oder Birnen?

Bereits seit 2004 sind die Aktivitäten der »Reichsbürger« Thema im sächsischen Landtag. In einer Großen Anfrage der Fraktion »Die Linke« an die Landesregierung wurde damals erstmals Auskunft über diese Szene verlangt. Dafür wurde auch auf Gerichtsverfahren verwiesen, die zuvor in Borna und Grimma stattfanden. Gleichwohl hieß es in der Antwort der Regierung: »Bisher wurde lediglich ein Ermittlungsverfahren gegen ein Mitglied der ‹Reichsbürgerbewegung› bei den Staatsanwaltschaften des Freistaates Sachsen eingeleitet; über mehrere Anzeigenprüfvorgänge ist noch nicht entschieden.«

Ein Widerspruch? Nein, denn die Definition sei entscheidend, so die Behörden. Deshalb wurde den Fragenden vorgeworfen, dass sie nicht zwischen »Reichsbürgerbewegung« und »Kommissarische Reichsregierung« unterschieden: »Die ‹Reichsbürgerbewegung› kann ausschließlich mit den Aktivitäten des Horst Mahler in Verbindung gebracht werden. Der Begriff ‹Reichsbürger› ist hingegen eine nicht nur bei Mahler und seinen Gesinnungsgenossen gebräuchliche Floskel, sondern wird auch von der ‹Kommissarischen Reichsregierung› (KRR) verwendet. Zwischen beiden Personenzusammenschlüssen bestehen keine Verbindungen.« Übersetzt heißt das: Die Staatsregierung unterscheidet ordentlich zwischen Äpfeln und Birnen, zählt diese jeweils einzeln, damit sie nicht unter Kernobst zusammengefasst und eventuell um andere Obstsorten ergänzt werden.

Wirklich keine Kenntnisse?

Geradezu erschütternd sind auch andere Antworten. Die Zahl der »Reichsbürger« war 2004 angeblich nicht bekannt –- folglich auch nichts über ihre Entwicklungstendenz oder über regionale Schwerpunkte. Auch seien keine Veranstaltungen und Demonstrationen »im Namen der Reichsbürgerbewegung« angemeldet worden. Letzteres war auch kaum zu erwarten – deswegen war nach der Durchführung von Veranstaltungen durch PropagandistInnen dieser Bewegung gefragt worden. Höhepunkt des Nicht-Wissens: Verbindungen zwischen der Bewegung der »Reichsbürger« und dem Geschichtsrevisionismus lägen nicht vor, meinte Sachsens Regierung.

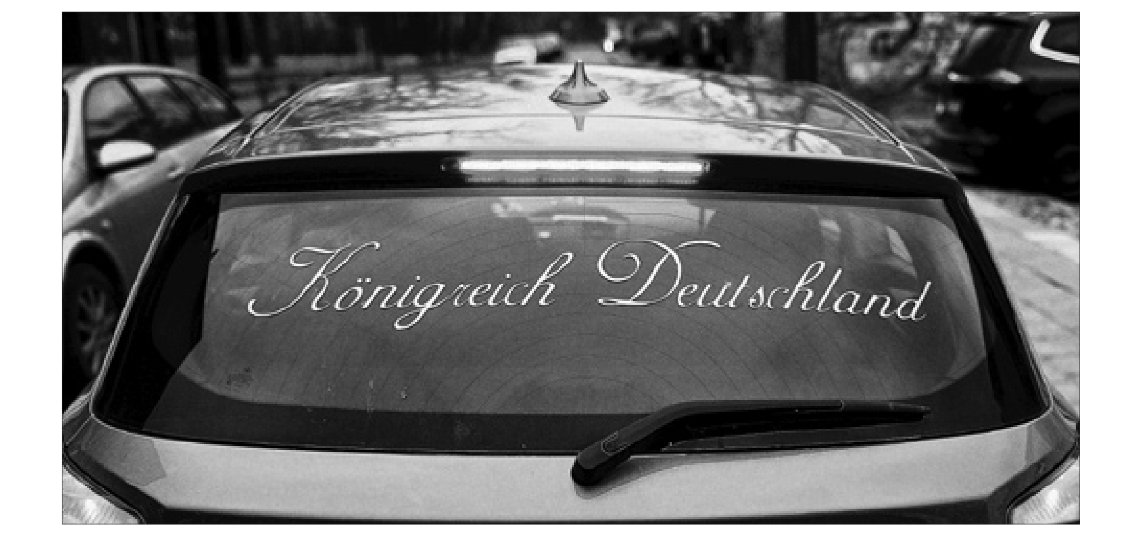
An dieser Verharmlosung des Problems änderte sich auch nichts nach der »Verhaftung« eines Gerichtsvollziehers durch Mitglieder des »Deutschen Polizei Hilfswerkes« (DPHW) in der Nähe von Meißen. Der durch einen Funktionär der »Deutschen Polizeigewerkschaft« (DPolG) 2012 gegründete Verein, der sich an der Ideologie der »Reichsbürger« orientierte, soll rund 100 Mitglieder gehabt haben. Allerdings wurde im Zusammenhang mit dem erwähnten Übergriff gegen 292 Beschuldigte ermittelt, 60 Personen wurden mehrfache Straftaten vorgeworfen, darunter Nötigung, Freiheitsberaubungen sowie Bedrohungen und Erpressungen. Nach Einschätzung der Abgeordneten Kerstin Köditz (Die Linke) befanden sich unter den Beschuldigten »offenbar etliche Intensivtäter«.

Spätere Razzien im Zusammenhang mit dem DPHW hätten damals bereits deutlich machen müssen, dass Waffen in diesem Spektrum ein erhebliches Problem sind. Doch noch war ja nichts passiert. Inzwischen wird die Gefahr nicht einmal mehr vom sächsischen Innenminister Markus Ulbig (CDU) bestritten. Stattdessen legt jetzt der Bundesrat wegen der »Reichsbürger« einen Gesetzesentwurf für ein neues Waffenrecht vor. Künftig soll der Waffenschein auch solchen Personen versagt werden können, für die den Behörden eine »auf Tatsachen gestützte Prognose« vorliegt, dass sie sich künftig einmal extremistisch betätigen werden. Nun wird also die Kristallkugel zum Ermittlungsinstrument. Was die »Reichsbürger« so alles schaffen!

Daheim im Reich

Deutschlands bekanntester »Reichsbürger« kommt aus Sachsen-Anhalt – der selbsternannte »König von Deutschland«. Doch er ist in dem Bundesland nicht allein.

von Dieter Haupt



Wer im Internet nach dem Begriff »Königreich Deutschland« sucht, wird schnell fündig. Bis vor kurzem residierte der selbsternannte Herrscher und »Oberste Souverän« Peter Fitzek – im bürgerlichen Leben ist er gelernter Koch – in der Lutherstadt Wittenberg. Dort hielt er mit seinen AnhängerInnen auf einem ehemaligen Krankenhausgelände Hof und ließ sich zum König ausrufen. Neben einer eigenen Krankenkasse hatte er auch eine eigene Bank gegründet, die unter den Augen der Öffentlichkeit ihre Pforten in der Wittenberger Innenstadt öffnete. Inzwischen ist das Königreich Fitzeks jedoch perdu, er selbst steht vor Gericht. Große Teile des in seine Bank eingelegten Geldes sind spurlos verschwunden.

»König« in Haft

Jahrelang galt für Fitzek so etwas wie Narrenfreiheit. Er fuhr ohne Führerschein Auto und betrieb ein Gewerbe ohne Gewerbeschein. Die zuständigen Behörden verwiesen auf zu klärende Zuständigkeiten und taten sich schwer, Fitzek in die Schranken zu weisen. Derweil führte er »Spiegel TV« und andere Medien durch sein Reich und schwadronierte von der Errichtung eines wahren Staates. Politik und Medien galt Fitzek als Querulant und Spinner mit Nervfaktor, aber letztlich als harmlos. Manche hielten ihn für ein Maskottchen der »Reichsbürger«-Szene. Dass Fitzek zu Beginn der 2000er Jahre antisemitische Schriften auf Veranstaltungen bewarb und in seinem Esoterik-Laden in Wittenberg rechte Literatur anbot, erfuhr die Öffentlichkeit dagegen nicht.

»Staat Ur«

Reuden ist ein Ortsteil der Stadt Zerbst in Sachsen-Anhalt. Hier war der »Staat Ur« ansässig. Gebieter dieses angeblichen Staates, der die Größe eines Einfamilienhauses nebst Grundstück umfasste, war Adrian Ursache. Der Mann, der einmal »Mister Germany« war, bestreitet, ein »Reichsbürger« im engeren Sinn zu sein. Im August 2016 ließ Ursache einen Streit um eine Zwangsvollstreckung bis zu einem Schusswechsel zwischen ihm und der Polizei eskalieren. Zuvor waren mehrere Anläufe der Behörden, ihm Vollstreckungsmaßnahmen anzukündigen, nicht umgesetzt worden. Für einen angekündigten Räumungstermin seines Grundstückes hatte er seine AnhängerInnen mobilisiert, auf seinem Grund zu zelten, um ihn zu unterstützen. Doch zur Räumung kam es an diesem Tag nicht. Stattdessen entwickelte sich am 24. August 2016 rund um das Grundstück ein regelrechtes Happening. Eingefunden hatten sich zahlreiche UnterstützerInnen. Doch nicht nur AnwohnerInnen stärkten Adrian Ursache den Rücken, sondern auch Neonazis aus der Region und die bundesweit vernetzte Szene der »Reichsbürger«. Unter ihnen auch Wolfgang P., der wenig später im bayerischen Georgensgmünd auf Polizisten schoss, einen Beamten tötete und drei weitere verletzte. Die regionale Neonazi-Szene war, wie AntifaschistInnen recherchierten, unter anderem durch den NPD-Kader Steffen Thiel aus dem Burgenlandkreis vertreten. Während Ursache umringt von UnterstützerInnen Interviews gab, tummelten sich im Hintergrund Neonazis wie Martin Christel, Inhaber des Black Metal Versands »Pesttanz Klangschmiede«, aber auch Ronald Pieper, der noch 2009 für die NPD in Eisleben Wahlkampf machte und jetzt als »Kommissar« im erfundenen »Amt für Menschenrechte Lutherstadt Eisleben« agiert. Seit Ursache seiner Räumung im vergangenen Jahr mit Waffengewalt entgegentrat, gilt er in der Szene als Kultfigur. Ein Video, das ihn in einem Wortgefecht mit der Polizei zeigt, war zwischenzeitlich zum Youtube-Hit aufgestiegen.

Antisemitischer Druide

Die letzten Nachrichten von »Reichsbürgern« aus Sachsen-Anhalt betreffen den selbsternannten »Druiden« Burkhard Bangert (»Burgos von Buchonia«). Er ist jedoch kein harmloser Miraculix, sondern offenbar ein rasender Antisemit mit Vernichtungsphantasien. In der Nähe von Querfurt soll er sich längere Zeit auf einem Gehöft aufgehalten haben, auf dem die Generalbundesanwaltschaft im Januar 2017 eine Durchsuchung wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung anordnete. Offenbar wurde auch hier nach Waffen gesucht.

Verharmlost

Die Szene der »Reichsbürger« ist mit diesen genannten Beispielen nicht hinreichend beschrieben. In Stendal wurden Polizisten vom Dienst suspendiert, da sie als »Reichsbürger« agierten. Ob es dem Innenministerium gelingt, die Entlassung der Polizisten aus dem Beamtenstatus zu erreichen, ist derzeit noch offen. Die Sicherheitsbehörden haben die Szene über Jahre gewähren lassen und öffentlich verharmlost. Insbesondere die ideologische und organisatorische Bindung an die extreme Rechte wurde lange unterschätzt oder sogar geleugnet. Dass in dieser schillernden Szene gewaltbereite AntisemitInnen, Neonazis und RassistInnen den Ton angeben, und es ihnen politisch um mehr geht, als den skurrilen Schein der Märchenwelt à la Peter Fitzek, ist inzwischen klar.

Szenen einer Radikalisierung

Vom PEGIDA-Anhänger zum Terrorverdächtigen: Ein 35-Jähriger aus Braunschweig soll zum Netzwerk um den »Druiden« Burghard Bangert gehören.

von David Janzen



Markus Jäkel als Redner

Die Bundesanwaltschaft verdächtigt Markus Jäkel aus Braunschweig, sich an der »Bildung einer terroristischen Vereinigung« beteiligt zu haben. Er soll zur »rechtsextremistischen Vereinigung« um den »Druiden Burgos von Buchonia« alias Karl Burghard Bangert gehören. In einem Interview mit dem NDR-Magazin »Panorama 3« zeigt sich der 35-jährige Braunschweiger recht redselig. Zu den Vorwürfen, die Gruppe habe »Angriffe auf Polizisten, als Repräsentanten des Staates, Asylsuchende und Menschen der jüdischen Glaubensgemeinschaft« geplant, sagt er: »Das ist Quatsch, also die Leute, die ich da überhaupt kenne, die sind alles friedliche Menschen. Die sind natürlich wütend so, weil die halt merken, dass hier Vieles halt in der Politik ziemlich verkehrt läuft (...) Ja, wir haben uns einfach nur ein bisschen ausgetauscht ne, so, also so über was machen wir im Krieg, mit welchen Sachen bevorraten wir uns.«

Gegen »Judenfreunde«

Ganz so friedliebend und harmlos, wie Jäkel es gern darstellen möchte, sind aber weder der rauschebärtige »Druide«, noch dessen AnhängerInnen: Bei einer Razzia am 25. Januar 2017 gegen die Gruppierung wurden auch Waffen und Sprengstoff gefunden. Bangert und Thiemo B. sitzen deshalb seitdem in Untersuchungshaft. Und auch Markus Jäkel ist weder so naiv noch so harmlos, wie er nach außen wirkt. Im russischen Netzwerk »VK.com«, einem Tummelplatz von Neonazis und »Reichsbürgern«, zeigt er ein ganz anderes Gesicht. Unter dem Pseudonym »Else Schlagmichtot« fordert er dort die »Vernichtung« aller »Zionisten«, wettert gegen »Rassenvermischung«, lobt Reden von Adolf Hitler und ruft zur »Solidarität« mit der verurteilten Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck auf. Auch PEGIDA-AnhängerInnen sind für ihn nur »Judenfreunde«, hinter denen »Strategien der Zionisten« stünden. In einer Diskussion über islamistische Terroranschläge äußert er: »die Terroristen mögen selbst vlt Musels sein – aber wer lenkt sie? Am Ende steht immer ein zionistischer Jude dahinter! Von mir aus können auch alle Musels ausgerottet werden.« Nach den Razzien warnt er: »lasst Euch nicht von Angstpolitik unterkriegen! Haltet fest zusammen und bringt Eure Sachen in Sicherheit, Festplatten kopieren! Meldet Euch bei mir, wenn Ihr mehr wisst über Burgos und die anderen, die durchsucht wurden!«

Aufmarsch-Redner

Aufgefallen ist Markus Jäkel das erste Mal Anfang 2015 als Teilnehmer der montäglichen »Abendspaziergänge« des PEGIDA-Ablegers »Braunschweig gegen die Islamisierung des Abendlandes« (BRAGIDA). Hier erschien er zunächst als harmloser Mitläufer, der stets mit einer Fahne und einer Tröte in den Farben schwarz-rot-gold mitlief. Doch bald trat er als Redner bei einer Kundgebung der neonazistischen Partei »Die Rechte« und bei PEGIDA Hannover auf, nahm am »Trauermarsch« der Neonazi-Szene in Bad Nenndorf teil und besuchte das RechtsRockfestival »Eichsfeldtag«. In seinen Reden äußerte er, dass er »gar nicht Nazi genug sein« könne, wetterte gegen »Lügenpresse« und »Meinungsdiktatur«, forderte dazu auf, »Listen« mit »Volksverrätern« anzulegen und erklärte, dass er die »sogenannte christliche Kirche am liebsten weltweit enteignen« würde. Zum Schluss einer Rede bei PEGIDA Hannover fordert er: »Unsere korrupte Regierung wird nicht durch Parteien abgeschafft, sondern durch mutige Widerstandskämpfer (...) Es reicht nicht mehr zu klagen, wir müssen kämpfen!« Jäkel gehörte zu den Gründern einer Gruppe, die sich »Hannover in Bewegung« nannte, allerdings nach kurzer Zeit wieder einschlief. Zuletzt beteiligte er sich an Kundgebungen der NPD im Frühjahr 2016 in Stade und Goslar sowie an einem Aufmarsch von Neonazis und rechten Hooligans am 9. April 2016 in Magdeburg. Als am 9. August 2016 bei einer AfD-Wahlkampfveranstaltung auf dem Braunschweiger Schlossplatz Björn Höcke auftrat, war auch Jäkel unter den ZuschauerInnen.

Vernetzt im Netz

Markus Jäkel ist ein Beispiel dafür, wie sich auch durch die Dynamik von Bewegungen wie PEGIDA Personen in kürzester Zeit radikalisiert haben, die zuvor in Zusammenhang mit extrem rechten Aktivitäten oder Gruppierungen nicht auffielen. Eine große Rolle spielt dabei die Vernetzung und der Austausch in Sozialen Netzwerken, deren »Filterblasen« wie ein radikalisierender Verstärker wirken. Während er in den Kreisen der »klassischen« neonazistischen Szene aufgrund seiner von Vielen als eher anstrengend wahrgenommenen Persönlichkeit und Gerüchten über seine sexuelle Orientierung nicht wirklich Fuß fassen konnte, fand er im Netz zuletzt neue Gleichgesinnte. Und hier findet sich unter seinen Kontakten ein virtuelles Netzwerk, das nicht nur die AnhängerInnen des »Druiden Burgos von Buchonia« umfasst, sondern über alle möglichen Spektren, von den »Reichsbürgern« über rechte EsoterikerInnen, SelbstversorgerInnen, ImpfgegnerInnen, AnhängerInnen der Truther-Bewegung, Holocaust-LeugnerInnen, klassische Neonazis, PEGIDA-AnhängerInnen, Putin-Fans bis hin zu OrganisatorInnen der »Montagsmahnwachen für Frieden« reicht. Hier vernetzen und tauschen sich Personen und Gruppierungen aus, die, wie der »Druide« und seine AnhängerInnen, schnell als »Spinner« abgetan werden und deren zunehmende Radikalisierung und Gefährlichkeit deshalb bisher kaum wahrgenommen wurde.

Skurril, gefährlich und rechts

von Toni Brandes und Ernst Kovahl

Bei allen ideologischen Unterschieden der Strömungen einigt die Szene der »Reichsbürger« ein reaktionäres und verschwörungstheoretisches Weltbild sowie ein positiver Bezug auf ein »Deutsches Reich in den Grenzen von 1937« – von der scheinbar harmlosen Spinnerei bis zu knallhartem Antisemitismus und der Holocaust-Leugnung. Die Szene ist bisher zu wenig erforscht und beleuchtet. Sie ist zu vielschichtig und zu unübersichtlich, um allein ihre Aktivitäten und Schattierungen der letzten Monate bundesweit repräsentativ darstellen und dokumentieren zu können. Wir stellen sechs beispielhafte Fälle vor:

Salzwedel

Mitte Oktober 2016 wurde die Wohnung eines Ehepaars in Salzwedel wegen des Verdachts auf Anbau von und Handel mit Betäubungsmitteln von einem Spezialeinsatzkommando der Polizei durchsucht. Der Verdächtige war in der Vergangenheit unter anderem wegen Gewalttaten aufgefallen. Auch hatte er sich unter dem Hinweis auf seine Ablehnung der bundesdeutschen Zuständigkeiten und Autoritäten – eine gängige Argumentation der »Reichsbürger« – gegen polizeiliche Maßnahmen gewehrt. Bei der Hausdurchsuchung wurden etwa 100 Gramm Marihuana gefunden. Der Mann soll sich gegen die Polizei gewehrt und ein Beil auf die Beamten geworfen haben. Wenige Tage später weigerte sich das Paar bei einem Besuch im kommunalen Bürgercenter, seinen Hund anzumelden und lieferte sich ein Handgemenge mit den Angestellten und der Polizei. Die Vorfälle wurden in der Lokalpresse publiziert. Daraufhin erschien die Frau in einer Zeitungsredaktion und beschwerte sich unter Beschimpfungen und Beleidigungen darüber, sie und ihr Ehemann seien als »Reichsbürger« bezeichnet worden.

Hannover

Ein 37-jähriger Hannoveraner weigert sich seit Mitte 2013, seine Beiträge zur Pflegeversicherung zu bezahlen. Gegen die aufgelaufenen Bußgeldbescheide argumentiert er, das Grundgesetz sei seit 1990 ungültig und es existiere kein völkerrechtlich anerkannter deutscher Staat, sondern nur noch das frühere »Deutsche Reich«, in dem es nie ein Ordnungswidrigkeitengesetz gegeben habe. Und weiter: Das »Vertragsangebot« in Form eines Bußgeldbescheides lehne er als »Hochverrat gegen die Bürger des Deutschen Reiches« durch die Stadtverwaltung ab.

Aerzen

Ende Dezember 2016 weigerte sich ein 57-Jähriger in Aerzen (Landkreis Hameln-Pyrmont) bei einer Verkehrskontrolle seinen Ausweis vorzulegen. Der »Reichsbürger« war nicht mehr im Besitz von Ausweispapieren, da er diese unaufgefordert an die Ämter zurückgeschickt hatte. Im weiteren Verlauf der Kontrolle kam es zu einem Gerangel, der 57-Jährige versuchte zu fliehen.

Hannover

Anfang Januar 2017 verhängte das Amtsgericht Hannover gegen ein »Reichsbürger«-Ehepaar einen Strafbefehl über 160 Tagessätze à 50 Euro, weil sie für die Jahre 2010 bis 2012 keine Steuererklärungen abgegeben hatten. Gegen das Ehepaar wurde wegen Steuerhinterziehung ermittelt. Die Frau hatte nach der offiziellen Aufgabe ihre Massagepraxis weiter betrieben und das Ehepaar hatte dem Finanzamt Mieteinkünfte aus Immobilienbesitz vorenthalten. Zwar hatten die beiden die Steuerschuld für 2010 bis 2012 beglichen, aber für die Folgejahre keine Meldung über ihre Einkünfte abgegeben. Das Ehepaar erschien nicht zum Verhandlungstermin, ihr Sohn äußerte seinen Unmut über den »Terror von Polizei und Staatsanwalt«. Gegen den Strafbefehl können die beiden Einspruch erheben.

Bremen

Mitte Februar 2017 hat das Sozialgericht Bremen die Forderung eines Bremers nach Unterhaltszahlungen abgelehnt. Der Mann hatte bereits versucht, Unterhaltszahlungen vom Versorgungsamt Bremen zu erhalten. Der 39-jährige »Reichsbürger« argumentierte, er sei als »Kriegsgefangener« auf »besetztem Gebiet« und daher wie ein Soldat der »Besatzungsarmee« zu behandeln. Somit habe er Anspruch auf Sold von mindestens 2.000 Euro brutto im Monat. Der Antrag wurde abgelehnt. Daraufhin reichte der Mann Klage vor dem Sozialgericht ein. Dieses erklärte sich jedoch für nicht zuständig und ordnete an, der Kläger habe die Gerichtskosten in Höhe von 12.000 Euro zu zahlen. Wie es in dem Fall weitergeht, entscheidet das zuständige Verwaltungsgericht.

Kaufbeuren

Ende März 2016 stand Manuela H. vor dem Amtsgericht Kaufbeuren. Der 49-Jährigen, die bereits wegen unerlaubten Handels mit Betäubungsmitteln, Fahren ohne Fahrerlaubnis und Trunkenheit im Verkehr mehrere Verurteilungen – darunter auch Haftstrafen – hat, stand wegen vorsätzlichem Fahren ohne Fahrerlaubnis vor Gericht. Im Vorfeld der Verhandlung wurde das Gericht im Duktus der »Reichsbürger« angegangen. Die Ladung wurde als »Einladung« bezeichnet, die mittels »Rechtsausführungen« zurückgewiesen wurde. Zusätzlich wurde gegen das Amtsgericht Klage vor dem fiktiven »International Common Law Court of Justice« in Wien eingereicht, inklusive einer dreistelligen Gebühr. Zu dem Gerichtstermin fanden sich UnterstützerInnen der Angeklagten im Gerichtssaal ein. Weder Richterin noch Staatsanwalt oder JustizbeamtInnen schafften es, den durch Zwischenrufe und Applaus entstehenden Tumult zu beenden. In dem Durcheinander gelang es einem der Unterstützer, die Verfahrensakte vom Tisch der Richterin zu entwenden und der Angeklagten zuzuwerfen. Die Akte verschwand im Gemenge. Auch die zur Hilfe gerufene Polizei war nicht in der Lage, die Akte zu sichern. Sie blieb verschwunden. Der Prozess wurde schließlich in Abwesenheit von Manuela H. fortgeführt, sie wurde zu einer Freiheitsstrafe von acht Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Ob die Angeklagte gegen das Urteil vorgehen wird, ist nicht bekannt.

Für immer ein »Reich«

von Toni Brandes und Ernst Kovahl



Die aktuelle Aufmerksamkeit, die den »Reichsbürgern« zuteil wird, speist sich aus einer unglaublichen Bandbreite an begangenen Taten. Angefangen bei den tödlichen Schüssen gegen Polizeibeamte in Bayern über schwerste Körperverletzungen, Amtsanmaßungen, Steuerhinterziehungen bis hin zum Nicht-Anerkennen des Staates in dem sie leben – und für die BeamtInnen unter ihnen – des Staates, der sie bezahlt und dem sie dienen. Auch wenn Staat und Medien erst seit kurzem auf die »Reichsbürger« aufmerksam werden, so ist die Bewegung nicht neu. Der mystisch und mythologisch aufgeladene – und demzufolge also recht beliebig interpretierbare – Begriff des »Reichs« hatte in den 1920er Jahren durch die Veröffentlichung des Buches »Das dritte Reich« des »konservativen Revolutionärs« Arthur Moeller van den Bruck größere Verbreitung gefunden. Auch wenn die Bezeichnung »Drittes Reich« vom Nationalsozialismus selbst verwendet wurde – eine definierte Umschreibung oder Darstellung gab es nicht. Und wenn das »Dritte Reich« im weiteren Verlauf gegenüber den Begriffen des »Tausendjährigen Reichs« und des »Großdeutschen Reichs« in den Hintergrund traten, war der Bezug auf ein »Reich« den alten und später den neuen Nazis weiterhin wichtig.

Im Narrativ der »Reichsbürger« existiert das »Deutsche Reich« weiterhin. Die bedingungslose Kapitulation Nazi-Deutschlands am 8. Mai 1945 betraf in dieser Lesart der Geschichte ausschließlich die Wehrmacht. Die damalige Reichsregierung unter Großadmiral Karl Dönitz sei von den Alliierten völkerrechtswidrig verhaftet und abgesetzt worden. Demzufolge seien alle folgenden Staatsformen »illegal«. Zusätzlich sei das Gebiet des »Deutschen Reichs« durch die Alliierten weiterhin besetzt, glauben die »Reichsbürger«. Wie schon ihre Selbstbezeichnung deutlich macht, erkennen sie Deutschland in seiner heutigen Form nicht an und berufen sich weiterhin auf das »Deutsche Reich« – vorzugsweise in den Grenzen von 1937. Dabei können sie auf juristische Ausführungen von früheren Anwälten, wie zum Beispiel Horst Mahler, zurückgreifen. Ideologisches Rüstzeug gibt es von dem Ende Januar 2017 verstorbenen Hans-Dietrich Sander – unter anderem Gründer und Herausgeber der »Staatsbriefe« (1990 bis 2001) – und von Reinhold Oberlercher, der dem 1994 gegründeten »Deutschen Kolleg« verbunden ist. Die Organisation hatte bereits 1999 einen Reichsverfassungsentwurf für ein »Viertes Reich« veröffentlicht.

Die »Reichsbürger« sind gespalten und teils verfeindet. Mehrere »Exilregierungen« erheben den Anspruch auf das »Deutsche Reich«, mindestens zwei verschiedene Organisationen tragen aktuell den Namen »Freistaat Preußen« und bei anderen Strukturen weiß man kaum, ob es sie nur im Internet oder im Kopf eines selbstgekrönten »Reichskanzlers« gibt. Ebenso ausdifferenziert ist die ideologische Ausrichtung der Gruppen. Es ist schwer, den Überblick zu behalten – zumal manche Gruppen zeitweise inaktiv sind oder teils gleich lautende Namen tragen. In einem knappen Überblick stellen wir hier einige Strukturen vor, die explizit Positionen der extremen Rechten oder des Neonazismus vertreten oder die eine Mischung aus originär neonazistischer Ideologie und den Ideen der »Reichsbürger« verbreiten. Einige von ihnen waren frühe und bis heute einflussreiche Stichwortgeber der Szene.

»Deutsches Kolleg« (DK)

Das DK war eine der früh relevanten Gruppen der »Reichsbürger«-Szene. Es wurde 1994 als Nachfolgestruktur des Berliner Lesekreises der neurechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« durch Reinhold Oberlecher gegründet. Zum DK gehörte als zweiter einflussreicher Kopf Horst Mahler. Das DK ist antisemitisch und bezieht sich positiv auf den Nationalsozialismus. Regelmäßige Treffen finden in Mosbach (Thüringen) statt. Die Gruppe war jüngst in den Schlagzeilen, weil ihm ein Gesellschafter des Chemie- und Pharma-Konzerns »Merck« angehört. Das DK arbeitet an einem »Vierten Reich« und versteht sich als »Schild und Schwert des Deutschen Geistes«.

»Neue Ordnung« (NO)

Anführer der NO ist der Neonazi und frühere NPD-Aktivist Meinolf Schönborn, der die verbotene »Nationalistische Front« mit gründete. Zuletzt wandte er sich den »Reichsbürgern« und der Szene der Holocaust-LeugnerInnen zu und gründete Ende 2009 die NO. Veranstaltungen der Organisation, wie das »Lesertreffen« seiner Zeitschrift »Recht & Wahrheit«, fanden in Ilfeld im Harz (Thüringen) und in Schwarzenborn (Hessen) statt. Die Organisation schreibt, in ihr träfen sich »durch den Reichsgedanken und durch den Willen zum Widerstand gegen Verwahrlosung, Landnahme durch Migranten und durch die über 66 jährige Fremdherrschaft zusammengefügte freiheitsliebende Deutsche, die noch Deutsche sein wollen«.



»Freistaat Preußen« (Verden)
In Niedersachsen hat in Verden/Aller ein 1995 gegründeter »Freistaat Preußen« seinen Sitz. »Staatspräsident« ist der frühere NPD-Stadtrat Rigolf Hennig. Die Gruppe gab die antisemitische Zeitschrift »Stimme des Reiches« heraus und ist Teil des Netzwerkes von Holocaust-LeugnerInnen. Die Organisation wird seit Jahren vom Verfassungsschutz in Bund und Ländern beobachtet. Hennig ist auch Funktionär der »Europäischen Aktion«, einer antisemitischen und geschichtsrevisionistischen Organisation mit ideologischen Einschlägen der »Reichsbürger«.

»Freistaat Preußen« (Bonn)
Ein anderer »Freistaat Preußen« betreibt in Bonn seine »Zentralverwaltung« und nennt im Internet für einzelne »Provinzen« AnsprechpartnerInnen. Über das »Dritte Reich« heißt es, dass »die meisten Bücher sehr einseitig und verfälscht die Geschichte wiedergeben«. Der »Freistaat« organisiert Treffen und Veranstaltung. Einnahmen werden unter anderem über eigene »Führerscheine« und befristete »Aufenthaltsgenehmigungen« erzielt. Ende 2014 sollen VertreterInnen des »Freistaats« versucht haben in Luxemburg ein Sturmgewehr zu beschaffen.

»Reichsbewegung – Neue Gemeinschaft von Philosophen«
Die »Reichsbewegung« versendete Anfang Februar 2012 ein Droh- und Hetzschreiben an »alle raum-, wesens- und kulturfremden Ausländer in Deutschland, insbesondere an Türken, Muslime und Negroide (Schwarze u. Halbschwarze)«. Auf die an Jüdische Gemeinden und Moscheen bundesweit verschickten Briefe – die ein Ultimatum zum Verlassen Deutschlands enthielten – folgten im Internet weitere NS-affine Schreiben. Im März 2012 wurde die Seite offenbar aus eigenem Antrieb abgeschaltet. Im Internet kursierten noch einige Zeit Drohvideos der Gruppe.

»Exilregierung Deutsches Reich«
Knapp 60 Jahre nach der Kapitulation Nazi-Deutschlands hat sich die »Exilregierung Deutsches Reich« (nicht zu verwechseln mit der »Exil-Regierung Deutsches Reich«) als selbsternannte Regierung in Hannover gegründet. In ihr sind etwa 25 Personen organisiert. Sie finanziert sich über den Vertrieb eigener »Ausweis« und »Führerscheine«. Politisch will die »Exilregierung« das »Deutsche Reich« in den Grenzen von 1937 auferstehen lassen. Die Bundesrepublik sei ein »Besatzungskonstrukt«. Auf der Internetseite der »Exilregierung« werden antisemitische und rassistische Verschwörungstheorien veröffentlicht. Die »Exilregierung« wird seit Jahren vom Verfassungsschutz in Bund und Ländern beobachtet.

»Volk in Bewegung – Der Reichsbote«
Herausgeber der Zeitschrift »Volk in Bewegung – Der Reichsbote« ist der Neonazi und NPD-Funktionär Thorsten Heise. Seit 2011 erscheint das neonazistische Blatt. In ihm ging unter anderem die kurzzeitig erscheinende Publikation »Der Reichsbote. Anzeiger des Freistaates Preussen« auf, die eindeutige Bezüge zur Ideologie der »Reichsbürger« enthielt. Antisemitische und geschichtsrevisionistische Artikel finden sich bis heute in dem Blatt. »Schriftleiter« des Blattes ist Rigolf Hennig, selbst ernannter »Staatspräsident« eines »Freistaates Preußen« (s. Freistaat Preußen, Verden).

»Völkische Reichsbewegung« / »Reichsbürgerbewegung« / »Reichsbürgerbrief«
Anfang 2004 begann Horst Mahler mit der Veröffentlichung seines »Reichsbürgerbrief / Organ des Allgemeinen Volksaufstandes der Deutsche«. Das steht in einer langen Reihe seiner Bemühungen um das »Deutsche Reich«. Angefangen bei dem 1994 gegründeten »Deutschen Kolleg«, über die »Reichsbürgerbewegung« die dann in die »Völkische Reichsbewegung« überging. Ziel war immer das Schaffen einer Massenbewegung zur Errichtung eines »Vierten Reichs«. Mahler befindet sich wegen Leugnung des Holocaust in Haft.

Syrienreise mit Faschisten

Washington/USA. Die demokratische Kongressabgeordnete Tulsi Gabbard reiste am 14. Januar nach Syrien und traf dort den syrischen Präsidenten Bashar al-Assad. Bei ihrem Besuch begleiteten sie Elie und Bassam Khawam begleitet. Beide sind offizielle Vertreter der »Syrischen Sozialistischen Nationalistischen Partei« (SSNP), die 1932 im Libanon gegründet wurde und die faschistischen Parteien der 1930er Jahre in Europa zum Vorbild hat. Die SSNP verfügt über einen paramilitärischen Arm und kämpft im Syrienkrieg an der Seite von Assad. Gabbard zählt ihrerseits zu den umstrittenen Kongressabgeordneten. Zwar unterstützte sie im Wahlkampf den Kandidaten der Parteilinken Bernie Sanders. Nach der Präsidentenwahl traf sie sich jedoch als erstes Mitglied der Demokraten mit Donald Trump, um ihren Gesetzesentwurf zur Beendigung der Bewaffnung von Oppositions- und Rebellengruppen in Syrien durch die USA vorzustellen.

Personalwechsel bei »Breitbart News«

New York/USA. Am 22. Februar gab Milo Yiannopoulus seinen Rücktritt vom Posten des Technischen Redakteurs beim extrem rechten Online-Portal »Breitbart News« bekannt und kaschierte damit wohl einen offiziellen Rausschmiss. Grund war ein öffentlich gewordenes Video, in dem er von einer eigenen Missbrauchsgeschichte erzählt und im selben Zuge Sex mit Minderjährigen rechtfertigt. Diese Legitimierung von Kindesmissbrauch war selbst für seine nationalkonservativen und rechten Fans zu viel. Yiannopoulus' Beschäftigungsverhältnis bei »Breitbart News« und ein Buchvertrag wurden aufgelöst. Sein Aufritt bei der jährlichen »Conservative Political Action Conference« entfiel ebenfalls. Im Präsidentschaftswahlkampf stilisierte sich Yiannopoulus als bekennender Homosexueller britisch-griechischer Herkunft medienwirksam zum unkonventionellen Trump-Unterstützer. Er hetzte unter anderem gegen Frauen, Nicht-Weiße, JüdInnen und Muslime und bediente damit alle Ressentiments.
Stephen Bannon, ehemaliger Chef von »Breitbart News«, ist indes engster Berater von Donald Trump im Weißen Haus.

Sechsfacher Mord in Moschee

Québec/Kanada. Am 29. Januar ist ein Mann in eine Moschee in Québec eingedrungen und hat das Feuer auf die dort Anwesenden eröffnet. Sechs Menschen starben, etliche wurden verletzt. Die Polizei nahm den 27-jährigen Alexandre Bissonnette als Tatverdächtigen fest. Der Politikwissenschaftsstudent soll sich seit März 2016 radikalisiert haben, nachdem die französische Rechtspolitikerin Marine Le Pen vom »Front National« bei einem Auftritt in der Stadt gegen Flüchtlinge hetzte. Mit Mitstudierenden an der Universität Laval in Québec hatte Bissonnette wegen seiner Unterstützung von Le Pen und Donald Trump immer wieder Auseinandersetzungen. Auch soll er schon vorher Hass auf Fremde, FeministInnen und den Islam geäußert haben.

»Terroristische Ausmaße«

Stockholm/Schweden. Am 3. Februar wurden in Göteborg drei Mitglieder der »Nordischen Widerstandsbewegung« (NMR) verhaftet. Sie werden verdächtigt, im Raum Göteborg drei Bombenanschläge verübt zu haben: zwei auf Flüchtlingsunterkünfte, einen auf ein Literaturcafé. In einer Stellungnahme äußerte das Innenministerium in Stockholm, »die Gewalt habe terroristische Ausmaße erreicht«. Der schwedische Inlandsgeheimdienst »Säpo« bezeichnet Neonazigewalt als größte Bedrohung für die innere Sicherheit. Die NMR hat ihre Aktivitäten in den letzten Jahren stetig gesteigert. Ihre Mitglieder gerieren sich auch als selbsternannte OrdnungshüterInnen, die »Straßenpatrouillen« veranstalten oder in Schwimmbädern als »Sicherheitswächter« auftreten, um »nordische Frauen« vor »Ausländern« zu schützen.

Ku-Klux-Klan-Mitglied ermordet

Missouri/USA. Am 14. Februar wurde die Leiche von Frank Ancona, eines »Imperial Wizard« der »Traditionalist American Knights of the Ku-Klux-Klan« in einem Fluss im US-Bundesstaat Missouri aufgefunden. Seine Ehefrau Malissa A. und der Stiefsohn Paul Edward J. jr. sind wegen gemeinschaftlichen Mordes angeklagt. Der 24-Jährige soll den schlafenden Ancona erschossen haben; anschließend hätten beide die Leiche vom Tatort weggeschafft. Als mögliches Motiv werden ‹Eheprobleme› genannt.

Le Pen ist eine Faschistin

Paris/Frankreich. Wie das höchste französische Gericht am 28. Februar nun urteilte, darf die Präsidentschaftskandidatin des »Front National« Marine Le Pen öffentlich als Faschistin bezeichnet werden. Sie verlor in letzter Instanz einen Prozess gegen den linken Politiker Jean-Luc Melenchon. 2012 hatte er in einer Fernsehsendung gesagt: »Warum glauben Sie, dass das französische Volk das einzige Volk sein soll, das eine Faschistin an der Spitze haben will?«

Erika Steinbach trennt sich

Berlin. Am 14. Januar verkündete die Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach in einem Interview mit der »Welt am Sonntag« ihren Austritt aus der CDU. Sie war in ihren über 40 Jahren Parteimitgliedschaft zuletzt mit reaktionären Äußerungen unter anderem über den Zweiten Weltkrieg und zum Kurs der Parteivorsitzenden und Bundeskanzlerin Angela Merkel aufgefallen. Eines von Steinbachs Hauptbetätigungsfeldern war Lobbyarbeit für verschiedene »Vertriebenenverbände«. Ihre Sympathiebekundungen in Richtung der »Alternative für Deutschland« öffnen Raum für Spekulationen über die zukünftigen politischen Ambitionen der 73-Jährigen, die ihr Bundestagsmandat nicht abgeben mag und nun als fraktions- und parteilose Abgeordnete im Parlament vertreten ist.

Alle Jahre wieder

Dresden. Am 11. Februar gab es zwei Aufmärsche von Neonazis anlässlich des Jahrestages der Bombardierung von Dresden. Den Anfang machte der vorbestrafte Neonazi Gerhard Ittner. Mit wenigen anderen wollte er in die Dresdener Neustadt ziehen. GegendemonstrantInnen blockierten jedoch die Marienbrücke über die Elbe und verkürzten damit den Aufmarsch. Am Abend versammelten sich dann 650 Neonazis, die von der Polizei an Blockadeversuchen vorbeigeführt wurden. Insgesamt beteiligten sich 1.000 Menschen an den Gegenprotesten. Am 13. Februar versammelten sich schließlich 300 Personen an einer Kundgebung der »Alternative für Deutschland« auf dem Altmarkt.

Aufmarsch für Dresden

Würzburg. Für den 11. Februar hatte die Neonazipartei »Der III. Weg« zu einem Aufmarsch unter dem Motto »Ein Licht für Dresden« nach Würzburg mobilisiert. 150 Neonazis folgten dem Aufruf und versammelten sich hinter einem Transparent mit der Aufschrift »Bombenterror gegen Deutschland. Wir gedenken der Opfer!«. Während des Aufmarschs zündeten die Neonazis Fackeln und Pyrotechnik, offiziell genehmigt durch die Ordnungsbehörden. Unter den Rednern war auch Simon Lindberg, ein Vertreter der »Nordischen Widerstandsbewegung« aus Schweden. An den Gegenprotesten beteiligten sich 2.500 Menschen.

Urteile wegen Brandstiftung

Potsdam/Nauen. Am 2. Februar hat das Landgericht Potsdam den mittlerweile wegen nicht bezahlter Mitgliedsbeiträge aus der NPD ausgeschlossenen Maik Schneider wegen des Brandanschlags auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft in Nauen zu neuneinhalb Jahren Haft verurteilt. Sein Mittäter wurde zu sieben Jahren Haft verurteilt. Beide haben das Urteil des Gerichts angefochten. Der Tatvorwurf einer kriminellen Vereinigung wurde im Laufe des Verfahrens fallen gelassen.

Messerstecher

Lübeck/Berlin/Wien. In der Nacht auf den 18. Februar verklebten drei AnhängerInnen der »Identitären Bewegung« (IB) Aufkleber der Organisation in der Nähe des Lübecker Hauptbahnhofs. Bei einer folgenden Auseinandersetzung soll der IB-Sympathisant und Waffennarr Volker Z. aus Kiel mit einem Messer auf einen Antifaschisten eingestochen und diesen dabei am Hals verletzt haben. Bereits am 11. Februar verklebte ein Unbekannter Sticker an der linken Kneipe »Tristeza« in Berlin-Neukölln. Als BesucherInnen ihn zur Rede stellten, zog er ein Messer und entfernte sich rückwärtsgehend. In Wien schoss der IB-Anführer Martin Sellner am Rande des FPÖ-Akademikerballs am 3. Februar wohl aus einem Gerangel heraus mit einer Pfefferspray-Pistole auf GegendemonstrantInnen. Danach sei ihm die Waffe entrissen worden.

Razzia gegen »Freundeskreis«

Göttingen/Fretterode. Am 18. Februar durchsuchte die Polizei die Wohnungen von sechs Mitgliedern des »Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen«. Darunter das Haus von Jens Wilke, Anführer der Gruppe und NPD-Aktivist, in Reckershausen. Im thüringischen Fretterode wurde die Wohnung von Malte A. von der »Kameradschaft Eichsfeld« durchsucht, die in Besitz von Thorsten Heise ist. Bei den Razzien wurden unter anderem Messer, Schlagstöcke, eine Armbrust und ein Luftgewehr gefunden. Die Staatsanwaltschaft erhebt den Vorwurf der Bildung einer bewaffneten Gruppe.

Strategiewechsel bei LEGIDA

Leipzig. Am 10. Januar fand nach zwei Jahren der vorerst letzte Aufmarsch von LEGIDA statt. 400 TeilnehmerInnen konnte der PEGIDA-Ableger zum Abschluss noch mobilisieren. An den Gegenprotesten nahmen 2.000 Menschen teil. Als Begründung für den Rückzug aus der Öffentlichkeit werden die körperliche und finanzielle Erschöpfung sowie Drohungen gegen Mitglieder angeführt. LEGIDA möchte dennoch weiterhin aktiv bleiben und plant kleinere Veranstaltungen, wie zum Beispiel Kabarettabende. Außerdem will die Organisation die Netzwerkarbeit intensivieren und rechte Gruppen in Sachsen sollen in einem Bürgerforum zusammengeführt werden.

Rassismus in Deutschland

Berlin/Straßburg/Erfurt. Am 27. Februar stellte die »Working Group of Experts on People of African Descent« der UN einen Bericht vor, der einen weit verbreiteten institutionellen und gesellschaftlichen Rassismus in Deutschland dokumentiert. Demnach sei Racial Profiling durch die Polizei übliche Praxis und es gebe keine unabhängige Beschwerdestelle für Opfer dieser Diskriminierung. Schwarze Menschen seien zudem nicht als besondere Minderheit anerkannt und berichteten vielfach über Rassismus in ihrem Alltag. In Straßburg veröffentlichte zudem die »Antirassismus-Kommission« des Europarats am 28. Februar ein aktuelles Monitoring zur Strafverfolgung von »Hate Crime« in Deutschland. Darin wird wie bereits vor drei Jahren kritisiert, dass die juristische Definition von Hasskriminalität immer noch zu eng sei und die Bundesrepublik das 12. Protokoll der Europäischen Menschenrechtskonvention zum Schutz vor behördlicher Diskriminierung aus dem Jahr 2000 weiterhin nicht ratifiziert hat. Am selben Tag stellte die Opferberatung »Ezra« in Erfurt die Statistik rechter und rassistischer Gewalt vor. Insgesamt 160 Fälle zählten sie 2016, so viele wie seit Beginn ihrer Zählungen nicht.



Gedenken in Sofia

von Mikkel Hansen und Marian Ramaswamy

18. Februar 2017 – kurz vor 17 Uhr: Der sonst so von TouristInnen und HundehalterInnen belebte Bulgaria Square in der bulgarischen Hauptstadt Sofia ist wie leergefegt. Nur wenige Menschen sind auf dem Platz unterwegs. Das graue und trübe Wetter mag seinen Teil dazu beitragen; entscheidend ist, vor dem »National Palace of Culture« ist am Nachmittag der Startpunkt einer neonazistischen Demonstration. Dementsprechend stehen an jedem Zugang zum Platz einzelne Grüppchen der Polizei. Zu den wenigen Menschen auf dem Platz stößt grölend eine 60-köpfige Gruppe. Überwiegend Männer. Dabei haben sie eine überdimensionale Fahne mit dem Konterfei von Hristo Nikolov Lukov. Eine Gruppe von PolizistInnen eskortiert die FaschistInnen – unter ihnen Hooligans des Fußballvereins von »CSKA Sofia« – über den Platz zum Startpunkt der Veranstaltung. Diese beginnt in etwa einer Stunde, die Gruppe zerstreut sich. Unbehelligt bewegen sich Kleingruppen über den Platz. Um kurz nach 17 Uhr treffen nach und nach TeilnehmerInnen am Startpunkt des Aufmarschs ein. Die Veranstaltung dient dem Gedenken an Hristo Lukov.

Lukov

Der Generalleutnant und Führer der Partei »Union der bulgarischen Nationalen Legionen«, der während des Ersten Weltkriegs zum Major aufstieg, kollaborierte während des Zweiten Weltkriegs mit den deutschen Nationalsozialisten. Am 13. Februar 1943 wurde Lukov von Ivan Burudzhiev und Violeta Yakova, zwei kommunistischen PartisanInnen, erschossen. Die bulgarische extreme Rechte stilisiert Lukov zum »Kriegshelden« und zum Opfer einer vermeintlich jüdischen Verschwörung: Das findet seinen Ausdruck in den antisemitischen Inhalten des seit 2003 stattfindenden »Lukov-Marschs«. Veranstalterin des Gedenkmarschs ist die nationalsozialistische Partei »Bulgarische National Union« (BNU). Am Marsch beteiligt sich, neben deutschen und polnischen FaschistInnen, auch das neofaschistische »Nordic Resistance Movement« aus Skandinavien. Auch lokale extrem rechte Strukturen wie »National Resistance« nehmen an der Veranstaltung teil. AnhängerInnen der »National Resistance« sind immer wieder an Anschlägen und Angriffen auf Homosexuelle, Linke und Roma beteiligt. Im Jahre 2013 beteiligte sich die Neonazi-Gruppe mit Mitgliedern des militanten Netzwerks »Blood & Honour« und rechten Ultras an der Gründung der kurzlebigen Partei »Nationalistische Partei Bulgariens«.

Die Hauptorganisatoren des Lukov-Marschs sind die BNU-Kader Andronov Zvezdomir und Plamen Dimitrov. Dimitrov pflegt internationale Kontakte und trat beispielsweise am 4. Juni 2016 beim »Tag der deutschen Zukunft« in Dortmund als Redner auf. Bei der Veranstaltung, die hauptsächlich von der Partei »Die Rechte« organisiert wurde, warb er für den Lukov-Marsch 2017. Die deutsche Übersetzung der auf Bulgarisch

gehaltenen Rede verlas damals Matthias Deyda. In Sofia überbringt er ein Grußwort für »Die Rechte«. Beide Parteien pflegen eine enge Zusammenarbeit. Wie in den vergangenen Jahren sind auch dieses Jahr mehrere Neonazis aus Dortmund in die bulgarische Hauptstadt gereist. Mit dabei ist auch eine Delegation der Neonazi-Partei »Der III. Weg« um den Vorsitzenden Klaus Armstroff sowie die selbsternannte Führerin der »Identitären Aktion«, Melanie Dittmer. Bereits am Vortag gab es vor dem Haus des Gemeinderates eine Versammlung der BNU mit 30 Neonazis – darunter auch welche aus Deutschland. Der Protest richtete sich gegen den Versuch des Bürgermeisters, den Aufmarsch zu verbieten oder einzuschränken.

Wenige Minuten nach halb sechs: Einheiten der Polizei ziehen sich auf dem Platz zusammen und bilden ein Spalier. Die 800 TeilnehmerInnen der Veranstaltung stellen sich, unter Kommandos der OrdnerInnen, in paramilitärischer Manier auf. An die Spitze stellt sich eine Frau mit einem gerahmten Porträt von Lukov in Uniform. Dann folgen die Blöcke: erst die »Nationale Garde«, dann der »Internationale Block« und der »Nationale«. Doch die Polizei hält den Marsch auf, bevor dieser den Platz verlässt und teilt die TeilnehmerInnen in mehrere Gruppen ein. Damit soll offenbar Ausschreitungen vorgebeugt werden – die Kleingruppen sind leichter unter Kontrolle zu halten als eine große Masse. Der Aufmarsch bewegt sich mehr als einen Kilometer über die abgesperrte, menschenleere Vasil Levski-Straße. Lediglich Busse befahren noch die Straßen. Die nur spärliche Straßenbeleuchtung verleiht dem Aufmarsch eine gespenstische Atmosphäre. Im weiteren Verlauf der Straße stoppt der Aufmarsch für mehr als eine halbe Stunde, weil die Blöcke wieder zusammengeführt werden. Danach zieht er weiter zum Vasil Levski-Platz.

Vereinnahmung

Dort steht auf einer Verkehrsinsel das Denkmal für Vasil Levski. Levski gründete 1870 die »Innere Revolutionäre Organisation« im Kampf für Unabhängigkeit von dem Osmanischen Reich. Obwohl Levski für eine demokratische Republik – inspiriert von der Französischen Revolution – stand, erinnern die Rechten in ihrer Vereinnahmungsstrategie an ihn. Ein Versuch, an den gesellschaftlichen Diskurs um den Nationalhelden Levski anzuknüpfen und das staatliche Gedenken zu instrumentalisieren. So soll auch das Gedenken an den Antisemiten Lukov gesellschaftsfähig werden. Einige TeilnehmerInnen legen am Fuße des Monuments bunte Blumen und Kränze nieder, andere entzünden zeitgleich Fackeln und bengalische Feuer. Nach der Zwischenkundgebung zieht der Fackelmarsch zum ehemaligen Haus von Lukov, wo auch im Februar 1943 das Attentat stattfand. Zum Abschluss werden mehrere Redebeiträge gehalten; unter den Rednern auch ein Vertreter des schwedischen »Nordic Resistance Movement«. Gegen 21 Uhr wird die Veranstaltung beendet.

Widerspruch oder Protest waren an diesem Abend nahezu nicht vorhanden. Nur ein Transparent von Studierenden hängt am Rande der Route am Universitätsgebäude. Zu lesen ist: »Lukov ist Tod. Seine Ideen auch! FCK NZS«. Eine Gegendemonstration gegen den Lukov-Marsch fand bereits am Sonntag, den 12. Februar 2017 statt. Grund für die vorgezogene Demonstration ist die starke Gefährdung des Protests durch hunderte Neonazis und den Unwillen der Stadt, eine antifaschistische Veranstaltung an diesem Tag zu genehmigen. An den diesjährigen Protesten gegen die Neonazis beteiligten sich etwa 400 Menschen. Mehr als in den letzten Jahren.







Welche Chancen hat Marine Le Pen?

Der Wahlkampf um das Amt des französischen Staatsoberhaupts ist in vollem Gange. Am 23. April ist der erste Wahltermin. Es ist davon auszugehen, dass von den antretenden KandidatInnen niemand die absolute Mehrheit erreichen wird. Die Stichwahl ist für den 7. Mai angesetzt. Der Kandidatin des »Front National«, Marine Le Pen, werden gute Chancen eingeräumt, diese zu erreichen – fraglich ist hingegen nur, ob sie dieselbe auch gewinnen kann.

von Bernard Schmid

Der kubanische Botschafter in Paris war dort. Die Botschafter Saudi-Arabiens, Kambodschas, Vietnams und Taiwans auch, jener von Albanien soll ebenfalls anwesend gewesen sein. Aus den USA und China waren DiplomatInnen unterhalb des BotschafterInnenrangs gekommen. Insgesamt sollen »Vertreter aus 42 Ländern« dabei gewesen sein, unter ihnen Singapur und El Salvador, als die Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen am frühen Abend dieses 23. Februar 2017 bei einer Konferenz ihre »Vision der internationalen Beziehungen« vorstellte. Französischen Medien war das eine längere Meldung wert, dagegen berichtete die französische Sparte des russischen Propagandasenders »Russia Today« (RT) ausführlichst über die Veranstaltung der französischen extremen Rechten.

Inhaltlich sprach Marine Le Pen insbesondere von einer Aufwertung der Beziehungen zu solchen Staaten, die Migrationsbewegungen in Richtung Europa verhindern können oder sollen. Ägypten unter Marschall-Präsident Abdelfattah al-Sisi bezeichnete die Chefin des französischen »Front National« (FN) in dieser Hinsicht wörtlich als »Wachturm, welcher uns gegen die Migranten verteidigen wird«. Ferner begrüßte die Tochter und politische Erbin des langjährigen Vorsitzenden der neofaschistischen Partei, Jean-Marie Le Pen – er stand von 1972 bis 2011 an der Spitze des von ihm mitgegründeten FN – den Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump als Hoffnungsschimmer und bezeichnete erwartungsgemäß Wladimir Putin als »Verbündeten«. In ihrer Rede schwang sich Marine Le Pen zu einer Vorreiterin einer »multipolaren Welt« auf.

Dazu passt ins Bild, dass sie die französischen Rüstungsausgaben sofort auf zwei, bis zum Ende der regulären Amtszeit des nächsten französischen Staatsoberhaupts (von Mai 2017 bis 2022) gar auf stattliche drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts anheben möchte; dieses Ziel soll zudem in Verfassungsrang erhoben und im französischen Verfassungstext festgeschrieben werden. Was die Europäische Union betrifft, so proklamierte Marine Le Pen, es gelte »ihr ein Ende zu setzen«. Hier hat sie den Diskurs radikalisiert, nachdem der FN bei einem Strategieseminar im Februar 2016 das zuvor explizit formulierte Ziel eines Austritts aus der Euro-Währung zu relativieren schien. Die Position war innerparteilich in Frage gestellt worden, weil sich herausstellte, dass die umworbenen potenziellen WechselwählerInnen, die zwischen Konservativen und FN stehen, eher gegen diese Forderung eingestellt sind. Aber auch, dass um ihre Ersparnisse befürchtende RentnerInnen und KleinunternehmerInnen in der eigenen WählerInnenschaft die Aufgabe des Euro eher befürchten als erhoffen.

Was hat die Botschafter von Staaten wie Vietnam und Kuba – Länder die sich immerhin einmal von einem imperialistischen Zugriff befreit hatten, im Falle Vietnams zuerst vom französischen Kolonialismus und danach von den USA – dazu bewogen, ausgerechnet dieser Veranstaltung ihre Ehre zu erweisen und sie durch ihre Präsenz aufzuwerten? Darüber kann nur spekuliert werden. Mutmaßlich hat die Philosophie eines Wladimir Putin, wonach alle Rivalen des großen geopolitischen Rivalen USA als Freunde oder Verbündete zu behandeln seien, auch auf die Regimes in diesen Ländern abzufärben begonnen. Dass die russischen Machthaber die französische neofaschistische Partei unterstützen, und sei es nur, um die pro-atlantischen und pro-EU-orientierten Kräfte in Westeuropa zu schwächen, ist bekannt. Spätestens seit dem, auf höchster politischer Ebene eingefädelten, russischen Kredit über neun Millionen Euro an den FN aus dem Jahr 2014. Bei einem Staat wie Taiwan hingegen dürfte vielleicht simpler, historischer Antikommunismus hinzukommen.

Aber auch die Tatsache, dass eine Reihe internationaler AkteurInnen offensichtlich damit rechnen, dass Marine Le Pen dieses Mal erstmals echte Chancen hat, in den Elysée-Palast einzuziehen, dürfte die DiplomatInnenpräsenz bei der Konferenz des FN mit erklären.

Gute Chancen, aber…

Bisher gilt es jedoch als eher unwahrscheinlich, dass die Chefin des »Front National« zur Staatspräsidentin gewählt werden könnte. Dafür müsste es ihr gelingen, über 50 Prozent der Stimmen, also eine absolute Mehrheit aus eigener Kraft zu erreichen (ihr bisheriger Höchststand bei Umfragen lag Ende Februar bei 44 Prozent für die Stichwahl). Und dies quasi ohne Verbündete, denn das konservative und wirtschaftsliberale Lager bleibt nach wie vor auf deutlichen Abstand zum FN bedacht. Nicht so sehr aufgrund dessen Rassismus, in der Ära von Nicolas Sarkozy (Staatspräsident von Mai 2007 bis Mai 2012) haben die französischen Konservativen auf diesem Gebiet sehr viele frühere Tabus gebrochen. Unter dem Einfluss von dessen Ex-Berater Patrick Buisson hatten sie etwa 2007 ein eigenes »Ministerium für Einwanderung und nationale Identität« eingerichtet. Und von November 2009 bis Anfang Februar 2010 organisierte die französische Staatsspitze einen Winter lang ganz offiziell eine »Debatte zur nationalen Identität«, wozu Veranstaltungen in 350 Städten des Landes angeordnet wurden. Im Frühjahr 2012 schließlich hatten der damalige Innenminister Claude Guéant und der damalige Premierminister François Fillon den ‹Kulturkampf› gegen Mahlzeiten ohne Schweinefleisch – als Auswahlessen in Schulkantinen – vorübergehend zum zentralen Wahlkampfthema erhoben. Guéant wandte sich dabei explizit gegen muslimische (Halal-)Speiseregeln, Fillon erweiterte die Kampagne kurzzeitig auch auf jüdische Koscher-Vorschriften. Beide argumentierten, dass solche Regeln nicht mehr zeitgemäß seien und man sich in Frankreich keine Vorschriften machen lasse.

Aber für eine anhaltende tiefe Spaltung zwischen den beiden Lagern dürfte sorgen, dass die Konservativen sich betont wirtschaftsliberal geben. Immerhin hat deren Präsidentschaftskandidat François Fillon sich im November 2016 explizit auf Margaret Thatcher als Vorbild für das ‹Durchreformieren› des Landes berufen. Dem steht die strategische Ausrichtung des FN-Diskurses auf eine dick aufgetragene soziale Demagogie gegenüber. Dieser Sozial- und Wirtschaftsdiskurs hatte dem FN Angriffe eingebracht: Die Konservativen attackierten ihn seit 2015 massiv wegen seines angeblich »linksradikalen«, für eine Rechtspartei »unverantwortlichen« Wirtschaftskurses. Auch intern gab es Streit, weil die Interessen der WahlkämpferInnen des FN in Nordostfrankreich – wo die Partei vor allem in die ArbeiterInnenwählerschaft eindringen konnte – sich von de-



^ *Auch in Deutschland wird Le Pen gefeiert wie im Januar 2017 beim Kongress der AfD »Freiheit für Europa« in Koblenz*

nen einer stärker durch KleinunternehmerInnen und wohlhabende RentnerInnen in Süd- und Südostfrankreich geprägten Basis unterscheiden. Als Folge hat der »Front National« seine wirtschaftspolitische Programmatik in diesem Jahr wieder stärker auch an den Interessen von KleinunternehmerInnen ausgerichtet und die sozialdemagogische Rhetorik etwas abgeschwächt.
Neben den Konservativen, die durch die Abzock-Vorwürfe gegen ihren Präsidentschaftsbewerber Fillon gebeutelt werden, wird auch der FN bei Abschluss dieses Artikels von »Affären« und Veruntreuungsvorwürfen sowie Justizermittlungen berührt. Hauptgegenstand ist dabei die Vermutung, die Partei habe vorgebliche »parlamentarische MitarbeiterInnen« im Europaparlament angestellt und darüber durch die EU-Parlamentsverwaltung bezahlen lassen, die in Wirklichkeit ausschließlich auf innerfranzösischer Ebene für die Partei tätig gewesen seien. Die französische Justiz ermittelt wegen Betrugsverdachts, und das EU-Amt für Korruptionsbekämpfung »OLAF« veranlasste, dass das Europäische Parlament umgehend 340.000 Euro von Marine Le Pen zurückforderte. Bislang allerdings verhält sich deren WählerInnenschaft allerdings weitgehend indifferent dazu, und in den Vorwahlumfragen steigen Le Pens Werte eher an, als dass sie fielen. Ihrerseits wählte die Chefin des FN in den letzten Februar- und ersten Märztagen eine Strategie der »Flucht nach vorn« und verhielt sich auf unverhohlen aggressive Weise. Am Sonntag, den 26. Februar sprach sie bei einer Großveranstaltung im westfranzösischen Nantes offene Drohungen gegen Richter respektive Justizbedienstete aus, für den Fall, dass sie sich weiterhin »dem Willen des Volkes« entgegenstellten – Marine Le Pens diesjährige Wahlkampagne steht übrigens unter dem Motto »Im Namen des Volkes«.

Altes als Neues

Am Sonntag, den 5. Februar 2017, verkündete Marine Le Pen im Kongresszentrum von Lyon vor 5.000 AnhängerInnen ihre 144 Programmpunkte zur Präsidentschaftswahl. Diese waren zwar formal bei mehreren »Runden Tischen« im Laufe des Wochenendes erarbeitet worden, unterscheiden sich aber inhaltlich in Wirklichkeit kaum vom bereits 2012 verwendeten Wahlprogramm. An den Grundlinien hat sich nichts geändert – den erwarteten »wirtschaftlichen Aufschwung« unter einer rechtsnationalen Regierung sollen das Ausland und die AusländerInnen bezahlen: durch Ausschluss von ArbeitsmigrantInnen aus den Sozialkassen, »Inländerbevorzugung« bei Sozialleistungen und Arbeitsleistungen und einem Rückzug aus den EU-Verpflichtungen, welcher angeblich Frankreich finanziell sanieren würde.
In Sachen Behandlung von Eingewanderten hat sich der Tenor der Vorschläge sogar noch verschärft. Nicht-französische StaatsbürgerInnen sollen beim Eheschluss mit einem oder einer französische Staatsangehörigen kein einklagbares Recht auf Einbürgerung mehr haben, »illegale Ausländer« sollen auf keinerlei gesetzlichen Grundlage mehr »legalisiert« werden können und von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen sein. Verbal hat Marine Le Pen den früher vertretenen Slogan »Null Zuwanderung« formal abgemildert: sie wolle »10.000 Aufenthaltstitel im Jahr« erteilen – statt derzeit jährlich rund 200.000.
Nicht mehr im Programm enthalten ist die Rückkehr zur 1981 in Frankreich abgeschafften Todesstrafe, deren Wiedereinführung allerdings in Umfragen in den letzten Jahren – anders als früher – auch keine Mehrheit mehr findet. Der FN nutzt diese Positionierung, um seine relative »Mäßigung« zu unterstreichen, im Hinblick auf den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl, bei dem er WählerInnen aus anderen politischen Lagern herüberziehen möchte. Allerdings hält die Partei sich eine Hintertür offen, denn über eine »Volksinitiative für ein Referendum« – nach Vorbild von schweizerischen Abstimmungen – soll eine Wiedereinführung dennoch möglich sein.

Mehr für alle

In sozioökonomischer Hinsicht gibt es ebenfalls ein paar Verschiebungen. Die 2012 erhobene Forderung nach Erhöhung der Niedriglöhne um je 200 Euro – vor allem durch den Abbau von Sozialabgaben der Lohnabhängigen und Arbeitgeber – findet sich nicht mehr im Wahlprogramm. Dort bleibt allein eine Sondersteuer in Höhe von drei Prozent auf alle Importprodukte bestehen. Diese soll angeblich dazu führen, dass eine »Kaufkraftprämie« von achtzig Euro monatlich an gering verdienende Lohnabhängige ausbezahlt werden könne.
Gleichzeitig hat der FN sein programmatisches Repertoire um wirtschaftsliberale Vorschläge erweitert. So sollen wohlhabende Personen – die etwa bei der Übertragung einer im Familienbesitz befindlichen Firma Erbschaftssteuern sparen möchten – alle fünf Jahre bis zu 100.000 Euro an Schenkungen an ihre Familienmitglieder gänzlich steuerfrei durchführen können. Derzeit ist dies nur alle fünfzehn Jahre möglich, selbst der rabiat wirtschaftsliberal auftretende bürgerliche Kandidat François Fillon will diesen Zeitraum »nur« auf zehn Jahre senken.
An Lohnabhängige gerichtet wird der Vorschlag unterbreitet, ihnen ein monatliches Mehreinkommen ganz ohne Lohnerhöhungen zu ermöglichen, indem sie steuerbefreite Überstunden ableisten können. Das hatte bereits der damalige Präsident Nicolas Sarkozy 2007 gesetzlich festschreiben lassen. Als Folge der wirtschaftlichen Rezession wurde diese Option kaum in Anspruch genommen. Die sozialdemokratische Regierung schaffte die Regelung 2012 wieder ab, sie wollte eher Personaleinstellungen als häufige Überstunden bevorzugen. In den letzten Monaten nahmen sowohl der Konservative Fillon als auch der – im Januar gescheiterte – rechtssozialdemokratische Anwärter auf die Präsidentschaftskandidatur Manuel Valls diese Maßnahme in ihre jeweiligen Programme auf. Nun also auch der »Front National«.

NS-Rap: Back again?

Neonazi-Rapper treten auf RechtsRock-Konzerten und Kundgebungen auf, ihre Videos werden zum Teil mehrere zehntausend Mal in den sozialen Medien aufgerufen: Seit 2015 ist neonazistischer Rap im Aufwind. Doch die Szene streitet, ob der Musikstil nicht »kulturfremd« sei.

von Mathias Roth

Den Anfang der Debatte um Neonazi-Rap löste das rechte Hochglanzmagazin »Rock Nord« 2001 aus, das die Entgrenzung der Texte im deutschen Battle-Rap hin zu diskriminierenden Ideologien und NS-Vergleichen positiv rezipierte. In den nachfolgenden Jahren wurde von unterschiedlichen Seiten innerhalb der Neonazi-Szene über neonazistischen HipHop philosophiert und auch in immer mehr neonazistischen Foren wurde ab Mitte der 2000er Jahre über die Thematik gestritten. Im größten dieser Art, dem »Thiazi-Forum«, wurde bis zu seiner Abschaltung im Juni 2012 in einem Umfang von zwei Threads sechs Jahre lang mit insgesamt knapp 3.500 Antworten und mehr als 200.000 Betrachtungen kontrovers darüber debattiert. Die Meinungen der Neonazis gingen sehr weit auseinander – sie reichten von offener Ablehnung, weil das Genre »kulturfremd« und von »Untermenschen« entwickelt sei, bis hin zur Akzeptanz.
Jene, die Rap als Musikgenre akzeptierten, waren in der Defensive und argumentierten, dass Rap als Stilmittel für die »Werbung der nationale[n] Sache« wichtig sei und mit »dem Geist der Zeit gegangen werden muss«. Ähnliche Argumentationsmuster wurden auch später von den BefürworterInnen des Agierens und Auftretens der »Autonomen Nationalisten« (AN) verwendet.
Deutlich weiter in der Argumentation gehen jene Neonazis, die sich selbst als Rapper betätigen. So distanzierte sich die Gruppe »N‘ Socialist Soundsystem« (Rheinland-Pfalz) seit ihrer Gründung 2010 von der von Afro-AmerikanerInnen erfundenen und dominierten HipHop-Kultur (s. drr Nr. 130). Auch der Neonazi-Rapper »Makss Damage« (Julian Fritsch) will sich nicht in dieser Kultur verorten, stattdessen argumentiert er damit, dass Rap schon von den Wikingern und Kelten praktiziert wurde und daher der »weiße[n] Kultur« zugehörig sei. Neu ist diese Argumentationsweise nicht, die französischen Rapper von »Basic Celtos« nutzten diese schon Mitte der 1990er Jahre (s. drr Nr. 115).

»Anti HipHop Liga«
Trotz dieser argumentativen Versuche, Rap in der Szene zu etablieren, ist dieser nach wie vor Kritik und Anfeindungen ausgesetzt. So besang die RechtsRock-Skinheadband »Angry Bootboys« 2012 mit dem Lied »Keinen Bock auf NS-Hip Hop« diese Feindschaft. Von der Szenegröße »Sleipnir« gibt es ein T-Shirt mit der Aufschrift »Anti Hip Hop Liga – Deutsche Lieder spricht man nicht«.
Deutliche Worte fand auch der Vorsitzende der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN), Sebastian Richter, im Magazin »Der Aktivist« 2016, wo er sich gegen diese subkulturellen Einflüsse aussprach: »Negroides Verhalten ist zum Leitbild (in der Bewegung) geworden und unterentwickelte Kulturen werden als Kulturträger dargestellt«. Eine Einstellung, die von Etlichen in der Szene geteilt wird – »Makss Damage« wurde bei einem RechtsRock-Konzert in der Schweiz im Oktober 2016 von nicht wenigen der 5.000 Anwesenden ausgebuht und ausgepfiffen.

Vom RechtsRock zu Rap, vom Rap zum RechtsRock
Seit knapp 14 Jahren gibt es in Deutschland NS-Rap. Hierzu haben über 30 Rapper (davon nur eine Rapperin) um die 470 Lieder veröffentlicht, die allerdings nicht alle gerappt sondern vielfach auch gesungen wurden. Sowohl qualitativ, was die Rapfähigkeit und den Sound betrifft, als auch quantitativ die Veröffentlichungsanzahl der Lieder, gibt es hierbei große Unterschiede. Auch der Zugang der Einzelnen zum NS-Rap ist sehr unterschiedlich und kann grob in drei Bereiche untergliedert werden: Zum einen sind es organisierte Neonazis, die aus agitatorischem Zweck auf Rap setzen, zum anderen Neonazis, die davor schon im RechtsRock, zum Beispiel als Liedermacher, aktiv waren und sich musikalisch ausprobieren wollen; aber – und hierbei zeigt sich ein Potential des NS-Raps – auch Rapper, die schon zuvor unpolitischen Rap produzierten und sich erst im Laufe der Jahre von Jugendlichen mit rechter Ideologie zu Neonazis mit geschlossenem Weltbild entwickelt haben.
Als gemeinsame Grundlage aller drei Varianten zeigt sich, dass die AkteurInnen Mainstream-Rap hören und dem Genre gegenüber positiv gestimmt sind. Rechte Ideologien, der Habitus der Härte, der »Männlichkeit« und des Outlaws, die im Mainstream-Rap vorhanden sind, können ideologische Anknüpfungspunkte sein.

2005 – 2009: Anfang

NS-Rap hat seit 2005 verschiedene Entwicklungsphasen durchgemacht. Der Zeitraum von 2005 – 2009 kann als Anfangsphase betrachtet werden. Der Liedermacher Jan-Peter Kersting veröffentlichte 2005 mit dem Bandprojekt »Veritas Invictus« als erster Neonazi ein reines Raplied. Danach folgten ab 2006 diverse rechte RapperInnen, unter anderem »Bock« (Björn Michael Bock), »Dee Ex« (Mia Herrn), »Villian051« (Patrick Killat) und »Sash JM« (Alexander Klenke, 2013 wegen Mordes zu zwölf Jahren Haft verurteilt), die sich im Laufe ihrer MusikerInnenkarriere radikalisierten.

2010 – 2014: Zuwachs

Ab 2010 starteten drei neonazistische Rap-Projekte – »N'Socialist Soundsystem«, »SZU« und »Natürlich« –, die ihre Werke professionell über einflussreiche RechtsRock-Labels, wie »PC-Records« (Yves Rahmel) und die »Gjallarhorn Klangschmiede« (Malte Redeker), veröffentlichten. Hinter diesen Projekten standen Neonazis, die davor an RechtsRock-Projekten beteiligt waren. 2011 kamen weitere Rapper dazu, die aber relativ unbekannt blieben, obwohl sie ihre Werke auf Youtube veröffentlichten. Im gleichen Jahr gab Julian Fritsch seinen offiziellen Übertritt in die neonazistische Szene bekannt. Er war davor jahrelang in linken Gruppen und Verbänden organisiert, geriet aber zunehmend wegen seiner homophoben, sexistischen und antisemitischen Punchlines in seinen Rap-Texten in Kritik. Ebenfalls in 2011 wurde mit dem Projekt »Legion N Rap« der Versuch gestartet, eine Plattform für NS-Rap zu etablieren. Eine CD mit sieben Rappern stellte den Anfang dar, gefolgt von einem Konzert mit 80 Gästen im Juni 2011 in Leipzig. Dies dürfte das erste Neonazi-Konzert in Deutschland gewesen sein, im Rahmen dessen nur NS-Rap-Projekte auftraten. Dennoch konnte sich »Legion N Rap« nicht etablieren und geriet schnell in Vergessenheit.

Mehr mediale Aufmerksamkeit bekamen in dieser Zeit Mia Herrn und Patrick Killat, beide veröffentlichen 2011/2012 zahlreiche Lieder und produzierten dazu selbstgedrehte Videos. Unter anderem drehten sie auf den Stelen des Holocaustmahnmals in Berlin und rappten dazu gegen die »EU Zionisten«. 2014 startete Killat das Projekt »A3stus«, dass keine reinen Rap-Lieder produzierte, sondern sich vielmehr am Stil der Liedermacher mit Rap-Parts orientierte. Hierbei ist vor allem der rassistische und antisemitische Track »Das ist für unsere Kinder« nennenswert, der auf Facebook und Youtube mehrere hunderttausend Male gesehen worden ist.

Ende 2014 schien der Zenit überschritten zu sein, das Interesse innerhalb und außerhalb der Neonazi-Szene flaute ab.

2015: Professionalisierung

Mit dem ersten käuflichen Album von »Makss Damage« 2015 erhielt NS-Rap wieder Aufwind. Das Album kam aufgrund der Verherrlichung von Gewalt und des klaren Bekenntnisses zum Nationalsozialismus sowie antisemitischen und rassistischen Punchlines sehr gut in der Szene an und wurde laut Fritsch über 1.000 mal verkauft, so dass er eine zweite Auflage – trotz bestehender Bedenken einer Indizierung – pressen ließ. Diese erfolgte trotz massiver Gewalt- und Vergewaltigungsfantasien, menschenverachtenden Ideologien und NS-Verherrlichung bei seinen beiden Alben (»2033« und »Reconquista Mixtape Volume 1«) seitens der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien jedoch noch nicht.

Im April 2015 hatte Fritsch dann sein Bühnendebüt bei einem NS-Hardcore-Konzert in Frankreich. Danach folgten Auftritte mit der RechtsRock-Szenegröße und Hooliganband »Kategorie C«. Am 15. Oktober 2016 durfte Frisch zudem beim größten RechtsRock-Konzert im deutschsprachigen Raum der letzten Jahre – im schweizerischen Unterwasser – als Vorband diverser etablierter RechtsRock-Bands auftreten (s. drr Nr. 163). Neben seinen Vernetzungsversuchen in der RechtsRock-Szene konnte er seine Reichweite auf Facebook erhöhen. Die vierteilige Freetrackreihe »64 Lines«, die er Ende 2016 dort veröffentlichte, wurde zwischen 20.000 und 120.000 Mal aufgerufen und im Schnitt 1.500 Mal geteilt, darunter auch von vielen rechten Jugendlichen aus der Ultras-/ Hooliganszene.

Ein weiterer Rapper, der seine Reichweite ausbauen konnte, ist Patrick Killat. Er rappt seit 2015 auf diversen extrem rechten Kundgebungen in ganz Deutschland. Allein in den letzten vier Monaten des Jahres 2016 trat er auf neun Kundgebungen auf. Hier zeigt sich ein weiteres Potenzial des NS-Raps, die Beats können problemlos via Handy abgespielt werden, lediglich ein Mikrophon beziehungsweise eine Anlage werden dazu benötigt. Aber auch fernab der Musik ist Killat ein politischer Akteur. Er kreierte 2014 den Aktionstag »Schwarze Kreuze «, die den »deutschen Opfern von Ausländergewalt« mit schwarzen Holzkreuzen gedenken soll. 2016 wurde dieser »Gedenktag« bundesweit an rund 70 Orten praktiziert.

Eine andere Entwicklung nahm der – der »Identitären Bewegung« (IB) nahestehende – Rapper »Komplott«. 2015 veröffentlichte er den Track »Europa«, der die Ideologie der IB anderen zugänglich machen soll. Vermutlich um seine Anonymität zu schützen und mehr Aufmerksamkeit zu generieren, wurde »Komplott« als Mitglied der »Kontra Kultur Halle« vermarktet.

Anders als »Komplott« hatte der Münchner Rapper »Chris Ares« (Christoph Zloch) keine neonazistische Vergangenheit, sondern radikalisiert sich seit 2015 sichtbar (s. drr Nr. 164). Gemeinsam mit »Komplott« veröffentlichte er Ende Januar 2017 eine kostenlose CD zum Herunterladen sowie ein Video auf Youtube, das innerhalb eines Monats knapp 31.000 Mal angeklickt wurde.

Angekommen

Nach einer langen Debatte, mehreren Anläufen und einem Weg aus unterschiedlichen Projekten und MusikerInnen scheint sich NS-Rap – wenn auch als Nischenprodukt – in der Neonaziszene etablieren zu können. Das hängt nicht zuletzt mit dem Wirken von Julian Fritsch zusammen, der sich in den letzten Jahren mit Nachfolgestrukturen von »Blood & Honour« und auch Personen aus dem »Hammerskins«-Milieu vernetzt hat. Auch, dass fast alle gängigen RechtsRock-Vertriebe die 2017 veröffentlichten CDs von »Mic Revolt« und »Villian051« anbieten, deutet auf eine voranschreitende Akzeptanz dieser Musikrichtung hin. Dennoch lässt sich keine konstante Steigerung von NS-RapperInnen feststellen, vielmehr ist eine Fluktuation an Projekten im Zwei- bis Fünf-Jahres-Rhythmus zu erkennen.

Fernab der Neonaziszene wird NS-Rap zudem auf Youtube und Facebook relativ häufig konsumiert. Empfänglich hierfür sind vor allem extrem rechte Jugendliche und junge Erwachsene, die zum größten Teil eine Affinität zur Ultraszene im Fußball aufweisen. Doch darf die Außenwirkung der Musik nicht überbewertet werden, denn trotz niedrigschwelligen Angebots wie Veröffentlichung der Konzertlokalität und Abendkasse kamen zum »reinen NS-Rap«-Konzert nach Kirchheim (Thüringen) am 4. Februar 2017 nur 70 BesucherInnen.

»Bürgerliche Scharfmacher«

von Sascha Schmidt

In seinem neuen Buch »Bürgerliche Scharfmacher« setzt sich der Journalist Andreas Speit (u. a. »die tageszeitung«, »der rechte rand«) mit »Deutschlands neuer rechter Mitte« und mit den diversen ProtagonistInnen und Strömungen der »Neuen Rechten« auseinander. Speit beschreibt zunächst die Entstehung der »Alternative für Deutschland« (AfD) und den Rechtsruck der Partei. Dabei beleuchtet er führende Personen wie Björn Höcke, Frauke Petry und Jörg Meuthen, arbeitet ideologische Stränge und Themen heraus und stellt die Auftritte verschiedener AfD-Landtagsfraktionen wie auch parteiinterne Richtungs- und Führungsstreitigkeiten sowie Verbindungen zu extrem rechten Gruppierungen und Burschenschaften dar. In Bezug auf die PEGIDA-Bewegung zeichnet Speit die Entwicklung von einer Facebook-Gruppe zu einer rechten Bewegung nach, der es gelang, bis zu 25.000 Menschen zu mobilisieren. Neben dem »Orga-Team« der PEGIDA und dessen Spaltung im Januar 2015 nimmt Speit auch namhafte RednerInnen, wie Akif Pirinçci, in den Blick. Eine Besonderheit des Buches ist Speits Bericht über seinen Besuch in Schnellroda beim neu-rechten Verleger Götz Kubitschek und der Autorin und Redakteurin Ellen Kositza, führende Köpfe des »Instituts für Staatspolitik«. Neben der Darstellung dieser kleinen »Denkfabrik« und deren Netzwerk gelingt Speit ein verständlicher Überblick über die antidemokratische Ideologie der »Konservativen Revolution« und der »Neue Rechten«. Speit versteht es, Autoren und Vordenker dieser Szene, wie zum Beispiel Thilo Sarrrazin und Peter Sloterdijk, sowie die heutigen AkteurInnen der »Neuen Rechten« in einen gesellschaftlichen Kontext einzubetten. Zudem zeigt er die engen strukturellen und ideologischen Verknüpfungen zu anderen extrem rechten ProtagonistInnen, Projekten und Gruppen, wie beispielsweise Jürgen Elässer und dessen »Compact«-Magazin, der »Identitären Bewegung«, der Kampagne »Ein Prozent« oder der Wochenzeitung »Junge Freiheit«, auf.
Trotz umfangreicher Informationen, zahlloser Namen und vieler Originalzitate ist Speits Schreibstil kurzweilig. Das Buch sei vor allem jenen empfohlen, die – ohne wissenschaftlichen Anspruch – einen gehaltvollen Überblick über die relevanten VertreterInnen der neuen rechten Bewegungen und des dahinterstehenden Gedankengutes bekommen wollen.

Andreas Speit: Bürgerliche Scharfmacher. Deutschlands neue rechte Mitte – von AfD bis Pegida. Zürich 2016, Orell Füssli Verlag, 349 Seiten, 19,95 Euro.

Chronik des Hasses

von Joshua Lundberg

In den vergangenen Jahren explodierte das Ausmaß rechter Gewalt in Deutschland. Fast täglich kommen Geflüchtete, MigrantInnen und AktivistInnen zu Schaden, werden Asylunterkünfte und Parteibüros angegriffen. Das »2017 Jahrbuch rechte Gewalt« versammelt nun in einer umfassenden Chronik Hunderte dokumentierte Übergriffe und Anschläge von Rechts. Die Aufstellung mit Datum, Ort und Bundesland beschreibt jeden Fall von Oktober 2015 bis September 2016 in knappen Sätzen. Dabei verlässt sich die Chronik nicht auf staatliche Zahlen und Darstellungen, sondern nutzt die Aufzeichnungen zahlreicher Opferberatungsstellen.
Die von Sebastian Heidelberger zusammengestellte Chronik wird ergänzt durch Hintergrundartikel der Herausgeberin Andrea Röpke unter Mitarbeit verschiedener AutorInnen. Sie greifen konkrete Fälle rechter Gewalt auf und thematisieren rechte Strategien, aktuelle Entwicklungen und regionale Schwerpunkte.
So werden anhand rechter Proteste und Ausschreitungen in Heidenau und Schneeberg die Erfolge von ‹Nein-zum-Heim-Kampagnen› beschrieben, oder es wird am Beispiel des Brandanschlages im brandenburgischen Nauen der fließende Übergang von rechter Militanz zum Rechtsterrorismus deutlich gemacht. Weitere Artikel beschäftigen sich mit der Beteiligung rechter Mischszenen bei PEGIDA, der bedeutenden Rolle von Facebook bei rechten Bürgerinitiativen in Schleswig-Holstein und mit dem organisierten Angriff von 250 Neonazis auf den alternativen Leipziger Stadtteil Connewitz. Andere Fälle rechter Gewalt werden aus der Perspektive von Betroffenen beschrieben, auch wird der Umgang von Behörden und Gemeinden mit rechter Hegemonie thematisiert.
Über das Zusammenspiel von Chronik und Hintergrundartikeln gelingt es, sowohl das Ausmaß als auch die politischen Zusammenhänge rechter Gewalt darzustellen.
Mit dem Jahrbuch soll ein »reales Bild davon entstehen, wie es in Deutschland wirklich aussieht«. Die Herausgeberin adressiert mit ihrem Buch die »ambivalente Mitte« der deutschen Gesellschaft, die sich im voranschreitenden Rechtsruck klar positionieren muss. In diesem Sinne bieten die journalistischen Hintergrundartikel einen guten Einstieg in die aktuelle Thematik. Darüber hinaus überzeugt das Buch mit detaillierten Recherchen zu aktuellen Fällen rechter Gewalt und einer Chronik mit Ortsregister, das eine verlässliche Grundlage für eigene Arbeiten und Nachforschungen bietet.

Andrea Röpke (Hrsg.): 2017 Jahrbuch rechte Gewalt. Hintergründe, Analysen und die Ereignisse 2016. Chronik des Hasses. München 2017, Knaur Verlag, 298 Seiten, 12,99 Euro.

Realistische Fiktion als Warnung

von Lucius Teidelbaum

Das Genre ‹Comic› wurde ungerechterweise viele Jahre als Spaß oder Klamauk wahrgenommen. Dass der Graphic Novel seit geraumer Zeit mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird, ist überfällig. Der Autor François Durpaire und der Zeichner Farid Boudjellal haben mit »Die Präsidentin« eine Arbeit vorgelegt, die als Warnung dienen soll. In ihrer Fiktion gewinnt Marine Le Pen vom extrem rechten »Front National« (FN) im Mai 2017 knapp den zweiten Wahlgang gegen den amtierenden Präsidenten François Hollande (Hollande hat im Dezember 2016 angekündigt, nicht zur Wahl anzutreten, an seiner Stelle wird Benoît Hamon für die »Sozialistische Partei« antreten) und wird Präsidentin der Französischen Republik. Die Story wird aus Perspektive der Résistance-Veteranin Antoinette Giraud und ihrer Enkel Tariq und Stéphane sowie dessen von der Abschiebung bedrohten Freundin Fati erzählt. Gegen die autoritäre Aushöhlung der Demokratie gehen sie auf die Barrikaden. Allerdings schießen sie nicht, sondern sie bloggen gegen den FN. Doch die Schlinge um die digitalen WiderstandskämpferInnen zieht sich immer mehr zu. In der folgenden Zeit baut Präsidentin Le Pen den Staat um. Übergelaufene »Republikaner« helfen ihr dabei. Frankreich tritt aus der NATO aus und ebenso aus dem Euro. Es schließt die Grenzen und lässt Personen ohne gültigen Aufenthaltsstatus massenhaft abschieben. In den französischen Übersee-Departements kommt es zu Unruhen. Oppositionelle werden zu ‹Terroristen› deklariert. Die »Digitale Diktatur«, eine Totalüberwachung der Kommunikation, wird eingeführt. Aber auch die außenpolitischen und wirtschaftlichen Folgen sparen Durpaire und Boudjellal nicht aus.
Das Szenario des Comics basiert auf der Lektüre des FN-Parteiprogramms, das an verschiedenen Stellen zitiert wird. Zudem werden parallel kurze Erzählstränge wie zur Geschichte des FN oder der Inselgruppe Neukaledonien eingefügt. Der Schwarz-Weiß-Comic ist eine durchaus realistische Fiktion – auch wenn Durpaire und Boudjellal mit einer US-Präsidentin Hillary Clinton daneben liegen. Etliche der ProtagonistInnen im Comic sind für LeserInnen aus Deutschland unbekannt, was den Lesefluss nur unwesentlich stört. »Die Präsidentin« enthält viele Informationen und Hinweise, die ein erster Schritt für eine intensive Auseinandersetzung mit der politischen Situation im Nachbarland sein können. Es bleibt zu hoffen, dass es bei der Fiktion bleibt.

François Durpaire und Farid Boudjellal: Die Präsidentin. Berlin 2016, Verlag Jacoby & Stuart, 160 Seiten, 19,95 Euro.

Das Magazin von und für AntifaschistInnen im Abo direkt nach Hause!

Hiermit abonniere ich »der rechte rand« – Magazin von und für AntifaschistInnen bis auf Widerruf.

Name ______________________________ E-Mail-Adresse ________________________

Anschrift ____

Ab der Ausgabe __________ möchte ich für 6 Ausgaben ein

_____ Inlandsabo für 21,- Euro

_____ Soli Inland für 25,- Euro

_____ Super Soli für 50,- Euro

_____ Auslandsabo für 35,- Euro bestellen.

Nach Lieferung der 6. Ausgabe läuft das Abo – wenn es nicht gekündigt wird – weiter.
Wir verschicken frühzeitig eine E-Mail als Zahlungsaufforderung.
Rechnungen schicken wir aus Kosten- und Verwaltungsgründen nur, wenn ausdrücklich gewünscht. Für alle Bestellungen gilt Vorkasse, d. h. das Abo wird erst nach Eingang der Abozahlung eingerichtet. Eine gültige E-Mail-Adresse muss angegeben werden. Änderungen der Anschrift oder der E-Mail-Adresse sind bitte umgehend mitzuteilen.

☐ Ich bin einverstanden mit den hier genannten Bedingungen und habe das Geld überwiesen.
Bildung & Publizistik – IBAN DE68250501800910222045 – BIC SPKHDE2HXXX

☐ Ich weiß, dass ich die Abo-Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Datum ___________ Name _____________________________

Dieses Formular ist nur mit vollständigem Namen, Adresse (inkl. E-Mail-Adresse) und Bezahlung gültig.
Diese Abo-Bestellung bitte an abo@der-rechte-rand.de schicken oder an die Redaktionsadresse.

Photos

Marc Jäger (Titelbild, Seite 19)
Archiv der rechte rand (Seiten 4, 5, 10, 14, 25)
Mark Mühlhaus/attenzione (Seiten 7, 8)
Katia Vásquez Pacheco (Seiten 20, 32)
Christian Ditsch (Seite 22)
Marian Ramaswamy (Seiten 36, 37 (2))
Antifaschistisches Nachrichtenportal Niedersachsen (Seite 37)
Roland Geisheimer/attenzione (Seiten 3, 39)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
berger@interdruck.net
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.